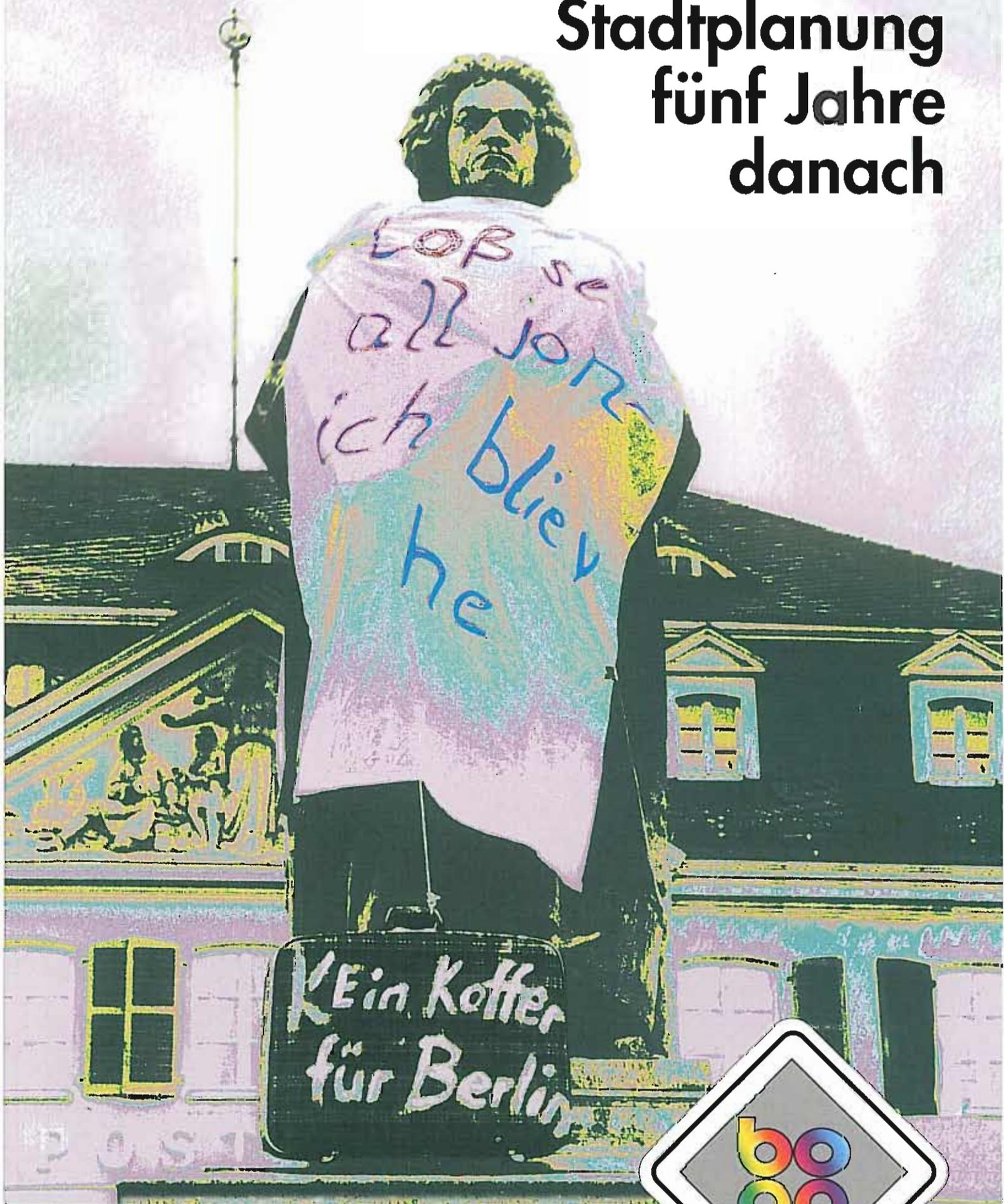


Stadtplanung fünf Jahre danach



Beiträge zur Stadtentwicklung, Stadtplanung
und zum Bauwesen, Nr. 9

Bundesstadt Bonn, Juni 1996



Stadtplanung
fünf Jahre
danach

Titelbild:

Beethovendenkmal auf dem Münsterplatz, am 24.06.1991

„Stadtplanung fünf Jahre danach“
Dokumentation

IMPRESSUM:**Herausgeber:**

Die Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn
Baudezernat/Stadtplanungsamt

Konzept und Redaktionsleitung:

Wilhelm Schlichting

Redaktion:

Fritz Rehsöft
Dr. Ulrich Ziegenhagen
Martin Seelbach
Markus Tschauder
Eva Maroscheck
Klaus Bouchon
in Zusammenarbeit mit dem Presseamt

Layout:

Margit Kelter
Andrea Loreck

Umschlaggestaltung:

Herbert Kuttler, Düsseldorf

Druck:

Druckerei Engelhardt, Neunkirchen

Bonn, Juni 1996

Inhalt

Vorwort

Das Ende der Hauptstadt-Vision - Der Schock des 20. Juni 1991

Beständig ist nur der Wandel Stadtgeschichte von Wendepunkt zu Wendepunkt	Seite 06
Plötzlich war Bonn nicht mehr Hauptstadt Stadtplanung vor und nach dem 20. Juni 1991	Seite 09
Was wäre, wenn ... Wie Bonn hätte werden sollen	Seite 11
Die Zeit im Nacken Planung im Wettlauf mit dem Umzugswagen	Seite 13
Ein neues Wir-Gefühl entsteht Die Region muß zusammenrücken	Seite 16

Den Blick nach vorn - Bonn macht neue Pläne

Aus dem vollen schöpfen Planung orientiert sich an vorhandenen Potentialen	Seite 18
Eine gesunde Basis Die Region ist für den Wandel gewappnet	Seite 20
Nichts gedeiht ohne Pflege Lebensraum braucht Freiraum	Seite 21

Säulen statt Sockel

Konzept für die Zukunft Die Idee des Fünf-Säulen-Modells und beispielhafte Leitprojekte	Seite 23
Netzwerk statt Flickwerk Planungswirrwarr mit Methode	Seite 26
Jeder Plan hat seinen Preis Die Finanzierung des Fünf-Säulen-Modells	Seite 28
Versprochen ist versprochen Was Bonn vom Bund erwartet	Seite 30

Der Worte sind genug gewechselt - Bilanz nach fünf Jahren

Bauen auf Bonn Beispielhaftes Bonn-Engagement	Seite 33
Wo ein Wille da ein Weg Bonns Suche nach neuer Identität	Seite 40

Blick in die Zukunft

Vision 2049 Eine Reise ins Bonn der Zukunft	Seite 45
Kaffeesatz? Prognosen und ihre Tücken	Seite 47
Et kütt wie et kütt Stimmen und Stimmungen fünf Jahre nach dem Umzugsbeschluß	Seite 49

VORWORT

Sie lagen dicht beieinander: Freude und Trauer, Jubel und Enttäuschung als Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth am späten Abend des 20. Juni 1991 das Ergebnis des Berlin/Bonn-Beschlusses verkündete und abschließend bemerkte: „Jetzt wird gefeiert.“

Nach feiern war den Bonnerinnen und Bonnern nicht zumute. Mit der denkbar knappen Mehrheit von 338:320 Stimmen hatte der Deutsche Bundestag beschlossen, die politischen Funktionen in der Bundesrepublik Deutschland in fairer Arbeitsteilung sowohl in der Bundeshauptstadt Berlin als auch in der Bundesstadt Bonn anzusiedeln. Für Bonn bedeutet diese Arbeitsteilung aber Verzicht auf Wesentliches: Der Deutsche Bundestag und die Kernbereiche der klassischen Regierungsfunktionen werden vom Rhein an die Spree umziehen - voraussichtlich zur Jahrtausendwende.

Bonn hat in den vergangenen 60 Monaten konstruktive „Trauerarbeit“ geleistet.

Heute, fünf Jahre nach dieser Entscheidung, ist die Stadt für ihre neue Zukunft gut gerüstet. Dies wird der Blick in diese Dokumentation belegen, in der die vergangenen fünf Jahre aus der Sicht der Stadtentwicklung und des Städtebaus betrachtet und mit den sich daraus ergebenden Perspektiven für die zukünftige Entwicklung dargestellt werden.

Blick nach vorne - Keine Revision

Immer wieder höre ich Vorwürfe, die Stadt Bonn müsse sich für eine Revision der Entscheidung einsetzen. Die Vorwürfe sind unberechtigt. Natürlich bleibt die Entscheidung auch aus heutiger Sicht falsch. Sie ist weder mit politischen noch mit historischen Argumenten zwingend begründbar. Es fällt außerdem schwer, angesichts des Zustandes der Staatsfinanzen dafür wenigstens 20 Milliarden DM auszugeben. Bemerkenswert ist die über mehr als fünf Jahre anhaltende deutliche Ablehnung des Umzugs in der Bevölkerung, wie Meinungsumfragen aller renommierten demoskopischen Institute seit 1990 bis heute belegen.

Dennoch werden wir die Revision dieser Entscheidung nicht verfolgen. Einmal, weil die politischen Realitäten in Deutschland die Revision ausschließen. Politik ist aber nun mal die Kunst des Möglichen und diese Kunst wird den Revisionisten versagt bleiben. Zum anderen fordern wir in Bonn die strikte Einhaltung des Beschlusses, des Berlin/Bonn-Gesetzes und der Ausgleichsvereinbarung. Diese Forderung können wir aber nur dann glaubwürdig erheben, wenn wir selbst als zuverlässige, gesetzes- und vertragstreue Partner von Bund und Ländern bereit sind, das Vereinbarte zu akzeptieren. Wer in Bonn Revision ruft, gefährdet den Bonn-Teil aller Verabredungen und gibt denen Auftrieb, die sich mit dem gefundenen Kompromiß nicht zufrieden geben.

Wir zerreiben unsere Kräfte nicht für unerreichbare Ziele. Unser Blick ist nach vorne gerichtet.

Faire Arbeitsteilung praktizieren

Die Revisionisten sind die einen, die die Entscheidung und ihre Folgen nicht hinnehmen wollen. Die Reformisten sind die anderen. Sie sind der Meinung, die gefundene Arbeitsteilung könne nicht funktionieren, sie sei zu teuer, zu kompliziert oder alles Erstklassige müsse ohnehin nach Berlin. Aus dieser Geisteshaltung erklären sich Bemühungen, den Bundesrat gegen die Empfehlung des Deutschen Bundestages und gegen eigene per Beschluß gefundene Erkenntnisse doch nach Berlin zu verlegen. Das gleiche gilt für Überlegungen, jetzt die Bundesadministration zu verschlanken, zu reformieren und bei dieser Gelegenheit die komplette politische Spitze nach Berlin zu verlagern. Auch den Reformisten muß gesagt werden: „Wort halten“, die Sache ist entschieden. Wer ablehnt, Diskussionen der Vergangenheit über die Grundentscheidung neu aufzurollen, der darf auch Teilaspekte dieser Debatte nicht mehr wiederholen. Man kann für das Kopfstellenmodell Sympathien hegen, die Entscheidung aber ist gegen dieses und für das Aufteilungsmodell gefallen. Wer sagt, die Aufteilung sei eine deutsche Spezialität, die es in keinem anderen Land gebe, dem ist zuzustimmen. In der Tat ist die neue politische Architektur Deutschlands eine ungewöhnliche Konstruktion. Sie ist so ungewöhnlich wie die deutsche Geschichte in diesem Jahrhundert. Sie kann aber aus diesem besonderen Weg der Geschichte erklärt und begründet werden. Und denjenigen, die nun plötzlich mit der Tugend der Sparsamkeit gegen das Kombinationsmodell argumentieren, muß entgegengehalten werden: Bonn ist die preiswerteste Lösung.

Gerede vom Rutschbahneffekt beenden! Vom Wert politischer Glaubwürdigkeit

Pessimisten sagen, es sei nur eine Frage der Zeit, dann werde alles von überragender Bedeutung in Berlin sein. Das Wort vom Rutschbahneffekt macht immer wieder die Runde, augenzwinkernd, hinter vorgehaltener Hand

oder auch ganz offenkundig. Dies ist ernstzunehmen. Das Gelingen der fairen Arbeitsteilung wird nicht nur darüber entscheiden, ob wir in Deutschland auf Dauer eine geographische Teilung politischer Macht oder Machtkonzentration an einer Stelle des Landes haben werden. Es ist für mich vor allem aber eine Frage, wie es in unserem Land mit der Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit von Politikerinnen und Politikern bestellt ist. Wer von Bürgerinnen und Bürgern erwartet, daß diese auf demokratischem Weg gefaßte Mehrheitsentscheidungen der Verfassungsorgane respektieren und die Gesetze achten, der muß selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Der darf es eben nicht so machen wie der Regierende Bürgermeister von Berlin, der 1991 im Bezug auf den Bundesrat geradezu beschwörend versicherte, Berlin werde von diesem Beschluß nicht abrücken, „sondern ihn als verpflichtende Richtschnur seines Handelns betrachten“, und der heute den schnellen Umzug des Bundesrates öffentlich fordert. Wer so handelt, löst keine Probleme, sondern schafft neue. Er fördert Politikverdrossenheit und demontiert das ohnehin - für die meisten unverdiente - ramponierte Ansehen von Frauen und Männern, die sich der politischen Arbeit im Haupt- oder Ehrenamt verschrieben haben. Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit dürfen keine beliebig einsetzbaren Mittel der politischen Taktik sein. Sie sind die besten Mittel, das Rutschbahngerade zu beenden. Es gibt einen weiteren Grund, am Berlin/Bonn-Modell festzuhalten. Ich bin außerordentlich zuversichtlich, daß es - allen Skeptikern zum Trotz - gut funktionieren wird. Dafür muß es erst einmal die Chance bekommen, praktiziert zu werden - das ist frühestens in vier Jahren der Fall. Wer jetzt gegen das Modell polemisiert, der will nicht seinen Erfolg.

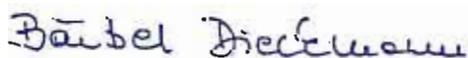
Wichtigste Aufgabe: Bonns Zukunft gestalten

Revisionisten, Reformisten, Rutschbahnarchitekten her oder hin - unsere wichtigste Aufgabe ist es, die Zukunft Bonns und der Region zu gestalten. Das ist die kommunalpolitische Herausforderung Nummer Eins. Sie zu bestehen ist eine Überlebensfrage für Stadt und Region. Wir haben uns in den vergangenen fünf Jahren nicht mit dem Bejammern der Entscheidung aufgehalten, sondern das Beste daraus gemacht. Die fünf Zukunftssäulen Bonns, die Bundesstadt, die Wissenschaftsstadt, die internationale Bonn, die Kultur- und Umweltstadt, die Wirtschaftsstadt stehen auf soliden Fundamenten. Sie wurden gegossen, weil der Bund, die Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz und die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahr trotz unterschiedlicher parteipolitischer Grundüberzeugungen konstruktiv zusammengearbeitet haben. Für diese Leistungen gilt allen in Bund, Ländern und Kommunen Dank, die seit 1991 am Strukturwandel gearbeitet haben. Der Wille zur Zusammenarbeit bleibt auch künftig unverzichtbar, wenn wir unsere gesteckten Ziele erreichen wollen. Als ein besonderes Geschenk betrachte ich die neue Qualität des Umganges miteinander in der Region. Wir sitzen in einem Boot, und wir rudern in dieselbe Richtung.

Die Kernpunkte unserer Leistungsbilanz können sich sehen lassen. Wir sind seit dem 20. Juni 1996 UN-Stadt. Das internationale Forschungszentrum CAESAR nimmt konkrete Konturen an. Es ist weltweit - fast - einmalig. Die Konzerne der Postfamilie, führend in Europa, machen Bonn zu einem Zentrum der Kommunikation mit Weltrang. Die gewinnträchtigen Unternehmen expandieren weiter. Neue Arbeitsplätze winken. Die Post AG baut ihre Konzernzentrale in der Gronau. Bonn ist ein seriöser Standort für neue innovative Unternehmen der elektronischen Dienstleistungsbranche. Die Bank 24 und die Delfin-Direktversicherung wurden hier angesiedelt. Die Kultur- und Umweltstadt Bonn wuchert mit Beethoven, Biennale und Museumsmeile. Im Umweltbereich decken wir sonnenhungrige Dächer zur Umwandlung von Licht und Wärme in umweltfreundliche Elektrizität. Der Konrad-Adenauer-Flughafen Köln/Bonn erhält einen ICE- und S-Bahn-Anschluß. An der S-Bahn-Trasse können über 17 000 neue Arbeitsplätze entstehen.

Wir in Bonn leben in einer faszinierenden Zeit, unsere Zukunft neu gestalten zu können. Wir besitzen dafür - im Gegensatz zu anderen Regionen in strukturellen Krisen - beste Bedingungen, erhebliche finanzielle Mittel und einflußreiche Menschen in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Verwaltung, die uns dabei helfen. Wenn wir unsere Stärken stärken, unsere Schwächen schwächen und unsere Chancen entschlossen ergreifen, wird Bonn keinen Wandel zum Schlechteren erleben. Bonn wird sich wandeln. Etwas Neues entsteht. Sorgen wir gemeinsam dafür, daß Stadt und Region aus dem bevorstehenden Bedeutungswandel mit einem neuen Image und guten Startbedingungen für das dritte Jahrtausend hervorgeht.

Ihre



*Bärbel Dieckmann
Oberbürgermeisterin*

Bonn am 20. Juni 1996

Beständig ist nur der Wandel

Stadtgeschichte von
Wendepunkt zu
Wendepunkt

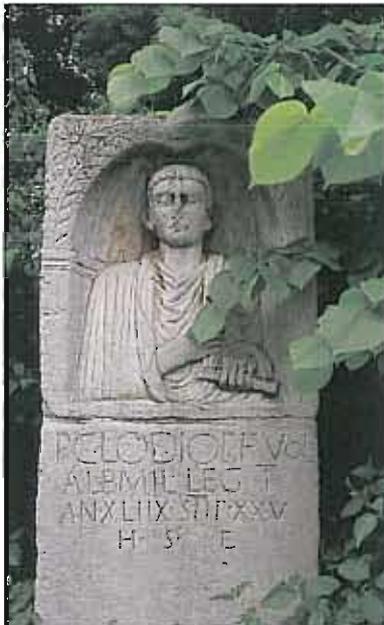
Von Paul Zurnieden

Sie saß vor dem Fernseher und schluchzte. Ich mußte meine Frau trösten, obwohl mir selbst zum Heulen zumute war. Soeben, am Abend des 20. Juni 1991, war uns über den Bildschirm die Nachricht bekannt geworden: Mit knapper Mehrheit hatte der Deutsche Bundestag beschlossen, den Sitz von Parlament und Teilen der Regierung von Bonn nach Berlin zu verlegen.

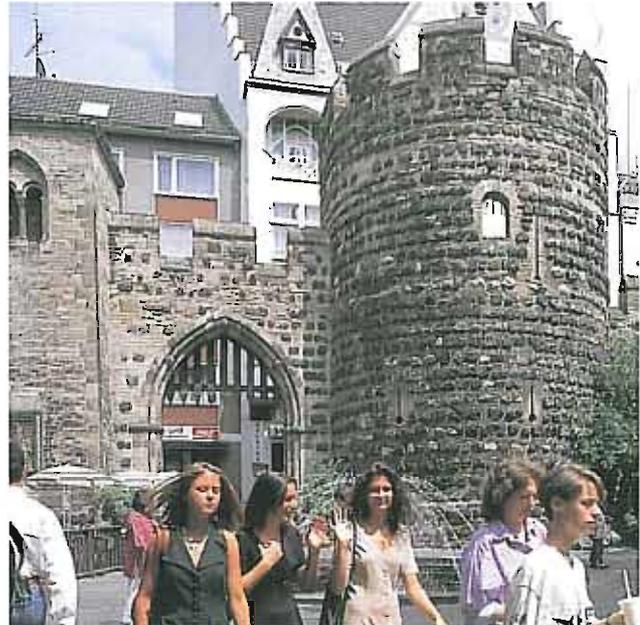
Waren wir so betroffen wegen Bonn, weil die Stadt nun nach einem Höhenflug historischer Bedeutung in die Bedeutungslosigkeit einer rheinischen Mittelstadt absinken würde? Ein bißchen trauerten wir auch um Bonn; mehr noch aber fürchteten wir den politischen Wandel, den unsere Republik erfahren würde, wenn der Ort, an dem die Entscheidungen für unser Land

Seit jenem Abend sind fünf Jahre vergangen - und an der historischen Einschätzung der damaligen Entscheidung hat sich seither nichts geändert. Was aber ist mit dem Wandel für Bonn? Für diese Stadt kann man sagen: Beständig ist nur der Wandel!

Als der römische Feldherr Drusus in der Gegend der heutigen Remigius-Kirche ein Kastell errichtete, konnte er nicht ahnen, daß dies der Beginn einer mehr als 400jährigen römischen Herrschaft am Rhein war. Kein Wunder also, daß die Römer hier Spuren hinterlassen haben. So fahren oder gehen wir immer noch über die „Römerstraße“, die Hauptstraße des römischen Legionslagers. Und daß Bonn nicht mit den römischen Legionen verschwand, verdankt es einer Untat eben dieser Soldaten. Sie hatten Christen ihrer



Bonner Wendepunkte: Römerzeit



Mittelalterliches Stadttor am Botplerplatz

Paul Zurnieden

Jahrgang 1920, war bis zu seiner Pensionierung vor elf Jahren Leiter des Presseamtes der Stadt Bonn.

beraten und getroffen werden, vom Rhein an die Spree wechselte. Zu wach waren noch die Erinnerungen an die Ereignisse, die von der übermächtigen Hauptstadt Berlin ausgegangen waren.

Legion hingerichtet. Deren Begräbnisplatz wurde nicht vergessen. Eine Märtyrer-Kirche erhob sich über diesen Gräbern, die heutige Münsterbasilika. Eine Klerikergemeinschaft, die dort den Gottesdienst versah, bestimm-

te auch lange Zeit das Schicksal der Siedlung Bonn. Die römischen Märtyrer also ließen Bonn in den Stürmen der Völkerwanderung nicht untergehen. Der frühere Stadtarchivar Dr. Dietrich Höroldt meint dazu, Bonn zeige eindrucksvoll die Bedeutung der christlichen Kultstätten für die Kontinuität, sagen wir es mit unseren Worten, für das Weiterleben der Stadt.

Im Raum zwischen dem mehr und mehr bedeutungslos werdenden Römerlager und der Märtyrer-Kirche tat sich im Laufe der Jahrhunderte einiges. Wen wundert das? Das Römerlager war ja nicht zufällig an dieser Stelle gebaut worden. Hier verläßt der Rhein das enge Tal im Mittelgebirge und fließt in die weite Ebene des Nordens. Fruchtbare Lössböden ließen die

die Nähe wichtiger Handelswege. Schon im Jahre 845 weiß der Abt Markward der Abtei Prüm von einem gewissen Freosbaldus zu berichten, der in Bonn wohnte, Fernhandel betrieb und große Reichtümer angesammelt hatte. Er wird nicht der einzige Bonner gewesen sein, der als vermögend bezeichnet werden konnte.

Bonn hatte also überlebt, auch die Normannenstürme des 9. Jahrhunderts, und gedieh offenbar prächtig, so prächtig immerhin, daß Erzbischof Konrad von Hochstaden den Bürgern 1244 das Privileg zum Bau von Mauern und Torburgen erteilte.

Im Schutze der Mauern und Türme hätte die Stadt als Handelsplatz und Handwerker-siedlung vor sich hinleben können. Doch nun waren es die

So kam es, daß nach häufigerem Ortswechsel um die Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert die kurfürstliche Hofhaltung und die zentralen Behörden nach Bonn verlegt wurden. Bonn war nun kurfürstliche Hof- und Residenzstadt. Zahlreiche höhere Beamte siedelten sich in der Hauptstadt an, überlagerten das bürgerliche, ja kleinbürgerliche Leben durch die vom Hofe ausgehenden Impulse für Künste und Geselligkeit. Vor allem der Pflege der Musik widmete sich die Hofgesellschaft. Es ist kein Zufall, daß Beethoven als Sohn eines Mitglieds der Hofkapelle in Bonn geboren worden ist.

Die Haupt- und Residenzstadt wurde nunmehr jedoch auch als starke Festung ausgebaut - von Franzosen, mit denen sich der Wittelsbacher Josef Clemens ver-



Kreuzgang der Münsterkirche

Landwirtschaft gedeihen, Steinbrüche im nahen Siebengebirge lieferten auf kurzem Wege Baumaterial. Die Römer überzeugte die Lage an dieser strategisch wichtigen Stelle, Siedler die Fruchtbarkeit der Böden und



Zeit der Kurfürsten: Universität und Hofgarten

Kölner, die einen Wandel herbeiführten. Sie hatten sich von ihrem Erzbischof als Landesherrn getrennt, waren freie Reichsstadt geworden. Seine Residenz als Kurfürst von Köln mußte sich der Erzbischof woanders suchen.

bündet hatte. Das blieb nicht ohne Folgen. Dreimal mußte Bonn Belagerungen ertragen, und im Jahre 1689 schoß das Reichsheer unter dem brandenburgischen Kurfürsten Friedrich III. weite Teile der Stadt in Trümmer.

Doch: wie Phoenix aus der Asche ging aus den Trümmern neuer Glanz hervor. Die Pracht liebenden Kurfürsten Josef Clemens und Clemens August ließen nun bauen: Prächtig entstanden das Schloß, die heutige Universität, der Hofgarten, das Poppelsdorfer Schloß, die Poppelsdorfer Allee und nicht zuletzt auch das Alte Rathaus.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts erhielt Bonn dann den nächsten Nasenstüber. Im Jahre 1794 fegten französische Revolutionstruppen den Kölner Kurstaat und die Hofhaltung in Bonn in den Abfalleimer der Geschichte. War dies nun das Aus für die Entwicklung der Stadt? Mitnichten: 20 Jahre später, im Jahre 1815, bestimmte der Wiener Kongreß die Preußen zu den neuen Herren des Rheinlandes. Das bedeutete auch

sowie zahlreiche Landräte und Kreisdirektoren stehen für den erfolgreichen Einsatz aus Bonn, die rheinische Universität in die alte Residenzstadt zu holen. Ernst-Moritz Arndt, einer der ersten Professoren dieser Hochschule, trat allen Unkenrufen, die Stadt werde mit der neuen Aufgabe nicht fertig, entgegen. Im Jahre 1819, ein Jahr nach Gründung der Universität, wußte er zu berichten, bis Ostern werde die Stadt 400 Quartiere für Studenten bereitgestellt haben.

Klingt das nicht ähnlich wie die Berichte vor fast 50 Jahren, als wieder ein Wandel die Geschicke Bonns bestimmen sollte? Mußten nicht der Oberstadtdirektor Dr. Langendörfer und der Oberbürgermeister Stockhausen im Jahre 1948 ähnlichen Unkenrufen entgegnet, als es galt, dem parlamentarischen Rat seine Verfassung gebende Arbeit in Bonn zu ermöglichen? Welcher Aufbruch, welche Energie hatten in Bonn Rat, Verwaltung, Handwerkerschaft, Gastronomie und die Bürgerschaft erfaßt, um die Entscheidung des 10. Mai 1949, Bonn werde vorläufige Bundeshauptstadt, zu erreichen! In dem halben Jahrhundert seitdem wurde die Stadt umgekrempelt, baulich, planerisch und kulturell. Die Bürgerschaft wurde „gesamtdeutsch“, ja fast international. Der Vogel Phoenix am Eingang zum Bundeshaus - wieder einmal ist er symbolhaft auch für die Geschichte dieser Stadt.

Als der Beschluß des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 Schluß machte mit Bonn als Parlaments- und Regierungssitz, geschah, betrachtet man nüchtern die Geschichte dieser Stadt, nichts Ungewöhnliches. Seit 1900 Jah-

ren wechseln hier die Aufgaben und die Entwicklungsaussichten in die Zukunft hinein. Stets auch wechselten die „Gäste“, die schließlich doch das Schicksal der Stadt bestimmten. Die römischen Legionäre, die Kleriker des Cassius-Stiftes, die Hofleute des Kölner Kurfürsten, die Franzosen, die Professoren und Studenten der Universität und schließlich die Mitglieder des Parlaments und der Regierung, die Diplomaten und der ganze Troß der Menschen, die dem Bund dienen - sie alle lebten und leben gerne hier in diesem Landstrich, in dieser Stadt. Nicht zufällig ließ Carl Zuckmayer „Des Teufels General“ gegen den Rassenwahn polemisieren mit dem Hinweis, das Rheinland sei stets von Menschen aller Art, ja von verschiedenen Völkerschaften besiedelt worden, die zäh geworden seien im Auf und Ab der Geschichte und immer wieder von neuem angefangen hätten.

In der Tat: der Wandel ist hier beständig. Und so kann man nur auf die Tatkraft der jetzt Verantwortlichen hoffen, darauf, daß sie sich der großen historischen Verantwortung für eine Stadt bewußt sind, die im Laufe der Jahrhunderte nach schweren Rückschlägen stets einen Schritt nach oben getan hat. Das Pfand, mit dem sie wuchern können, hat schon Ernst-Moritz Arndt zu schätzen gewußt, als er nach seinem Amtsantritt in Bonn meinte: „Bonn kann wohl ein Sitz heißen, wo alles Menschliche und Wissenschaftliche gedeihen möchte. Wenigstens Himmel und Erde haben nicht schuld, wenn die Musen hier nicht sangreich und klangreich werden.“

Die Tränen für Bonn können also getrocknet werden.



Hauptstadt für ein halbes Jahrhundert

für Bonn einen neuen Anfang. Die Abneigung der preußischen Hohenzollern gegen das „klerikale“ Köln und seine alte Universität wurde in Bonn zum eigenen Vorteil genutzt. Persönlichkeiten wie Rehfuß und Belderbusch

Plötzlich war Bonn nicht mehr Hauptstadt

Stadtplanung
vor und nach dem
20. Juni 1991

Von Paul Epping

Die Entscheidung kam nicht überraschend und traf uns doch unvorbereitet. Das Leben in der Stadt ging unverändert weiter, und doch war nichts mehr so wie gestern. Kurz vor Abschluß des Hauptstadtausbaus war dieser überflüssig geworden. Es ging uns Planern wie dem Hamster, der mit Schwung aus dem rotierenden Rad, das plötzlich angehalten wird, herausfliegt, oder wie dem Läufer, dem kurz vor dem Ziel die Zielgerade weggenommen wird. Schließlich hatten wir 40 Jahre Hauptstadt geplant, erst heimlich, dann provisorisch und in den 70er Jahren, als Willy Brandt Bundeskanzler wurde, sogar offiziell.

Dem großen städtebaulichen Ideenwettbewerb „Integration der Bundesbauten in die Stadt Bonn“ von 1972 folgten fünfzig Reali-

In den 40 Jahren Hauptstadtausbau hat sich die bebaute Fläche der Stadt verdoppelt.

Bonn wollte dabei nie eine Hauptstadt der Triumphbögen werden. Dazu war die Stadt am Rhein viel zu klein und auch zu bescheiden. In der überörtlichen Presse war es chic, Bonn als Bundesdorf zu belächeln. Erst in den letzten Jahren wurde das Schimpfwort zu einem Synonym für eine liebenswerte Stadt. Die Planer haben das schon früh so gesehen und aller feindlichen Presse zum Trotz mit Liebe Bonns 20 Dörfer gepflegt.

Daß die dörflichen Strukturen und ihre Maßstäblichkeit bis heute erhalten blieben, liegt natürlich nicht nur an den Planern. Bonns konservative Bürger drängten zu



Die Stunde der Wahrheit: Der Bonner Marktplatz am Abend des 20. Juni 1991

Dipl.-Ing. Paul Epping

Jahrgang 1935, ist als lfd. städtischer
Baudirektor seit 1977 Leiter des
Stadtplanungsamtes Bonn.

sierungswettbewerbe. Bei Bund und Stadt war es guter Brauch, alle wichtigen Bauvorhaben durch Wettbewerbe zu klären. Bonn boomte!

allen Zeiten mehr aufs Bewahren als auf Veränderung. So blieb Bonn - trotz stürmischer Hauptstadtentwicklung - eine Stadt ohne Brüche, eine Bürgerstadt, in der

Wohnen, Arbeiten und Erholen für viele Menschen immer noch räumlich verbunden sind. Die Stadt hat beiderseits des Rheins 30 Kilometer lange Promenaden autofrei bewahrt, einen 60 Hektar großen Rheinauenpark geschaffen, die Höhenzüge von Bebauung freigehalten und nur in begründeten Ausnahmen Häuser gebaut, die höher sind, als Bäume wachsen.

Die Verteilung der Bundeseinrichtungen in Bonn auf mehrere Standorte und die Platzierung der wichtigsten Bauten im ehemals unbebauten Grenzbereich zwischen den vor 1969 selbständigen Städten Beuel, Bad Godesberg und Bonn trugen dazu bei, die Integration des Bundes in die Stadt zu verbessern, die historischen Stadtbereiche vor Zer-

Beispiel in der Bonner Südstadt zweitausend Bürgervillen aus der Gründerzeit als Wohnungen erhalten werden konnten, geht dies nicht zuletzt zurück auf massive Veränderungssperren, die der Rat dem vom Bund ausgelösten Veränderungsdruck entgegensetzte. Oft stand hierbei der Rat dem Bund gegenüber wie einst David dem Riesen Goliath.

Der Bund hat seiner Hauptstadt auf Zeit aber auch bedeutende Gastgeschenke hinterlassen. Den Bonnern bleiben der wunderschöne Rheinauenpark im Herzen der Stadt, die Museumsmeile mit Bundeskunsthalle, Städtischem Kunstmuseum und dem Haus der Geschichte, eine funktionierende Stadtbahn von Köln bis Bad Godesberg und von Bonn nach Siegburg und Honnef

sowie eine auf der ganzen Welt hervorragende städtische Infrastruktur.

Der Parlamentsneubau von Behnisch, der Lange Eugen von Eiermann, die Bundeskunsthalle von Peichel und auch das Städtische Kunstmuseum von Schultes sind die herausragenden Baudenkmäler bundeshauptstädtischer Zeit.

Bonn hat durch den Hauptstadtverlust einen Bedeutungswandel erlitten. Schließlich aber war es die Besinnung auf die

wieder öffnete. Längst haben Bürger und Planer die Betroffenheit der ersten Stunde nach dem Hauptstadtdeskrete verwunden.

Im Mai 1972 beschloß der Rat der Stadt: Der Ausbau Bonns zur Bundeshauptstadt ist wichtigste Aufgabe der Stadtentwicklung. 1992 - zwanzig Jahre danach - beschließt der Rat als neue Entwicklungsziele den Ausbau Bonns als:

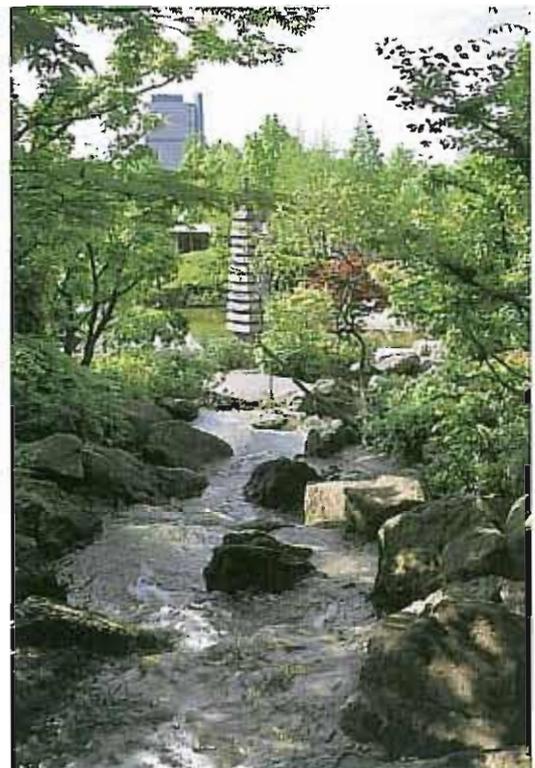
- Bundesstadt
- Zentrum für internationale Zusammenarbeit
- Zentrum für Wissenschaft und Forschung
- Zentrum für zukunftsorientierte Wirtschaftsstruktur
- Modell einer umweltgerechten Städtelandschaft



Gastgeschenke des Bundes: Bundeskunsthalle

störungen zu schützen und so eine erhaltende Stadtentwicklungspolitik auch beim Hauptstadtausbau zu wahren. Wenn zum

„Begabungen“ der Stadt am Rhein, die den Blick für die Zukunft der Stadt ohne Angst und Bangen auch nach diesem Verlust



... und Rheinauenpark

Die Zielgerade ist zwar noch nicht in Sicht, doch wir kennen den Weg.

Was will Bonn mehr!

Was wäre, wenn ...

Wie Bonn hätte
werden sollen

Von Hellmut Kröhne

... der Bonn-Antrag am Donnerstag, den 20. Juni 1991, die Mehrheit im Deutschen Bundestag erreicht hätte?

Hätte sich für die Stadtplanung deshalb etwas geändert?

„In zehn Jahren spricht doch gar kein Mensch mehr von der Wiedervereinigung oder kann sich noch an den einen oder anderen Beschluß erinnern“, so das Zitat eines Unbeteiligten, also nicht Bonner und nicht Berliner.

Fünf Jahre sind vergangen. Wie lautete noch der Bonn-Antrag, wie der Berlin-Antrag?

Bonn-Antrag (Auszug):

In dem Willen, der Einheit der Deutschen in einem zusammenwachsenden Europa zu dienen, den Aufbau der neuen Bundesländer zu fördern und noch Trennendes zu überwinden, macht



Politisches Zentrum auf Zeit: Der neue Plenarsaal

Dipl.-Ing. Hellmut Kröhne

Jahrgang 1943, ist seit 1978

Sachgebietsleiter für die

„Entwicklungsmaßnahme

Bundesviertel“ im Stadtplanungsamt

Bonn.

der Deutsche Bundestag folgenden Vorschlag für ein Miteinander von Bonn und Berlin:

- Erster Amtssitz des Bundespräsidenten wird Berlin.
- Sitz des Deutschen Bundestages bleibt Bonn.

- Sitz des Bundesrates wird Berlin.
- Sitz der Bundesregierung bleibt Bonn.
- Der Bundeskanzler und weitere Mitglieder der Bundesregierung nehmen einen zusätzlichen Dienstsitz in Berlin.
- Die Bundesrepublik Deutschland und das Land Berlin sollen einen die finanziellen Sonderbelastungen Berlins absichernden „Hauptstadtvertrag“ schließen, damit Berlin seine Hauptstadtaufgaben erfüllen kann.

Berlin-Antrag (Auszüge):

- Sitz des Deutschen Bundestages ist Berlin.
- Die Bundesregierung wird beauftragt, gemeinsam mit der Verwaltung des Deutschen Bundestages und dem Senat von Berlin bis zum 31. 12. 1991 ein Konzept zur Verwirklichung dieser Entscheidung zu erarbeiten. Die volle Funktionsfähigkeit Berlins als Parlaments- und Regierungssitz soll in spätestens zehn bis zwölf Jahren erreicht sein.
- Zwischen Berlin und Bonn soll eine faire Arbeitsteilung vereinbart werden, so daß Bonn auch nach dem Umzug des Parlaments Verwaltungszentrum der Bundesrepublik Deutschland bleibt, indem insbesondere die Bereiche in den Ministerien und die Teile der Regierung, die primär verwaltenden Charakter haben, ihren Sitz in Bonn behalten; dadurch bleibt der größte Teil der Arbeitsplätze in Bonn erhalten.
- Der Hauptstadtvertrag zwischen der Bundesregierung und der Stadt Bonn soll zu einem Bonn-Vertrag fortentwickelt werden zum Ausgleich der finanziellen Sonderbelastungen Bonns und der Region durch die Funktionsänderungen.
- Der Deutsche Bundestag empfiehlt dem Bundesrat, in Wahrnehmung sei-

ner föderalen Tradition seinen Sitz in Bonn zu belassen.

An dieser Stelle werden die stadtplanerischen Überlegungen für Bonn, hier besonders für das Parlaments- und Regierungsviertel, in Erinnerung gerufen.

Von 1975 bis 1982 wurde ein Hauptstadt-Rahmenkonzept erarbeitet, welches von den Beratern des damaligen Bundeskanzlers Schmidt, den Professoren Hillebrecht, Laage u. Rossow (HILARO), in zwölf Gutachten ständig begleitet wurde.

Seit 1982 steht diese Konzeption und wird inhaltlich bis heute mit Bauten erfüllt.

Abgesehen von städtebaulichen Leitbildern hat die Bonner Stadtplanung das Thema „Demokratie als Bauherr“ gut ausgehalten und war deshalb im Ergebnis immer stolz auf die „neue deutsche Bescheidenheit“. Entsprechend wurde auch von 1985 bis 1989 gebaut.

Wenn der Antrag für Bonn durchgekommen wäre, hätte es keinen Anlaß gegeben, die Planung zu ändern. Im Gegenteil, das Hochbauprogramm 1990 des Bundes hätte bis 1997 umgesetzt werden können. Es wäre in Bonn bis zur Jahrtausendwende noch eine Summe von 2,8 Mrd. DM aufzubringen gewesen, und das Hauptstadtthema wäre damit erledigt gewesen.

Interessanterweise beläuft sich die mit dem Bund ausgehandelte Summe über den Ausgleich im Bonn-Berlin-Gesetz auch auf 2,8 Mrd. DM.

Der Bonn-Antrag ist nicht angenommen worden, trotzdem wurde



Hauptstadtausbau mit Augenmaß: Das Parlaments- und Regierungsviertel

in der Planung nichts geändert und ein beachtliches Bauprogramm - allerdings von privaten Investoren - in fünf Jahren umgesetzt.

Nach dem 20. Juni 1991 investierten Unternehmen, überwiegend im Bundesviertel, ca. 1 Milliarde DM in Projekte für den Bund, die drei Generaldirektionen der Nachfolgeeinrichtungen der Post, der Telekom, der Post AG und der Postbank.

Die Entwicklung zeigt, daß trotz Bundestagsbeschluß und Gesetz die eine oder andere Standortbestimmung in Frage gestellt wird, auch wenn die Einrichtung - wie im Fall des Bundesrats - sich selbst gebunden hat. Die Bundesregierung betont aber immer wieder, daß sie die Vereinbarungen einhalten wird. Bonn wird darauf ein wachsames Auge haben müssen.

Was wäre wenn?

Die Frage stellt sich nicht, aber vielleicht müßten wir dann nicht jammern und keine Angst haben,

daß sich etwas entwickelt, was wir nicht mehr steuern können.

Was wäre wenn?

Würde Bonn dann schöner? Gibt es mehr oder weniger „Lebensqualität“ trotz Wachstum? Braucht die Region dann nicht umgehend eine kommunale Neugliederung (die letzte liegt schon bald 30 Jahre zurück), weil es in Bonn zu eng wird?

Was wäre wenn?

Dann ändert sich zunächst nichts, egal welchen Beschluß wir verfolgen, aber verunsichert sind wir doch, ob der Strukturwandel sich nicht auch so ausweiten kann, daß sich die Angst vor Veränderungen bestätigt und das von manchen befürchtete Elend in zehn Jahren doch sichtbar wird?

„Wenn es für ein Problem keine Lösung gibt, dann gibt es das Problem nicht!“ so sagt es eine orientalische Weisheit

Also versuchen wir ein neues Optimum zu erreichen!

Die Zeit im Nacken

Planung im Wettlauf mit dem Umzugswagen

Interview mit Helmut W. Breuer

Herr Breuer, Städte entwickeln sich nie in einem immergleichen Tempo. Es gibt Phasen der Stagnation und des Umbruchs. Worin liegt die Besonderheit der Situation Bonns nach dem Beschluß des 20. Juni 1991?

Ich will die Parallelen zur Bundesliga nicht überstrapazieren. Doch es gibt 'Mannschaften', die sind Abstiege gewöhnt, etwa Bergbaukommunen, und es gibt Städte, die haben ein solches Problem noch nie gesehen. Eine solche Stadt ist Bonn! Das Problem Bonns und des Rhein-Sieg-Kreises war immer die Ordnung des Wachstums, aber nie die Bekämpfung des Mangels. In dieser Situation möchte man natürlich lieber sein als in der anderen.

Doch birgt eine solche Lage auch Gefahren. Wie lassen sich befürchtete Einbrüche organisieren? Lethargie und Lähmung als Folge der fehlenden Bewußtseinsbildung prägten häufig die erste Reaktion auf den Beschluß. 'Kopf runter, so schlimm wird es gar nicht', ist eine beliebte Strategie. Die Folgen einer solchen Entscheidung - das gilt nicht allein für Bonn - werden in aller Regel wahnsinnig unterschätzt. Meine Aufgabe war es also, frühzeitig auf noch nicht sichtbare Folgen aufmerksam zu machen.

Wie war das möglich? Bis heute ist zum Beispiel nicht einmal klar, ob der Bundesrat Bonn die Treue hält. War der Entwurf eines Zukunftsszenarios 1991 überhaupt möglich?

Wir haben mehrere Szenarien entwickelt. Daß Berlin Bundeshauptstadt wird, war bereits im Einigungsvertrag geregelt. Es gab allerdings einige, die das lange

verdrängt haben. Die Frage war nur, wieviel Hauptstadt nach Berlin geht. Berlin die repräsentierende, Bonn die arbeitende Hauptstadt als Regierungssitz; solche Vorstellungen gab es damals.

So ganz falsch war die Annahme ja nicht. Die Köpfe der Ministerien sollten alle nach Berlin gehen, die Arbeitsstäbe - besonders der Ministerien mit einer starken Europaorientierung - arbeiten weiter in Bonn. Wer sich am europäischen 'Wanderzirkus' Brüssel, Luxemburg und Straßburg orientiert, der bleibt in Bonn. Problematisch waren beispielsweise Voraussagen zum Umzug des Verteidigungsministeriums. Berlin galt in NATO-Kreisen als ungeeignet. So nah wollte man dem Osten nicht sein. Inzwischen reden wir über Polen als Mitglied der EU. Und plötzlich bringt der Verteidigungsminister sein Haus wieder ins Gespräch.

Will man eine Institution in Bonn halten, zählen aber nicht allein die technischen Fragen. Noch gibt es ein Schuldgefühl bei denen, die verlagert haben, und einen Leidensdruck bei denen, die verlagert werden sollen. Dieser Zustand muß genutzt werden. Da haben wir ein ganz massives Zeitproblem. Das Eisen muß geschmiedet werden, so lange es heiß ist.

Abwarten und Kölsch trinken wäre damals die Alternative gewesen. Sie hätten irgendwann verlässliche Planungsgrundlagen bekommen.

Und viele Probleme dazu. Beginnt die Planung mit den ersten Umzügen, ist alles zu spät. Das ist wie beim Schichtwechsel in einem Betrieb. Wer die Arbeit seines Vorgängers übernimmt, muß

Professor Dr. Helmut W. Breuer

Jahrgang 1940, ist Inhaber eines Lehrstuhls für Angewandte Geographie an der Technischen Hochschule Aachen.

Er war maßgeblich an der Entwicklung des Strukturkonzeptes Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler beteiligt.

schon da sein, wenn der Vorgänger noch arbeitet. Das bringt zwangsläufig Überlappungseffekte mit sich. Es wird oft gemekelt, daß die Bonner im Regierungsviertel überhaupt noch etwas bauen. Die Einrichtungen müssen aber fit gemacht werden für ihre neue Aufgabe, solange sie noch der ursprünglichen Sache dienen. Die neue Aufgabe mußte formuliert werden, die Richtung mußte stehen.

Jetzt fragen sie mich bitte nicht nach dem Schürmannbau. Der dient als Beispiel dafür, wie man so etwas nicht macht.

Vierhundert neue Arbeitsplätze entstehen in diesem und dreihundert in jenem Gebäude, das konnten wir natürlich noch nicht festlegen. Wir warten immer noch, was aus dem Umzug ganz konkret wird. Leider.

Bonns Ära der Glückseligkeit als Bundeshauptstadt endete jäh. Hat der 20. Juni nur Probleme gebracht?

Nein. Es kommt darauf an, wie mit dem Veränderungsdruck umgegangen wird. Horrorszenarien, die Panik bei den Planern verursachen, sind unberechtigt. Ebenso schlimm ist das andere Extrem: Gelassenheit, die zur Nachlässigkeit führt. Nach dem Beschluß stiegen zunächst die Mietpreise, weil Bedienstete aus den neuen Ländern, die eigentlich in Bonn bauen wollten, Mietwohnungen brauchten. Schon sah es so aus, als würde das alles nicht so schlimm werden. Zu Unrecht natürlich. Heute habe ich den Eindruck, daß der positive Leidensdruck, der zur Handlungsbereitschaft führt, bereits wieder abnimmt. Ohne diesen Druck wäre es nicht zu der guten regionalen Zusammenarbeit gekommen.

Manche Kommune in den neuen Ländern würde das schlimmste Szenario für Bonn für sich selbst immer noch als Segen empfinden. Sie drängen dennoch auf massive Hilfen für die Bundesstadt. Warum?

Ganz einfach deshalb, weil man Bonn mit seinen exzellenten Eigenschaften nicht einfach auf das schlechte Niveau vergleichbarer Städte aus den neuen Ländern herunternivellieren darf. Das ist für mich keine Gleichheit. Es wäre volkswirtschaftlich falsch, die Kompetenzen von Stadt und Region brach liegen zu lassen. Daran haben wir uns orientiert.

Vierzig Jahre Bundeshauptstadt haben auch in der Planung ihre eigenen Spielregeln geschaffen. Wie konnte das gut funktionierende Räderwerk plötzlich beschleunigt werden?

Bonn als Bundeshauptstadt eines Wirtschaftsgiganten dieser Welt ist es gelungen, immer maßvoll und effektiv zu bleiben. Nur weil die Entscheidungsgremien diese Überschaubarkeit bewahrt haben, konnte recht schnell reagiert werden. Bonn hat nie unter einer irrationalen Maßstabsvergrößerung gelitten. Das ist etwas, was ich mir für Berlin wünsche. Ein Blick auf den Spreebogen zeigt, daß Berlin über den Haufen wirft, womit Bonn vierzig Jahre gut ausgekommen ist. Bonn ist die Stadt der kurzen Wege geblieben.

War Bonn immer auch die Stadt, die sich ihrer Aufgabe als Provisorium bewußt war?

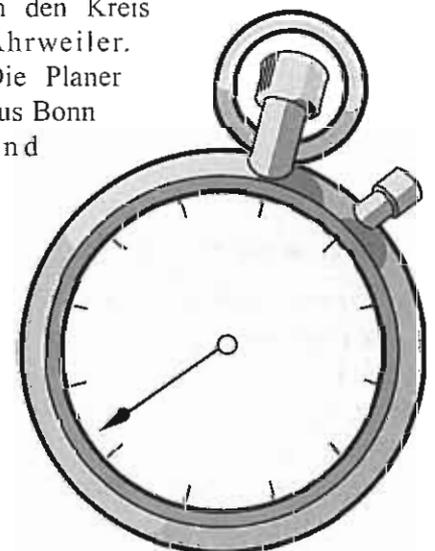
Nach meinem Eindruck war man sehr überrascht von dem Votum gegen Bonn. Eine coole Strategie für den Fall des Falles

gab es wohl nicht. Schließlich hatte sogar die Probeabstimmung am 19. Juni Bonn eine knappe Mehrheit gebracht. Natürlich kann man Bonn den Vowurf machen, nicht all die Jahre an ein mögliches Ende des Provisoriums gedacht zu haben. Aber das bringt wenig.

Bonn wandelt nun seit fünf Jahren auf neuen Wegen. Es gab Erfolge und Rückschläge. Wie sieht die Zwischenbilanz aus?

Eine kleine, maßvolle, gebietszusammenfassende Gesellschaft sollte anstehende Probleme einvernehmlich im Regionalkonsens lösen. Das war die Idee der Strukturförderungsgesellschaft (SFG). Diese Idee ist zunächst gescheitert; eine der größten Enttäuschungen der vergangenen Jahre. Das Scheitern beim Aufbau der SFG kann man auch an Einzelpersonen festmachen, doch glaube ich, daß diese Gesellschaft unter ihrem Aufgabendruck zusammengebrochen ist. Heute scheinen die Probleme der SFG überwunden.

Der größte Erfolg ist sicher die intensive regionale Zusammenarbeit von Bonn bis in den Kreis Ahrweiler. Die Planer aus Bonn und



dem Rhein-Sieg-Kreis kennen sich nicht nur, sie reden auch miteinander, kennen ihre Stärken und Schwächen und liefern sich keine Schlachten zwischen Stadt und Umland mehr.

Die 2,7 Milliarden Mark Bonnhilfe werden sinnvoll eingesetzt. Das Geld wurde nicht schnell in Beschäftigungsprogramme gepumpt. Es wird versucht, die Struktur der Region zu ändern. Das dauert länger, wirkt aber nachhaltiger.

Sie beschreiben eifrige Planer. Hatten die denn überhaupt die Zeit, die Bürger an der Planung teilhaben zu lassen?

Das ist ein sehr schwieriges Problem. Während noch die Welle der Empörung durch die Bürgerschaft schwappte, mußte die Planung die Zukunft anpacken. Hätte man beide Strömungen nach dem 20. Juni sofort zusammengeführt, hätte sich wohl nur eine Schaumkrone der Emotionen gebildet. Inzwischen klappt das mit der Partizipation besonders auf regionaler Ebene besser. Das ist jedenfalls mein Eindruck.

Bonn und die Region haben sich viel vorgenommen für die Zukunft. Sie haben die Bedeutung des Faktors Zeit für die Realisierung erläutert. Wo handelt man zu zögerlich?

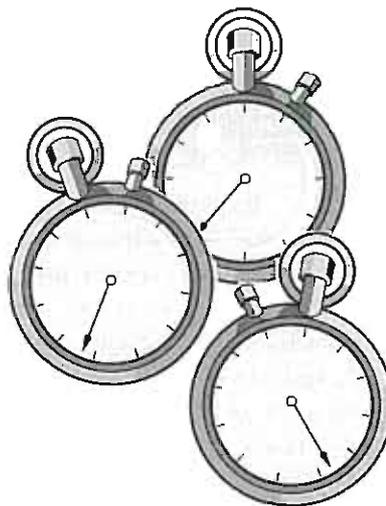
Mich hat es immer gewundert, mit welcher Ruhe und Gelassenheit sich die Akteure in Bonn die anstehende Ausdünnung des IC-Bahnverkehrs im Rheintal angeschaut haben. Mit dem Argument, man habe ja demnächst einen ICE-Anschluß, wird hier ein schnelles Handeln versäumt. In einem solchen Fall ist der sprichwörtliche Zug dann wirklich bald

abgefahren. Der ICE wird nicht richtig angeschlossen, und ein Interregio, der von Saarbrücken über Bonn nach Aachen fährt, kann einen stündlichen Anschluß nach Basel nicht ersetzen. Auch solche Veränderungen zeigen etwas zeitversetzt ihre negative Wirkung. Verzögerungen gibt es auch bei der Gewerbeparkentwicklung. Manche Gemeinde hat zu lange gepokert, um den Top-Investor zu ergattern.

Wie lautet ihre Empfehlung an Planer und Politiker?

Es muß endlich überzeugend dargestellt werden, daß Bonn die fünf Jahre des Schocks handelnd überbrückt hat. Das Schlimmste ist nicht vorbei, doch haben Bonn und die Region bewiesen, daß sie das Problem anpacken können. Daraus muß die Zuversicht für die Zukunft abgeleitet werden. Es müssen sich ja jetzt nicht alle selbst auf die Schulter klopfen, aber etwas mehr Freude an der Zukunftsgestaltung kann nicht schaden.

Interview: Wilhelm Schlichting



Ein neues Wir-Gefühl entsteht

Die Region
muß
zusammenrücken

Von Fritz Rehsöft

Über die Probleme nach dem „Tag X“ wurde in den vergangenen fünf Jahren viel geredet. Das war richtig. Doch außergewöhnliche Situationen erfordern außergewöhnliche Lösungsstrategien. Und zu dieser Strategie gehört es, daß Stadt und Region zusammenrücken und die Zukunft gemeinsam gestalten. Hätte es die Entscheidung des 20. Juni nicht gegeben, wären die Berührungspunkte zwischen der Stadt Bonn und dem weiten Umland heute noch stärker, als sie es tatsächlich sind. Sorgen verbinden eben auch.

So überraschte es nicht, daß sich schon sofort am

zu verschiedenen Arbeits- und Gesprächskreisen geführt. In diesen Kreisen entstand das neue regionale „Wir-Gefühl“, denn hier galt es, den Prozeß der Umstrukturierung möglichst effektiv zu moderieren. Mit dieser - durch die äußere Zwangslage - beschleunigten regionalen Arbeitsweise liegt die Region Bonn nicht nur im Trend der Zeit. Die neue Arbeitsweise hat in dem einen oder anderen Sektor über die Region Bonn hinaus wirksame und beachtete Leistungen der handlungsorientierten Konsensbildung gebracht. Die Regionale Kooperation gilt heute nicht nur in Bonn als ein unverzichtbarer



Dipl.-Ing. Fritz Rehsöft

Jahrgang 1942, leitet die Abteilung Regional- und Stadtentwicklungsplanung im Stadtplanungsamt Bonn. Er ist an der Umsetzung vieler neuer Leitprojekte beteiligt.

21. Juni
Experten der verschiedensten Fachrichtungen mit Planern und Fachleuten der Stadtverwaltung trafen, um die Entwicklungsmöglichkeiten und Perspektiven der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler zu diskutieren. Dieser regionale Dialog ist in den vergangenen fünf Jahren mehr und mehr vertieft worden und hat

Bestandteil der Zusammenarbeit. Diese Prämisse gab es in dieser Form bisher noch nicht. Ende der 80er Jahre setzte unter den Fachleuten der Großstädte der Bundesrepublik Deutschland eine Diskussion über die Regionalisierung von Planungsprozessen ein. In Nordrhein-Westfalen (NRW) führte diese Diskussion zur Erarbeitung „Regionaler Entwicklungskonzepte“ (REK). Mit dieser neuen Planungsstrategie wurde das Ziel verfolgt, die regional verantwortlichen Kräfte über einen Dialog zu bündeln. Damit sollten regionalplanerische Sach- und Fachentscheidungen - auf einen breiten regionalen Konsens gestellt - Grundlage regionaler Struktur- und Förderpolitik werden.

Regionale freiwillige Kooperationen setzen natürlich eine gemeinsame Zielsetzung voraus,

deren sachgerechte, schnelle Umsetzung durch die Einschaltung aller regionalen Akteure sichergestellt wird. Die Aktivitäten in der Region Bonn - beschleunigt durch den Beschluß des Bundestages - paßten sich nahtlos in die Politik der regionalisierten Strukturpolitik des Landes NRW ein.

Was hier als Idee der regionalen Zusammenarbeit vielleicht ein wenig abstrakt klingt, hat in der Praxis ganz konkrete Formen angenommen. Ob sie nun Gesprächs- oder Arbeitskreise heißen, ist zunächst zweitrangig, entscheidend sind der gemeinsame Tisch und das gemeinsame Thema. Sind diese beiden Voraussetzungen erfüllt, nennt sich die Runde dann zum Beispiel „Regionaler Arbeitskreis Entwicklung, Planung und Verkehr der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler“.

In den vergangenen fünf Jahren hat die Arbeitsgemeinschaft, die bereits vor dem Bonn/Berlin-Beschluß bestand, den regionalen Prozeß moderiert und wichtige Entscheidungen vorbereitet. Folgende Ergebnisse seien beispielhaft erwähnt:

- Entwicklung der Zielsetzungen und Grundlagen für das Konzept der Fünf Säulen,
- Entwicklung eines gemeinsamen Gewerbeflächenkonzeptes der Region Bonn/Rhein-Sieg mit einer überregionalen Schwerpunkt bildung an verschiedenen Standorten, z.B. in Rheinbach, Bonn/Sankt Augustin, Troisdorf/Niederkassel, Remagen/Sinzig,
- Grundsatzdiskussion über die ICE- sowie S-Bahn-Planungen in der Region Köln/Bonn,

- Begleitende Moderation der Wohnungsmarktuntersuchung der Region Bonn,

- Mitberatung des „Regionalen Entwicklungskonzeptes der Region Bonn/Rhein-Sieg“

- sowie Abstimmung grenzüberschreitender Planungen.

Dieser regionale Arbeitskreis setzt sich zusammen aus Kollegen der Kreisplanungsämter und der Wirtschaftsförderung des Rhein-Sieg-Kreises, des Kreises Ahrweiler und der Stadt Bonn. Stellvertretend für die anderen Städte und Gemeinden des Rhein-Sieg-Kreises sprechen die Stadtdirektoren der Städte Sankt Augustin und Meckenheim. Mit von der Partie sind auch die Bürgermeister der Stadt Remagen und der Gemeinde Grafschaft als Vertreter der Städte und Gemeinden des Kreises Ahrweiler (Rheinland-Pfalz). Dazu kommen noch Vertreter der Bezirksregierungen Köln und Koblenz sowie der Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Je nach Thema werden weitere Fachleute und Institutionen zu diesen Gesprächen hinzugezogen, um frühzeitig auf breiter Basis einen Konsens in der gemeinsamen Vorgehensweise zu erzielen. Im Mittelpunkt der derzeitigen Diskussion steht die Umsetzung der gemeinsam erarbeiteten Strategie der regionalen Wohnungsmarktuntersuchung.

Der „Regionale Arbeitskreis Entwicklung, Planung und Verkehr“ steht beispielhaft für andere, themenbezogene Arbeitskreise, die in vergleichbarer Weise regionale oder überregionale Themen beraten und diskutieren. Die *Regio Rheinland* ist ein Zusammenschluß der Städte und Kreise der

Region Köln und Bonn. Die *Verkehrskonferenz Rheinschiene* ist eine Arbeitsgemeinschaft der Städte Duisburg, Düsseldorf, Köln und Bonn. Nicht zuletzt sei auf die *Strukturförderungsgesellschaft* hingewiesen, in der alle Fragen der regionalen Wirtschaftsförderung infolge des Bonn/Berlin-Beschlusses diskutiert, vorbereitet und aufgearbeitet werden. Zentrales Gremium ist schließlich der *Koordinierungsausschuß*, in dem unter Vorsitz des Umzugsbeauftragten der Bundesregierung, Bauminister Töpfer, die Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen gemeinsam mit Vertretern der Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie der Region Bonn abgestimmt und koordiniert wird.

Die im Rahmen der Umsetzung des Bundestagsbeschlusses vom 20. Juni 1991 gemachten Erfahrungen zeigen, daß der gemeinsame Wille zum Strukturwandel Potentiale freimacht, die in dieser Region zunächst nicht vermutet wurden. Statt übereinander zu reden, redet man heute miteinander und löst Probleme. Natürlich gibt es auch in diesen Fällen Konflikte. Entscheidend ist, daß wir unser Schicksal selbst in die Hand genommen haben.

Wichtig ist aber auch, daß nicht die Konflikte vorherrschen, sondern daß aufgrund der gemeinsamen Zielvorstellungen aktives Handeln und Entwickeln gefördert wird. Es ist unübersehbar, daß das Vertrauen zueinander Kräfte freigesetzt hat, die zu einer ganz neuen Qualität von Arbeitsergebnissen und zu einem neuen Image der Region insgesamt geführt haben.

Aus dem vollen schöpfen

Planung orientiert sich an vorhandenen Potentialen

Von Peter Zlonicky

Der Berlin-Bonn-Beschluß des Deutschen Bundestages war ein Schock für die Region. Die Folgen dieses Schocks waren abzusehen: Es herrschte hektische Betriebsamkeit in einer Fülle unabgestimmter Handlungsvorschläge. Besonders problematisch war der Zeitpunkt. Vier Wochen nach dem Beschluß begannen in Nordrhein-Westfalen die Sommerferien, die sich als Sommerpause denkbar schlecht für sorgfältige Beratungsarbeit in kommunalpolitischen Gremien eignen. Besonders günstig war die Zeit im „Sommerloch“ allenfalls für die Resonanz auch abwegiger Ideen. Dies hätte nicht korrigierbare, falsche Weichenstellungen zum Schaden für die Stadt und für die Region auslösen können.

Die Entscheidung des Deutschen Bundestages traf die Stadt und die Region unerwartet, aber nicht unvorbereitet. Seit einigen Monaten hatte ein kleiner Kreis von Stadt- und Regionalplanern, Landschaftsplanern und Wirtschaftsgeographen gemeinsam ein Strukturgutachten für den Raum Bonn vorbereitet. Durch die Entscheidung des 20. Juni 1991 erhielt die Arbeit außerordentliche Aktualität und Bedeutung. Es ging nicht mehr darum, eine vorhersehbare Entwicklung zu strukturieren und zu optimieren, sondern am Beginn eines tiefgreifenden, strukturellen Umbaus die Weichen richtig zu stellen.

Bereits im Juni 1990 trafen sich die Gutachter mit Vertretern der Verwaltungen in einem Workshop zur Entwicklung der Hauptstadtregion. Ergebnis der zweitägigen Beratungen war ein Thesenpapier, aber auch der Entwurf einer Vision. Diese Vision geht von den besonderen „Begabungen“ der

Region aus, einschließlich der Kölner Bucht.

Die Vision beschreibt eine Stadtregion, die in ihren zentralen Bereichen durch den Landschaftspark am Rhein und an der Siegmündung geprägt ist. Zusammenhängende Ketten von Siedlungen begleiten den Landschaftspark auf den Terrassen. Diese Ketten leiten über zu den bewaldeten Hängen von Ville und Kottenforst, Börde und Voreifel auf der einen, Wahner Heide und Nutscheid, Bergische Hochflächen und Siebengebirge auf der anderen Seite. Der zentrale, urbanisierte Raum lebt aus seinen Verflechtungen mit dem Umland, aber er strahlt mit seinen besonderen Qualitäten auf dieses Umland aus. Je nach „Begabung“ der Teilräume sind Arbeitsteilungen selbstverständlich.

Damit kann eine Siedlungsstruktur entstehen, die ihre historischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Potentiale in einen der schönsten Landschaftsräume der Bundesrepublik einbetten kann. Die Vielfalt dezentraler Strukturen ist die Stärke des gesamten Raums. Bonn zeigt im Ausschnitt alle Qualitäten europäischer Regionen.

Die 1991 formulierten Entwicklungsziele für die Region erläutern die unbestreitbaren Vorzüge, Qualitäten und Potentiale, eben die „Begabungen“ der Region: naturgegebene, geschichtlich gewachsene und im Laufe der Zeit erworbene. Sie beschreiben eine auf fünf Säulen abgestützte Zukunft der Region, die nicht zuletzt durch Entscheidungen des Bundes, aber auch durch zielgerichtete Eigenleistungen der Region angestrebt werden soll.

Dipl.-Ing. Professor
Peter Zlonicky

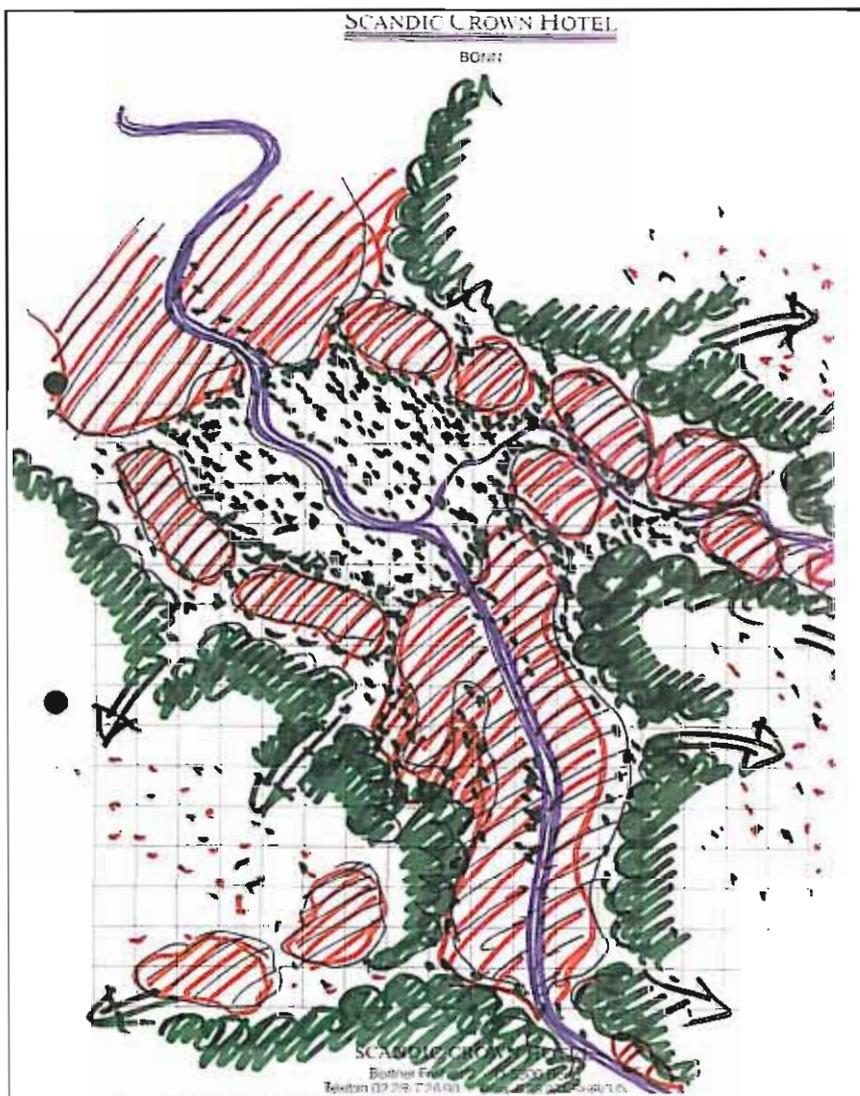
Jahrgang 1935, ist Geschäftsführer des Büros für Stadtplanung und Stadtforschung in Dortmund. Er gehörte dem Gutachtergremium an, das führend an der Weichenstellung für die zukünftige Entwicklung der Region Bonn beteiligt war.

Als erste Säule wird die Begabung als Bundesstadt genannt, erworben in den 40 Jahren als Hauptstadt eines überaus erfolgreichen, föderalen und demokratischen Staates. Bonn hat eine Bürgerschaft, die mit den Wechselfällen der Politik zu leben gelernt hat, tolerant auch mit durchschnittlich 400 Demonstrationen im Jahr umzugehen weiß, einen außerordentlich hohen Bildungsgrad hat und auch ungewöhnliche Serviceleistungen für die Politik in kürzester Zeit fundiert erbringen kann.

Als zweite Säule gilt die internationale Kompetenz der Region. Ein großer Teil der Bevölkerung ist zwei- oder vielsprachig und in hochwertigen Berufen ausgebildet. Toleranz und Offenheit für das Andersartige und Fremde ist eingeübt und selbstverständlicher als in den meisten anderen Städten Deutschlands. Konferenz- und internationale Kommunikationseinrichtungen sind in modernster Qualität vorhanden.

Als dritte Säule steht die „Begabung“ der Region als Standort der Wissenschaft und Forschung. Viel zu lange haben die Bonner Universität, die universitätseigenen und andere Forschungsinstitute in der Region darunter gelitten, daß Ansprüchen des Bundes stets Vorrang eingeräumt wurde. Die neue Entwicklung öffnet der Universität die Chancen für eine Verstärkung ihrer europäischen Orientierung.

Die vierte Säule ist das Potential der Region als Standort zukunftsorientierter Wirtschaft. Fast unbemerkt hat sich die Region schon in den vergangenen Jahren zu einem erstrangigen Zentrum der elektronischen Industrie in Deutschland entwickelt. Dies kann ausgebaut



Siedlungsstruktur der Köln/Bonner Bucht, entworfen in der Arbeitssitzung „Strukturkonzept“ im Juni 1990

und ergänzt werden. Aber auch der sekundäre Sektor (Beispiel Bauindustrie), der besonders gut in den Standorten der angrenzenden Landkreise entwickelt ist, kann gestärkt werden.

Als fünfte Säule schließlich steht die „Begabung“ der Region als hervorragender Wohnstandort, als hochrangiges kulturelles Zentrum vor einem eindrucksvollen geschichtlichen Hintergrund.

Wörtlich heißt es in den „Entwicklungszielen“: „Diese Potentiale und Begabungen durchdrin-

gen und befruchten sich gegenseitig. Vielfach bewirkt erst die Kombination der Begabungen das Besondere. Der Beschluß vom 20. Juni 1991 könnte dazu führen, daß diese hochqualifizierten und aufeinander abgestimmten Strukturen auseinandergerissen werden und ein sinnloser Niedergang der Region einsetzt. Durch den Einsatz der kommunalen Kräfte und zielgerichteter Hilfe von Bund und Ländern kann es gelingen, diese Potentiale nicht nur zu bewahren, sondern sogar zu einer weiteren Steigerung der Leistungskraft der Region zu nutzen.“

Eine gesunde Basis

Die Region ist für den Wandel gewappnet

Von Folker Dehnert

Trotz des „Normalfalls“, den gravierende Brüche in der Entwicklung einer Stadt darstellen, erwachsen Bonn aus dem Beschluß vom Juni 1991 bis heute nicht übersehbare Aufgaben und Probleme.

Doch die Stadt hat gute Chancen, die Aufgaben zu lösen und die Probleme zu bewältigen, denn sie war auf den „Tag X“ vorbereitet. Nicht mit einem Katastrophenplan im Tresor, sondern durch ein nie aufgegebenes Verhältnis zum Bund, wie es zwischen Gastgeber und Gast besteht. „Gerade wir Bonner sind uns immer der Tatsache bewußt, daß unsere Stadt entsprechend der Präambel des Grundgesetzes die Aufgabe der Hauptstadt nur stellvertretend für Berlin bis zu dem Zeitpunkt wahrnimmt, in dem eine Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit möglich wird.“ So formulierte es der damalige Oberbürgermeister Daniels bei einem Besuch Gorbatschows am 13. Juni 1989 im Bonner Rathaus. Diese Äußerung zur Zukunft Bonns nach dem Fall der Mauer zeigt - gerade weil sie impulsiv war -, daß Bonn mit der eingetretenen Entwicklung gerechnet hat. Und womit jemand rechnet, das wirft ihn nicht um!

Schon am Beispiel der baulichen Entwicklung der Stadt läßt sich das belegen. Es ist schon bemerkenswert, daß der Fremde viele Hinweisschilder und einen guten Stadtplan benötigt, um die Machtzentren der Bundesrepublik Deutschland aufzuspüren. Die Zentren städtischen Lebens haben unbeeindruckt von den gewaltigen Baumaßnahmen des Bundes ihren eigenen Charakter entwickelt und erhalten. Diejenigen, die ihre Stadt lieben, und das sind immer-

hin mehr als 90 Prozent der Bürger, lieben sie wegen ihrer Überschaubarkeit, ihrer Kleinteiligkeit und ihrer historisch gewachsenen Struktur. Der Bund siedelt am Rande und fügt sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in die Bonner Strukturen ein. Diese gebaute Situation ist nicht allein das Ergebnis kluger Voraussicht, sie ist aber sicher mehr als ein glücklicher Zufall. Rat und Verwaltung der 1969 durch die Kommunale Neuordnung vergrößerten Stadt Bonn haben in den 70er-Jahren grundsätzliche Entscheidungen zur Stadtentwicklung getroffen, die diesen Weg vorgezeichneten. So wurden die Aufgaben der Bonner Innenstadt und der Zentren Bad Godesberg, Beuel und Duisdorf festgelegt und der Ausbau durchgeführt. Für mehr als 20 Bonner Ortsteile wurden mit intensiver Beteiligung der Bürger Rahmenpläne erstellt, die das Ortstypische der „Bonner Dörfer“ bewahren helfen.

In Folge dieser Entwicklung identifizieren sich selbst die Bonner Neubürger eher mit der Stadt als Lebensraum als mit der Haupt- oder Bundesstadt, obwohl diese Funktion häufig der Anlaß des Zuzuges war. Der bevorstehende Wandel wird Bonn verändern. Er wird neben Chancen und Verbesserungen auch schmerzhaft Einschnitte und Verluste mit sich bringen. Aber er wird weder das Selbstverständnis der Bonner Bürger noch die gebauten Strukturen der Stadt grundlegend in Frage stellen.

Hier liegt der Vergleich mit einem Baum nahe: Äußerliche Wunden sind schmerzlich und ändern das Erscheinungsbild, aber sie heilen, vernarben und werden durch neue Triebe ausgeglichen.

Dipl.-Ing. Folker Dehnert

Jahrgang 1940, ist im

Stadtplanungsamt Bonn seit 1988

Abteilungsleiter der Bezirks- und

Ortsteilplanung.

Seit mehr als 20 Jahren begleitet er

die städtebauliche Rahmenplanung

und die Konzeption verschiedener

Sonderprojekte.

Nichts gedeiht ohne Pflege

Lebensraum braucht Freiraum

Von Klaus Bouchon

In Bonns 2000jähriger Geschichte gab es zahlreiche politische und gesellschaftliche Veränderungen, die auch strukturelle Konsequenzen hatten. Doch bei diesen Strukturveränderungen und bei allen Stadterweiterungen wurde die landschaftliche Schönheit erhalten. Das soll auch in Zukunft so bleiben.

Die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahr vereinigt eine außerordentliche Vielfalt unterschiedlicher Landschaftsräume. Von Süden und Osten wird sie hufeisenförmig von den Höhenrücken der Eifel, des Westerwaldes, des Sauerlandes und des Bergischen Landes umschlossen. Der Bogen dieses Hufeisens, das sich nach Norden in die Köln/Bonner Bucht öffnet, wird nur an zwei Stellen unterbrochen, nämlich durch den engen Rheingraben im Süden und das Siegtal im Osten. Eingebettet in diese Landschaft liegen zahlreiche, zum Teil tief eingeschnittene Täler kleinerer und größerer Bäche.



Kunst und Natur: Dachgarten der Bundeskunsthalle

Dipl.-Ing. Klaus Bouchon

Jahrgang 1951, ist Sachgebietsleiter für Flächennutzungs- und Freiraumplanung im Stadtplanungsamt Bonn.

Im gesamten Rheinland gibt es kein Gebiet mit vergleichbar hoher landschaftlicher Vielfalt.

Dieser außerordentliche landschaftliche Reiz gab im 18. Jahr-

hundert dem Kurfürsten Josef Clemens Anlaß, seine Schloßanlage nach Süden zu öffnen und die Kulisse des Rheintales mit dem Siebengebirge in die großzügige Gartenanlage mit einzubeziehen. Bonns Zeit als kurfürstliche Residenzstadt prägt noch heute in vielfältiger Weise das Stadtbild. Jedem bekannt sind das kurfürstliche Schloß mit dem Hofgarten, die Poppelsdorfer Allee und das Poppelsdorfer Schloß. Aber auch die Kreuzbergkirche, das Baumschulwäldchen, die Meckenheimer Allee, die Nußallee und das für die Parforce-Jagd angelegte Wegenetz im Kottenforst stammen aus dieser Zeit.

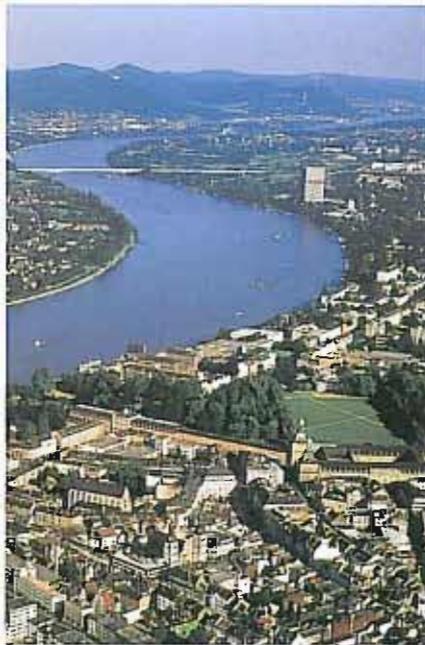
Ende des 18. Jahrhunderts entschloß sich Kurfürst Max Franz Godesberg zu einem Badeort auszubauen. In dieser Zeit entstanden die Redoute und die angrenzenden Gebäude. Die Schönheit der Landschaft und die Vorzüge der Badeeinrichtungen führten dazu, daß Godesberg seit 1870 in steigendem Maße Wohnsitz für begüterte Bevölkerungskreise aus den aufsteigenden Industrieregionen wurde. Zur gleichen Zeit entstand mit der Bonner Südstadt ein stark durchgrüntes Wohngebiet für Fabrikanten, Rentiers und Universitätsprofessoren sowie für die obere Mittelschicht, die die besondere Lebensqualität Bonns schätzten.

Sowohl die landschaftliche wie auch die städtebauliche Qualität konnte bis heute - trotz des Baubooms in der Zeit der Bundeshauptstadt - erhalten werden. Die kleinräumige, zum Teil dörfliche Siedlungsstruktur wurde bewahrt und durch Neubebauung ergänzt. Die Hänge des Rheintales blieben frei von Bebauung, die Wald-

flächen des Ennerts und des Kottenforstes unangetastet. Die Rheinufer wurden für die Erholungsnutzung erschlossen und gestaltet, der Blick aufs Siebengebirge blieb frei. Neue Gebäude, auch die Großbauten des Bundes, wurden maßstabsgerecht in die Stadtlandschaft eingefügt, Ausnahmen blieben der Lange Eugen und das Stadthaus. Während das Stadthaus bis heute ein Fremdkörper in der Innenstadt geblieben ist, wurde der Lange Eugen zum Symbol für die Bundeshauptstadt, zur Landmarke und zum Orientierungspunkt für das Regierungsviertel.

Das Beethoven-Haus, die Museumsmeile, das Regierungsviertel und die landschaftlich einmalige Lage am Siebengebirge sind Attraktionen, die 1995 fast eine halbe Million Besucher veranlaßten, nach Bonn zu kommen. Aber auch die Bonner Bürgerinnen und Bürger selbst wissen die landschaftlichen Reize ihrer Heimatstadt zu schätzen. So waren bei einer Meinungsumfrage 1993 ca. 93 Prozent mit ihrem Wohnort zufrieden. 86 Prozent der Befragten bezeichneten Bonn als liebenswürdig und grün sowie überschaubar.

Welche Anstrengungen unternehmen nun die Planer, um dieses Kapital zu erhalten oder sogar noch zu mehren? Bereits 1975 wurde als Grundlage für die Erstellung des Flächennutzungsplanes ein Landschafts- und Grünordnungsplan erarbeitet, der noch heute eine wichtige Planungsgrundlage darstellt. In den vergangenen Jahren wurden nach und nach etwa 50 Prozent des Stadtgebietes unter Landschafts- bzw. Naturschutz gestellt und damit als Freifläche gesichert.



Attraktiver Lebensraum Rheintal

Um diese Flächen gestalterisch und ökologisch attraktiver zu machen, wurden zahlreiche Pläne aufgelegt, so zum Beispiel der Bachentwicklungsplan, mehrere Landschaftspläne und Gestaltungspläne für verschiedene Grünzüge. Aber auch für den bebauten Bereich wurden Anstrengungen unternommen, um die vorhandenen Qualitäten zu erhalten. So entstanden z.B. Denkmalpflegepläne, um die schützenswerte Bausubstanz zu sichern.

Im Rahmen der Soforthilfe nach dem Umzugsbeschluß wurde an ein Büro für Landschaftsplanung der Auftrag erteilt, ein gesamtstädtisches Freiraumsystem zu erarbeiten. Damit sollen den Freiflächen erstmals Funktionen wie Klimaverbesserung, Freizeit und Erholung, Biotop- und Artenschutz oder potentielle Bauflächen zugeordnet werden.

Um die hohe Lebensqualität in Bonn auch weiterhin nachhaltig zu sichern, werden zur Zeit Umweltqualitätsziele formuliert,

die für die Planer den zukünftigen Bewertungsmaßstab bilden sollen. Als Kontrollinstrument wurde die Umweltverträglichkeitsprüfung eingeführt, die bei allen umweltrelevanten Planungen durchgeführt werden muß.

Das Strukturkonzept für die Region Bonn/Rhein-Sieg enthält die entscheidenden Vorgaben für die weitere Entwicklung der Stadt und des Umlandes. Eine besondere Bedeutung kommt der regionalen Entwicklung zu, die sich von dem bisher vielfach verbreiteten Kirchturmsdenken löst und auf die regionalen Zusammenhänge eingeht. Oberste Priorität wird bei dieser Entwicklung den landschaftlichen Belangen zugesprochen, um auf Dauer die landschaftliche Qualität zu erhalten. Die Entwicklung soll sich an den spezifischen Stärken orientieren und dabei die Identität der Landschaft und der Orte bewahren und stärken. Zusammenfassend heißt das: Eine grundlegende Strukturveränderung wird nicht angestrebt, ein neues Bild von der Stadt wird nicht entworfen. Die Chance für eine lebenswerte Zukunft heißt "Stadt in der Landschaft". Das setzt einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Kapital Landschaft als weichem Standortfaktor voraus.

Dabei ist sicherlich von einem grundsätzlichen Umdenkungsprozeß auszugehen. Von der bisher weitgehend praktizierten Lösung von Einzelproblemen im Sinne eines linearen Denkens müssen wir uns lösen und versuchen, entsprechend den realen Vernetzungen zu einem vernetzten Denken zu kommen.

Oberste Ziele müssen dabei immer die nachhaltige Überlebensfähigkeit und das Wohlfühl der Menschen sein.

Konzept für die Zukunft

Die Idee des Fünf-Säulen-Modells und beispielhafte Leitprojekte

Von Sigurd Trommer

Was war in Bonn nicht alles gelaufen zwischen dem unglaublichen Tag der Maueröffnung und der Bonn-Berlin-Entscheidung des Deutschen Bundestages am 20. Juni 1991! Gutachten zu den Kosten der Hauptstadtverlagerung, Diskussionsforen, unzählige Informationsveranstaltungen und Gespräche mit Abgeordneten. Es war wie ein Rausch, beseelt von der Überzeugung, daß Bonn, von dem die Nachkriegspolitik ausging mit diesem unglaublichen Erfolg der Wiedervereinigung, nun auch die richtige Bundeshauptstadt für das wiedervereinigte Deutschland sei. Der Fall „Was wäre, wenn...“ wurde verdrängt. Wohl, weil auch das letzte Fünkchen Energie zur Erringung des Erfolgs eingesetzt wurde, aber auch, weil diese „self-fulfilling prophecy“ dräute.

Auch ich fühlte mich in diesen Rausch hineingezogen, obwohl ich - als ich im Frühjahr 1990 das

ich war - und bin - der Meinung, daß bei dem Wegfall der Hauptstadtfunction die Aufgabenstellung für den Städtebauer weitaus interessanter ist als die Weiterentwicklung der endgültigen Bundeshauptstadt.

Für den „Tag danach“ waren die verantwortlichen Planungsexperten¹ des Rhein-Sieg-Kreises und des Kreises Ahrweiler zusammen mit Planungs- und Forschungsinstitutionen eingeladen, um die Eckpfeiler für den endgültigen Ausbau Bonns zur Bundeshauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands abzustimmen.

Und auch im Kalkül: sollte es nun doch gegen Bonn ausgehen, war dies der Zeitpunkt, um neue Strategien zur Stadtentwicklung und -planung aufzustellen.

Dann kam die Entscheidung für Berlin. Die eingeladene Runde tagte am 21. Juni 1991 im Rathaus

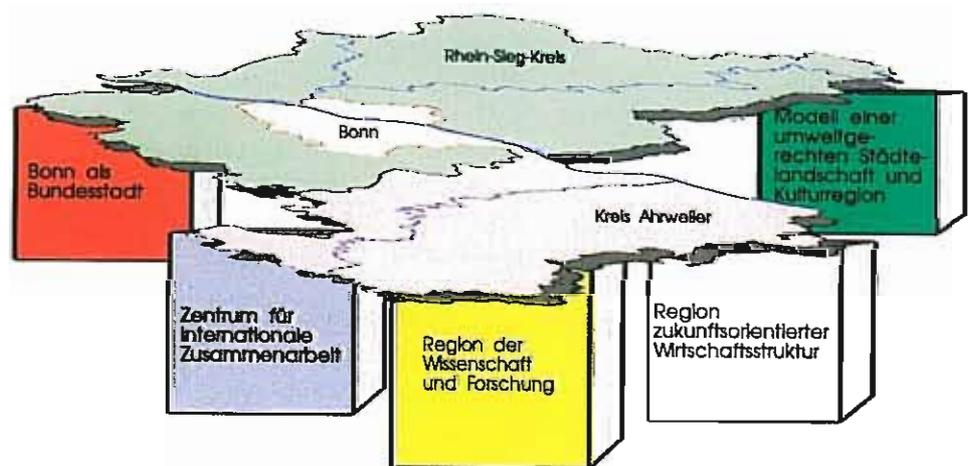


Abb. 1: Fünf Säulen tragen die Zukunft der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahr

Dipl.-Ing. Sigurd Trommer

Jahrgang 1944, ist

Herausgeber der hier vorliegenden Publikationsreihe.

Als Stadtbaurat der Stadt Bonn ist er einer der leitenden "Konstrukteure" zukünftiger Stadtentwicklung und regionaler Kooperation.

Angebot zur Mitarbeit in der Verwaltungsspitze der Stadt Bonn erhielt - für meine Berufs- und Lebensplanung entschieden hatte, in Bonn in jedem Falle ein attraktives Aufgabenfeld zu finden. Ja,

Beuel. Es folgte eine mehrwöchige, höchst intensive Arbeitsphase mit dem Ziel, ein Zukunftsbild für die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler zu entwickeln. Diese eigenständige Vision der Region

sollte möglichst bald die Öffentlichkeit, die Politik in Bund und Ländern und die Bürger erreichen. Da war das Bewußtsein, nicht andere ein Zukunftsbild entwerfen zu lassen, sondern als Betroffene das Schicksal am Schopfe zu fassen. Schwerpunkt der Arbeit war zunächst die Besinnung auf die „Begabungen“, die Potentiale der Stadt und der Region. Es war der wieder und wieder gelesene Wortlaut des Bundestagsbeschlusses vom 20. Juni 1991, der ja für Bonn sehr konkrete Aufgaben und Ausgleichs vorgesehen hat. Aus den Begabungen und Potentialen und dem Inhalt des Bundestagsbeschlusses wurden die sogenannten „Fünf Säulen für die Zukunft Bonns“ entwickelt (siehe Abb. 1).

Wie Abb. 2 zeigt, versuchten wir sogar mit einer Art grafisch-verbalem Nachweis die Übereinstimmung der Fünf Säulen mit dem Bundestagsbeschluß herzustellen.

Es gelang, was angestrebt war, nämlich dieses Ergebnis der Fünf Säulen für die Zukunft Bonns noch vor den Parlamentsferien 1991 über eine Pressekonferenz und das entsprechende Streuen der Papiere der Öffentlichkeit und besonders der Politik nahezubringen. Sowohl die Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz als auch der Bund nahmen die selbst gesetzten Ziele der betroffenen Region auf. Die beiden Länder verabschiedeten am 2. August 1991 ein entsprechendes Papier, das Bundeskabinett billigte am 11. Dezember 1991 das gemeinschaftlich erarbeitete Zukunftsbild.

Bei dieser Vorgehensweise blieb vieles auf der Strecke, was beim

demokratischen Planungsprozeß moderner Prägung selbstverständlich ist. Es ist im nachhinein nicht nachzuweisen, ob dieser Weg zu besseren Ergebnissen, zu besserer Akzeptanz geführt hätte. Zweifellos hätte er ein Mehrfaches an Zeit gekostet, um in Diskussionsforen mit Bürgern und externen Fachleuten, mit den Abgeordneten in Stadt, Landkreisen und Ländern zu einem schlüssigen Ergebnis zu kommen.

Faktum ist, daß die politischen Repräsentanten in Bonn, dem Rhein-Sieg-Kreis und dem Kreis Ahrweiler diesen Weg akzeptierten und seine Ziele mit beispielhafter Einmütigkeit stärkten.

Es gab eine sehr intensive und engagierte Begleitung durch die Medien. Wer in Bevölkerung, Institutionen und Bürgergruppen aktiv wurde, wurde so gut es ging in die Arbeit einbezogen. Es gab vereinzelt Nachfragen nach Alternativen zum Zukunftsprogramm, etwa den Vorschlag, den politischen Verlust nicht durch Engagements in Wissenschaft, Wirtschaft, Internationales und Kultur auszugleichen, sondern bewußt eine Art Rückzug in die Beschaulichkeit anzutreten. Diesen Ansätzen wurde aber keine besondere Aufmerksamkeit zuteil.

Mit den Fünf Säulen für die Zukunft Bonns war die planerische Grundlage geschaffen, mit der insbesondere die Verwaltungs- und politischen Chefs der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler, mit den Vertretern der beiden Bundesländern und der Bundesrepublik Deutschland das Berlin-Bonn-Gesetz vom 26. April 1994 und die Ausgleichsvereinbarung zwischen Bundesrepublik Deutschland, den beiden Bundesländern

und der Region vom 29. Juni 1994 aushandelten.²

Für diese Verhandlungen war vorbereitend ein richtiges „Ausgleichsbuch“ geschrieben worden. In Form einer „Bausteinsammlung“ wurden zu den Fünf Säulen die unterschiedlichsten Forderungen zusammengestellt. Aus der Bevölkerung und von Institutionen kamen über 300 Vorschläge, die berücksichtigt wurden. Ein „Bonn-Symposium“ mit vielen illustren Gästen stellte am 14. und 15. September 1992 die Ideen aus Bonn und seiner Region auf den Prüfstand.

Es war letztendlich schon ein Meisterstück, daß aus dieser über großen Vielfalt eine klare Ausgleichsvereinbarung herauskristallisiert werden konnte mit den folgenden Schwerpunkten:

- 2 000 Mio. DM zur Realisierung von Ausgleichsvorhaben (insbesondere in den Bereichen Wissenschaft, Kulturregion und Wirtschaftsförderung),
- 500 Mio. DM für eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur (ICE und S-Bahn),
- 100 Mio. DM durch Bereitstellung von Grundstücken des Bundes,
- 210 Mio. DM Soforthilfemaßnahmen.

Inzwischen hat die Umsetzung begonnen. Und immer wieder tauchen die „Fünf Säulen für die Zukunft Bonns“ als Leitfaden auf und zwingen zur Konzentration auf das Wesentliche.

Den Bürgern aus Bonn und der Region wird ein großes Maß an

Verständnis für diesen von ihnen oft nicht nachzuvollziehenden Parforceritt verlangt. Ursache dieses Eiltempo ist die angestrebte „Schichtwechsel“-Systematik: Die neuen Strukturen sollen da sein, wenn die alten gehen! Wir müssen das Symptom „schwarzer, leerer Fenster“ verhindern, das suggeriert: „Hier stimmt was nicht!“

Die Eile muß auch in den nächsten Jahren beibehalten werden. Zu schnell ist die Zeit verstrichen, bis der Umzug beginnt. Wenn dann die neuen Strukturen nicht weitgehend etabliert sind, wird der sowieso eintretende Einbruch erheblich verstärkt. Hauptbetroffene werden Einzelhandel, Handwerk, Hotellerie und Gaststätten sowie Verkehrsgewerbe sein. In Solidarität mit den Beschäftigten in diesen Berufszweigen müssen wir den Schichtwechsel schaffen. Und alle in der Entscheidungsverantwortung Stehenden müssen die Bürger einbeziehen, so weit es geht, und um Verständnis bitten, wenn manche der großen Entscheidungen mit knapperen Mit-

wirkungszeiten ablaufen müssen, als wir das in unserem modernen Gemeinwesen inzwischen gewohnt sind.

¹Planer am „Tag danach“:

Prof. Dr. Helmut Breuer, Wirtschaftsgeograph (RWTH Aachen)

Dipl. Ing. Othmar Ebert, Stadtplaner (Dortmund)

Prof. Martin Eisele, Stadt- und Regionalplaner (TH Karlsruhe)

Prof. Reinhard Grebe, Landschaftsplaner (TU München)

Dr. Christian von Rothkirch, Regionalwirtschaftler (Prognos Köln)

Prof. Peter Zlonicky, Stadtplaner (Universität Dortmund)

Technischer Beigeordneter Dr. Franz, Rhein Sieg-Kreis

Kreisplaner Weber, Kreis Ahrweiler

Stadtbaurat Trommer, Stadt Bonn

²Unterzeichner der Ausgleichsvereinbarung am 29.06.1994:

Bundesminister Kanther, Innenminister der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Klär, Chef der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

Minister Clement, Chef der Staatskanzlei NRW

Oberkreisdirektor Dr. Kiwit, Rhein-Sieg-Kreis

Kreisdirektor Kühn, Rhein-Sieg-Kreis

Landrat Weiler, Kreis Ahrweiler

Oberstadtdirektor Diekmann, Stadt Bonn

Stadtdirektor Schreiber, Stadt Bonn

Bonn als Bundesstadt	Zentrum für internationale Zusammenarbeit	Region der Wissenschaft und Forschung	Region zukunftsorientierter Wirtschaftsstruktur	Modell einer umweltgerechten Städte-landschaft und Kulturregion
----------------------	---	---------------------------------------	---	---

Bonn (bleibt) Verwaltungszentrum der Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere die Bereiche in den Ministerien und die Teile der Regierung, die primär verwaltenden Charakter haben, behalten ihren Sitz in Bonn. Empfehlung an Bundesrat, seinen Sitz in Bonn zu belassen	Übernahme und Ansiedlung neuer Funktionen und Institutionen von internationaler Bedeutung	Übernahme und Ansiedlung neuer Funktionen und Institutionen von nationaler und internationaler Bedeutung im wissenschaftlichen Bereich	Ausgleich für den Verlust des Parlamentssitzes und von Regierungsfunktionen. Ausgleich der finanziellen Sonderbelastung durch die Funktionsänderungen	Übernahme und Ansiedlung neuer Funktionen und Institutionen von nationaler und internationaler Bedeutung im kulturellen Bereich
---	---	--	---	---

Abb. 2: Das Konzept der Fünf Säulen in Übereinstimmung mit dem Bundestagsbeschuß

Netzwerk statt Flickwerk

Planungswirrwarr mit Methode

Von Ulrich Ziegenhagen und Martin Seelbach

Fünf Jahre Strukturwandel sind aus Sicht des Planers kein sonderlich langer Zeitraum. Zu klein ist der Zeitabschnitt, um den neuen, zukunftsorientierten Stadtentwurf im Stadtbild sichtbar zu verankern. Nur im Ansatz zeigt sich dem aufmerksamen „Nicht-Planer“ in Form von „Mosaiksteinchen“ die Entwicklung der Stadt Bonn und ihrer Region. Stadtentwicklungsplanung bedarf anderer Zeithorizonte und fordert mehr als kurzfristige Stückwerk-Lösungen. Stadtentwicklung vollzieht sich kontinuierlich, geschieht behutsam und entwickelt sich aus Bestehendem weiter; sie bricht nicht radikal mit der seit Jahrzehnten gewachsenen Struktur. Stadtentwicklung ist nicht revolutionär, sie ist evolutionär. Hier und da kommen Ihnen

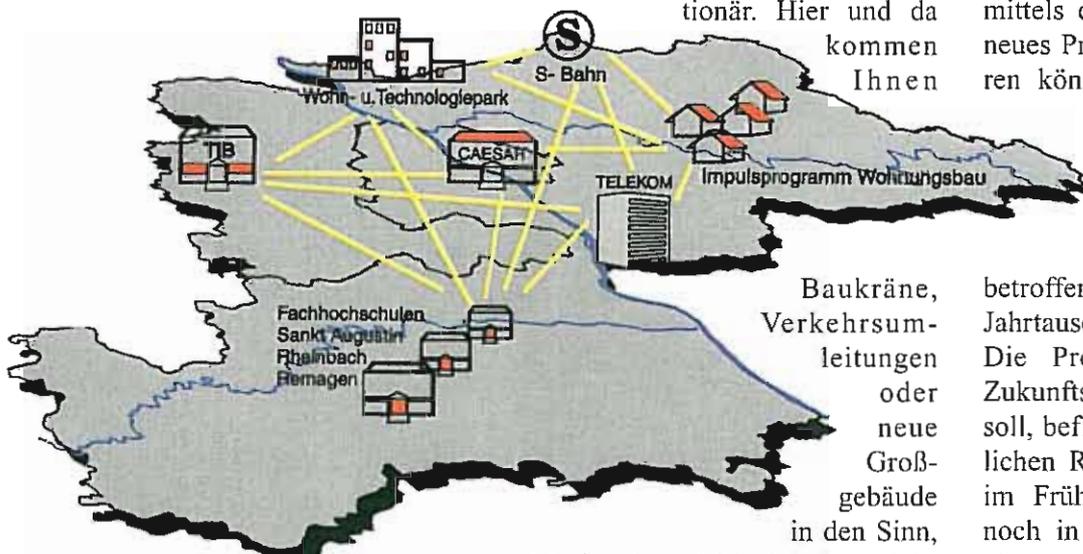


Abb. 1: Vernetzung wichtiger Projekte

Dipl.-Geogr. Dr. Ulrich Ziegenhagen

Jahrgang 1958, leitet das Sachgebiet für Regional- und Stadtentwicklungsplanung des Stadtplanungsamtes Bonn.

Dipl.-Geogr. Martin Seelbach

Jahrgang 1960, ist als freier Mitarbeiter für das Stadtplanungsamt Bonn in den Bereichen Regionalplanung und GIS-Anwendung tätig.

Merkmale städtischer Entwicklung, die es schon immer zu sehen gab. Neue Bauwerke, wie die Gebäude der DeTeMobil und DETECON in Oberkassel, das der Telekom an der B9 oder die neuen Museen fallen auf. Angekündigte Projekte wie:

- S-Bahnstrecke Bonn - Flughafen Köln/Bonn,
- Innovatives Wohnungsbauprogramm für die Region,
- Wohn- und Technologiepark Bonn/Sankt Augustin,

- Technologie- und Innovationszentrum,
- Forschungszentrum CAESAR,
- Standort der Telekom in Bonn,
- drei neue Fachhochschulstandorte in Sankt Augustin, Rheinbach und Remagen

stellen sich zunächst als Puzzle-teile dar. Im Stadtbild tut sich also was, von Lethargie keine Spur. Sind aber nicht viele der durch die Medien verbreiteten neuen Projekte große Strohfeuer, die zusammenhangslos an verschiedenen Ecken der Stadt auflodern? Nach der ersten Aufzählung gestaltet sich die Spurensuche nach Zusammenhängen schwieriger. Vielleicht wissen Sie, daß es ein Berlin-Bonn-Gesetz und eine nicht unbedeutende Summe in Milliardenhöhe vom Bund gibt, mittels der Stadt und Region ihr neues Profil jetzt herausmodellieren können. Vielleicht ist Ihnen

aus den Medien auch der Begriff des „Fünf-Säulen-Modelles“, das die Zukunft der Stadt Bonn wie auch der

Baukräne, Verkehrs-mleitungen oder neue Groß-gebäude in den Sinn,

betroffenen Region in das nächste Jahrtausend tragen soll, bekannt. Die Projekte, über die diese Zukunftsvision umgesetzt werden soll, befinden sich in unterschiedlichen Reifegraden. Manche sind im Frühstadium, gewissermaßen noch in den Köpfen der Planer, über andere existieren bereits Fachgutachten zu den Chancen der Umsetzung, und wiederum andere befinden sich in oder kurz vor der Umsetzung.

Das Konzept, das Leitbild existiert nicht als freie Kreation irgendwelcher Planer, sondern orientiert sich an den realen Vorgaben. Dabei greift es die Stärken und Potentiale der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler auf und reift nach langen Diskussionen

mit den Akteuren und Nutzern. Das Leitbild muß freilich im Laufe der Zeit flexibel sein und sich in seiner Gestalt neuen Gegebenheiten anpassen. Fertige Bilder, die einen dauerhaften Zustand repräsentieren, gibt es nicht. Bis auf punktuelle Erscheinungen lassen sich zusammenhängende Veränderungen der Stadtstruktur für den Außenstehenden immer nur mit größerem zeitlichen Abstand und aus größerer räumlicher Distanz erkennen. Netzwerk oder mehr noch Synergie, „die Lehre vom Zusammenwirken“ heißt das Zauberwort, mit der die Projekte über unsichtbare Fäden verbunden sind.

Auch die oben angeführten Projekte sind in dieses Netzwerk einghängt und folgen dem festgelegten Stadtentwicklungsmodell bzw. fungieren dort sogar als wichtige Leitprojekte (siehe Abb.1):

- Die S-Bahn als Verbindung zum Flughafen Köln-Bonn und als Bestandteil des weiteren Ausbaus des schienengebundenen Nahverkehrs ist ein wichtiges Element, Verkehr zwischen Arbeits- und Wohnstandorten umweltfreundlich und komfortabel zu ermöglichen.
- Der Wohn- und Technologiepark ist gemeinsam mit dem Impulsprogramm für Wohnungsbau ein Element neu orientierten Wohnungsbaus unter dem Gesichtspunkt, attraktive und vielfältige Wohnformen zu schaffen.
- Der Standort Telekom profitiert wie die neuen Wissenschaftsstandorte von guten Verkehrsverbindungen und Wohnmöglichkeiten für seine Mitarbeiter.
- Technologieentwicklungszentren wie das Technologietransfer- und Innovationszentrum Bonn (TIB) und andere profitieren von einem auf höchstem Niveau ausgebildeten Wissenschaftsstandort.

Der Umfang eines Netzwerkes läßt sich eindrucksvoll am Beispiel der Leitidee „Wissenschaftsstandort Bonn“ zeigen. Bonn kann als Stadt der Wissenschaft auf eine lange Tradition zurückblicken. Seit dem Gründungsjahr der Universität hat sich ein dichtes Netzwerk von wissenschaftlichen Institutionen herauskristallisiert. Im allgemeinen denkt man zuerst an die Universitätsinstitute, an die Studenten und Dozenten. Kaum bekannt sind die weiteren Beziehungsgeflechte. Wußten Sie, daß sich im Laufe der Zeit in Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis über 140 wissenschaftliche Einrichtungen angesiedelt haben, die direkt oder indirekt in Beziehung zur Universität stehen (Abb. 2). Dieses Potential gilt es, wie im „Fünf-Säulen-Modell“ festgelegt, zu nutzen und weiterzuentwickeln. Initiativen wie der Neubau der Diskreten Mathematik, die Gründung drei neuer Fachhochschulstandorte in der Region und - von besonderem Wert für das wissenschaftliche Renommee - das Leitprojekt CAESAR (Center for Advanced European Studies and Research) folgen dem Leitsatz der Nutzung der Potentiale.

Auch zu weiteren Leitprojekten, beispielsweise aus dem Sektor „Region zukunftsorientierter

Wirtschaftsstruktur“ bestehen und bilden sich enge Verknüpfungen. Ein Beispiel, den schwierigen Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu forcieren, ist die Gründung des Technologietransfer- und Innovationszentrums Bonn.



Abb. 2: Über 140 Universitätsstandorte (blau) und andere wissenschaftliche Einrichtungen (rot)

Wichtig ist zu wissen, daß die Projekte nur Spitzen der Eisberge sind. Die Basis dieser herausragenden Projekte ist eine ständig vorhandene Grundplanung unter Aufrechterhaltung der Gesprächsbeziehung zwischen unterschiedlichsten Akteuren. Hierzu gehört die regionale Kooperation und Planung, welche über regionale Gremien wie die Strukturförderungsgesellschaft, die Regio Rheinland und den Regionalen Arbeitskreis der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler praktiziert wird. Sie sollten also, wenn Sie wieder einmal auf neue Bauwerke in Ihrem Lebensumfeld stoßen, nicht an Begriffe wie zusammenhangloses Flickwerk oder Strohfeuer denken. Der Prozeß der Zukunftsgestaltung der Region Bonn wird für den Bürger nicht immer zu sehen sein. Das Resultat aber wird er an städtischer Lebensqualität spüren können.

Jeder Plan hat seinen Preis

Die Finanzierung der Fünf Säulen

Von Ludger Sander

Planer brauchen Ideen, das ist jedem klar. Doch sie brauchen eines ebenso dringend - Geld. Bonn hat einen Schuldenberg, der über dem einiger Städte ähnlicher Größe liegt. Ein wichtiger Grund dafür: Die Vergleichsstädte waren nie Bundeshauptstadt. Wer von Schulden spricht, muß nämlich auch fragen, wo das Geld geblieben ist. Und da spielt die Funktion Bonns als Bundeshauptstadt eben auch eine Rolle. Die mittelgroße Stadt am Rhein bietet ihren Gästen bis heute - nicht nur denen aus der Politik - eine Infrastruktur und ein Erscheinungsbild auf Weltniveau. Beides gab und gibt es nicht zum Nulltarif. So ist es eine faire Geste, daß der Bund als langjähriger Gast dieser Stadt vor den finanziellen Folgen seiner Standortentscheidung nicht die Augen schließt. Doch der Reihe nach. Beginnen wir mit dem Kassensturz.

Unsere Stadt befindet sich zur Zeit in der schwierigsten Haushalts-situation nach dem Krieg. Die Zahlen sprechen für sich: Bonn hatte Ende 1995 Schulden in Höhe von ca. 1,5 Mrd. DM, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von 5 178 DM entspricht. Für Zinsen und Tilgung müssen inzwischen mehr als 160 Mio. DM pro Jahr aufgewendet werden. Ursächlich für die schwierige Finanzlage sind weder der Umzugsbeschluß noch hausgemachte Faktoren. Maßgebend sind externe Einflußgrößen. Da sind die wegbrechenden Einnahmen, die dem Stadtsäckel sehr zu schaffen machen. In den letzten Jahren sind die Einnahmen - das gilt vor allem im Steuerbereich - weit hinter den

Erwartungen zurückgeblieben. So mußte beispielsweise der Gewerbesteueransatz für 1994 um fast 73 Mio. DM zurückgenommen werden. Ursächlich waren hohe Gewerbesteuererstattungen und erhebliche Niederschlagungen von Steuerforderungen bei einigen großen Steuerzahlern. Ganz erhebliche Einnahmerückgänge gab es wegen der hohen Arbeitslosigkeit auch beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Dieser Rückgang betrug 1994 und 1995 jeweils rund 10 Mio. DM gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsansatz.

Sinkende Einnahmen bei überdurchschnittlich ansteigenden Ausgaben - so gerät jeder Haushalt in die Schiefelage. Zu einem Sprengsatz haben sich in den letzten Jahren die Ausgaben für Jugend- und Sozialhilfeleistungen entwickelt. So hat sich die Sozialhilfezahlung in den vergangenen neun Jahren in Bonn von 70,5 Mio. DM 1986 auf über 174 Mio. DM Ende 1995 mehr als verdoppelt. Weiterhin leistet die Stadt erhebliche finanzielle Aufwendungen für den Wiederaufbau in den neuen Bundesländern. Der direkte Anteil der Stadt Bonn liegt bei über 54 Mio DM pro Jahr. Warum werden die Ausgaben nicht einfach gesenkt, um so den Haushalt zu sanieren? Was in der Theorie einfach klingt, stößt in der Praxis auf handfeste Probleme. So sind zum Beispiel die gesetzlichen Vorgaben, die in den Gemeinden das „Ob“ und „Wie“ bestimmter Aufgaben vorschreiben, ständig erhöht worden. Hier kommt der Perfektionismus zum Ausdruck, der vor allem aus einem Auseinanderfallen

Dipl.-Volkswirt Dr. Ludger Sander

Jahrgang 1955, ist Stadtkämmerer der Stadt Bonn.



 der Fach- und Finanzverantwortung resultiert. Diejenigen, die über solche zusätzlichen Auflagen beschließen, sind dann häufig überrascht, wenn sie mit den konkreten finanziellen Folgen konfrontiert werden. So verursacht etwa die vom Gesetzgeber verschärfte Auflage, den Ausstoß an Dioxinen und Furanen bei der Müllverwertungsanlage um ein Prozent zu senken, der Stadt Bonn Investitionskosten in Höhe von rd. 45 Mio. DM. Die Vorschrift, Stickstoffe und Phosphate im Abwasser weiter zu reduzieren, ist für unsere Stadt mit Investitionskosten in Höhe von rd. 307 Mio. DM verbunden.

Diese Ausführungen dürften deutlich gemacht haben, daß die Finanzlage der Städte sehr stark fremdbestimmt ist. Das beschriebene Szenario trifft auf viele Städte zu. Die Besonderheit Bonns - auch für die Finanzlage - sind die Folgen des Umzugsbeschlusses von 1991. Die besondere Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß die Stadt derzeit im Rahmen der Bonn-Vereinbarung über 109 Mio. DM jährlich an Bundeszuschüssen vereinnahmt. Hierbei handelt es sich um Einnahmen im Verwaltungshaushalt, die die Stadt für besondere Aufgaben, die sie auch im Interesse des Bundes durchführt, erhält. Diese Gelder werden für die Finanzierung kultureller Einrichtungen (Oper, Schauspiel, Orchester), aber auch für sonstige repräsentative Aufgaben zur Verfügung gestellt. Dieser Bonn-Vertrag läuft 1999  aus und muß bis dahin neu verhandelt werden.

Beschlossene Sache ist die zukünftige Aufgabenverteilung zwi-

schen Bonn und Berlin. Im Berlin/Bonn-Gesetz hat der Bundestag am 10. März 1994 der Region Bonn für die durch den Wegzug des Parlamentes und Teilen der Regierung entstehenden Arbeitsplatzverluste sowie zur Unterstützung des notwendig gewordenen Strukturwandels einen Ausgleich zugesprochen. Zur

 Kompensation der Verluste von insgesamt etwa 22 700 wegfallenden Arbeitsplätzen in den Ministerien (dort liegt die Zahl bei ca. 12 200), im Deutschen Bundestag, bei den Fraktionen, den Abgeordneten, den nachgeordneten Behörden und Einrichtungen sowie bei den Botschaften und Medien (dort ca. 10 500) ist die Ansiedlung von 25 neuen Staatseinrichtungen vorgesehen, durch die etwa 7 400 Arbeitsplätze teilweise ausgeglichen werden. Unter diesen neuen Bundesbehörden sind z.B. das Bundeskartellamt, das Bundesversicherungsamt, die Bundesbaudirektion, die Postbank, der Bundesrechnungshof und das Eisenbahn-Bundesamt. Die restlichen 15 300 Arbeitsplätze sollen durch Neuansiedlungen geschaffen werden. Hierfür erhalten die Stadt Bonn und die Region Ausgleichsmittel des Bundes von insgesamt 2,81 Mrd. DM. Die Ausgleichsvereinbarung vom 29. Juni 1994 sieht eine Förderung folgender großer Bereiche vor:

- Wissenschaft, Forschung, Technologie und Bildung: 1 600 Mio. DM
- Zukunftsorientierte Wirtschaftsstruktur: 300 Mio. DM
- Verkehrsinfrastruktur mit Flughafenbindung: 500 Mio. DM
- Kultur: 100 Mio. DM

- Soforthilfe und Grundstücke: 310 Mio. DM

Gesamtbetrag: 2 810 Mio. DM 

Aus der Sicht des Kämmerers ist allerdings zu berücksichtigen, daß diese Finanzmittel „nur“ für Investitionen zur Verfügung stehen, die nicht unmittelbar Entlastungen für den Verwaltungshaushalt bringen. Das wird sich hoffentlich nach einigen Jahren ändern, denn hier liegen die Finanzprobleme der Stadt.

Von entscheidender Bedeutung wird es sein, ob die Stadt durch den Regierungsumzug erhebliche Einwohnerverluste hinnehmen muß, weil die Einwohnerzahl im Gemeindefinanzsystem eine entscheidende Rolle spielt. Durchschnittlich erhält die Stadt Bonn durch den Zuzug eines einkommensteuerpflichtigen Bürgers netto etwa 2 124 DM an zusätzlichen Einnahmen (Schlüsselzuweisungen und Einkommensteueranteil abzüglich Landschaftsumlage und Finanzierungsanteil zu den Wiederaufbauleistungen in den neuen Bundesländern). Für die Einnahmen einer Gemeinde aus Einkommensteuern und Landeszuweisungen ist nicht der Arbeitsort, sondern der Wohnort entscheidend. Umgekehrt verliert die Stadt Bonn bei einem Wegzug von Einwohnern erhebliche Einnahmen. Bei 5 000 Einwohnern würde dies einen Betrag von ca. 10,6 Mio. DM ausmachen.

Gründe in Bonn zu bleiben gibt es ja bekanntlich viele - nicht nur dem Kämmerer zuliebe, auch wenn der sich über viele Mitbürger besonders freut.

Versprochen ist versprochen

Was Bonn vom
Bund erwartet

Von Klaus Westkamp

Der Beschluß des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Verlagerung des Sitzes von Parlament und Bundesregierung nach Berlin enthält als integralen Bestandteil wesentliche Selbstverpflichtungen für die Zukunft der Stadt Bonn und der Region. Diese sind durch das Berlin-Bonn-Gesetz vom 26. April 1994 und die darauf aufbauende Ausgleichsvereinbarung mit den Ländern NRW und Rheinland-Pfalz, der Stadt Bonn sowie den Kreisen Rhein-Sieg und Ahrweiler eingelöst worden.

1. Bundesstadt Bonn

- Bonn bleibt Standort von Bundesministerien.
- Der größte Teil der Arbeitsplätze der Bundesregierung - nach dem Kombinationsmodell der Bundesregierung - verbleibt in Bonn, d.h. auch die „Berliner“ Ministerien lassen Arbeitseinheiten in Bonn.
- Im Gegenzug zur Verlagerung von Parlament und Teilen der Bundesregierung kommen insgesamt 25 Behörden, Teilbereiche von Behörden sowie sonstige Einrichtungen des Bundes von Berlin sowie aus dem Raum Wiesbaden/Frankfurt nach Bonn.
- Bonn wird zu einem Standort internationaler und supranationaler Behörden ausgebaut.

Durch die räumliche Zusammenfassung von Ministerien und Ministerienteilen, Bundesbehörden und korrespondierenden Einrichtungen im halbstaatlichen und nichtstaatlichen Bereich sollen in Bonn folgende stabile Politikbereiche geschaffen werden:

- Bildung und Wissenschaft, Kultur, Forschung und Technologie, Telekommunikation,
- Umwelt und Gesundheit,
- Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,
- Entwicklungspolitik, nationale, internationale und supranationale Einrichtungen,
- Verteidigung.

Die diesen Politikbereichen zuzuordnenden Bundesministerien behalten ihren Sitz in Bonn. Mit den Politikbereichen, insbesondere Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie sowie Kultur, wird zugleich der Verbleib föderaler Abstimmungs- und Entscheidungsgremien angestrebt. Die im Zusammenhang mit der Privatisierung der Deutschen Bundespost entstandenen Unternehmen Telekom, Post AG, Postbank haben sich für Bonn als Standort ihrer Unternehmenszentralen entschieden.

2. Ausgleichsvereinbarung

Um die dennoch mit der Verlagerung des Sitzes von Parlament und Bundesregierung verbundenen direkten Arbeitsplatzverluste (z.B. bei Botschaften, Verbänden, Medien) auszugleichen und die in der Region befürchteten indirekten Verluste in Handel, Handwerk, Industrie, Hotel- und Gaststättengewerbe zu vermeiden, stellt der Bund mit der Ausgleichsvereinbarung vom 29. Juni 1994 im Zeitraum bis 2004 insgesamt rd. 2,81 Mrd. DM zur Verfügung. Hinzu treten Grundstücke im Wert von 100 Mio. DM sowie die bereits ab 1992 laufende Soforthilfe in Höhe von rd. 210 Mio. DM.

Ministerialdirigent Klaus Westkamp

Jahrgang 1943, ist Vorsitzender des Arbeitskreises der Umzugsbeauftragten der Ministerien und als solcher auch "Architekt" der Ausgleichsvereinbarung.

3. Maßnahmen

a) Bundesstadt Bonn

Mit ihrem Bonn-Konzept vom 11. Oktober 1995 hat die Bundesregierung die Standorte der Bonner Ministerien und Ministerienteile sowie der hierher zu verlagernden Behörden und Einrichtungen festgelegt:

- Die bisherigen Ministerienstandorte Bonn-Nord, Bonn-Duisdorf/Hardtberg, Adenauerallee, Bad Godesberg/Nord, Bad Godesberg/Mehlem, Engeres Parlaments- und Regierungsviertel bleiben erhalten.

- Kern des Konzeptes sind die im Berlin-Bonn-Gesetz genannten fünf Politikbereiche, die durch die zuständigen Ressorts mit erstem Dienstsitz repräsentiert werden. Sie werden in hochwertigen bun-

werden sowohl den „Bonner“ Ressorts als auch den zweiten Ministeriensitzen der nach Berlin zu verlagernden Ressorts die entsprechenden Behörden und Einrichtungen des Geschäftsbereichs räumlich zugeordnet.

- Im engeren Parlamentsbereich mit seinen zeitgeschichtlich bedeutsamen Gebäuden soll schwerpunktmäßig die Ausgleichssäule „Bildung und Wissenschaft“ realisiert werden. Insbesondere im „Neuen Abgeordnetenhaus“ soll eine konzentrierte Ansiedlung entsprechender Behörden und Einrichtungen erfolgen.

Zusätzlich sollen im Bereich Tulpenfeld die nach Bonn zu verlagernden entwicklungspolitischen Einrichtungen ihren Sitz haben.

- Der verfügbare bundeseigene Liegenschaftsbestand von etwa 520 000 m² Hauptnutzfläche (HNF) bleibt voll belegt. Der

Liegenschaft „Haus Carstanjen“ als „Haus der Vereinten Nationen“ den Vereinten Nationen und ihr verbundenen Organisationen zur Verfügung gestellt.

b) Ausgleichsmaßnahmen

Das Vorschlagsrecht für die Verwendung der Ausgleichsmittel einschließlich ihrer räumlichen Aufteilung liegt bei den Vertragspartnern der Region. Diese haben sich dabei weitgehend an den gewachsenen Strukturen orientiert. So werden die Maßnahmen zur Verwirklichung des Wissenschafts- bzw. des Kulturstandorts weitgehend in Bonn realisiert. Der Schwerpunkt der Wirtschaftsstrukturförderung liegt in den Umlandgemeinden der Kreise Rhein-Sieg, Ahrweiler und Neuwied.

Die Maßnahmen zur Verkehrsinfrastruktur konzentrieren sich auf die Anbindung des Flughafens Köln/Bonn an die ICE-Neubaustrecke Köln-Rhein/Main und die S-Bahn-mäßige Verknüpfung der Städte Köln und Bonn mit dem Flughafen.

Von städtebaulich herausragender Bedeutung ist die auf dem Gelände der ehemaligen Zementfabrik in Oberkassel beabsichtigte Ansiedlung der Stiftung CAESAR (Center for Advanced European Studies and Research).

Die Fachhochschule Rhein-Sieg wird an den Standorten Sankt Augustin und Rheinbach realisiert. Eine Abteilung der FH Rheinland-Pfalz kommt nach Remagen. Die drei Städte erhalten damit wichtige Impulse für ihre Strukturentwicklung; nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit den jeweils im Umfeld geplanten



Wissenschaft zum Anfassen: Deutsches Museum Bonn

deseigenen Liegenschaften untergebracht.

- Zur Nutzung organisatorisch-funktionaler Zusammenhänge

Zusatzbedarf von 100 000 m² HNF soll durch größere Mietliegenschaften gedeckt werden.

- In Bonn-Plittersdorf wird die



Haus Carstanjen: Domizil der Vereinten Nationen

Technologiezentren.

Während der Standort der in Bonn geplanten Universitätszentren für die Europäische Integrationsforschung (ZEI) und Entwicklungsforschung (ZEF) noch offen ist, wurde mit der Erweiterung des Wissenschaftszentrums an der Ahrstraße bereits begonnen: der Erweiterungsbau für den DAAD ist bereits bezogen, die Planungen für die Erweiterung des DFG-Gebäudes an der Kennedyallee laufen.

Die Vorbereitungen zum Umbau des Rheinischen Landesmuseums sind eingeleitet. Durch die Einrichtung eines Magazins in Meckenheim wird an der Colmantstraße Platz geschaffen, um das Museum heutigen Präsentationserwartungen anzupassen. Zugleich wird dadurch der nördliche Abschluß der Museumsmeile durch einen kräftigen Akzent markiert.

Im Haus der Kultur, gedacht als Pendant zum Wissenschaftszentrum, sollen die überregional bedeutsamen Vereinigungen und Einrichtungen in Kulturpolitik und Kulturverwaltung, Kulturfor-

schung und -dokumentation räumlich zusammenfassend untergebracht werden. Das Haus soll zugleich Treffpunkt von Politik, Kultur und Kulturverwaltung und damit ein wichtiges Element des Politikbereichs Kultur werden. Ein erster Schritt ist mit dem Einzug in ein Mietobjekt in der Weberstraße getan.

Im Bereich der Wirtschaftsstrukturförderung sind die Mittel zur Förderung von Gewerbegebieten weitgehend bewilligt, z.T. bereits in Anspruch genommen. Erste Entscheidungen zur Förderung von Technologie- und Transferzentren sind getroffen; im GTZ (Gewerbe- und Technologiezentrum) Rheinbach werden im Sommer die ersten Unternehmensgründer einziehen.

Weitere Entscheidungen über Einzelmaßnahmen des Ausgleichs stehen bald an. Dazu zählen zum Beispiel die Bereitstellung von Gewerbeflächen im Zusammenhang mit dem Technologiepark Bonn/Sankt Augustin oder Einzelmaßnahmen im Zusammenhang mit der Förderung des Fremdenverkehrs- und Kongreßwesens oder des Gesundheitsstandorts. Von herausragender Bedeutung für die Region wird schließlich die aus Ausgleichsmitteln geförderte Anbindung des Flughafens Köln/Bonn an die zukünftige ICE-Neubaustrecke Köln-Rhein/Main und die damit zusammenhängende S-Bahn-Verbindung zwischen Bonn und dem Flughafen sein.

Zwar außerhalb der Ausgleichs-

vereinbarung, aber im Regelungskatalog des Berlin/Bonn-Gesetzes enthalten, ist der Ausbau Bonns als Standort internationaler Einrichtungen. Die Liegenschaft „Haus Carstanjen“ in Plittersdorf wurde im Juni 1996 eingeweiht als Haus der Vereinten Nationen. Das Freiwilligen-Korps der Vereinten Nationen (UNV) und das Sekretariat der Klimarahmenkonvention sind zusammen mit einigen kleineren Einrichtungen bereits Nutzer.

Nach diesem Überblick über die Ausgleichsmaßnahmen sei abschließend hingewiesen auf zwei weitere Großvorhaben, die zwar außerhalb des Ausgleichs realisiert werden, jedoch von ganz erheblicher Bedeutung für die Bundesstadt Bonn sind: Die Verlagerung der Deutschen Welle von Köln nach Bonn und die Errichtung eines Neubaus für die Unternehmenszentrale der Post AG.

4. Zusammenfassung

Schon dieser kurze Überblick über die Entscheidungen des Bundes zur Strukturentwicklung der Bundesstadt Bonn und der Region zeigt: Der Bund hält Wort.

Die Weichen sind gestellt, Maßnahmen mit längerem Planungsvorlauf sind angegangen. Die Ausgleichsmaßnahmen werden in zeitlicher Parallelität zum Umzug von Parlament und Regierung Wirkung entfalten, ganz wie dies in der Ausgleichsvereinbarung festgelegt ist.

Bauen auf Bonn

Beispielhaftes
Bonn-Engagement

An dieser Stelle kommen diejenigen zu Wort, die sich in den vergangenen Jahren mit „augenfälligen“ Bauprojekten für den Standort Bonn entschieden haben. Diese Gebäude beherbergen zumeist Nutzer aus den sogenannten Zukunftsbranchen. Die zukunftsweisenden Nutzungen spiegeln sich auch in der einmaligen Architektur der Gebäude wider. Somit versteht sich das Kapitel nicht als üblicher Anzeigenteil, sondern als Forum um Gebäude, Intentionen, Standortentscheidungen und Standortbewertungen sichtbar werden zu lassen. Nicht alle, die seit dem Bundestagsbeschluss für Bonn Heraus-

ragendes gebaut haben, konnten angesprochen werden, nicht alle Angeschriebenen konnten oder wollten sich beteiligen. Die 13 nachstehenden Präsentationen stellen daher nur eine beispielhafte Auswahl dar. Wir sind aber sicher, daß es eine bunte und interessante Auswahl für den Leser ist.

Herzlich gedankt sei an dieser Stelle zunächst den Sponsoren, die ihr „Bonn-Statement“ auf den folgenden Seiten zum Ausdruck bringen. Der Dank schließt aber auch ausdrücklich alle ein, die sich ebenfalls für Bonn eingesetzt haben, im folgenden aber nicht vertreten sind.

Die Stadt Bonn war und ist für die Firma **Simon** ein attraktiver Standort. Er besitzt drei für viele Unternehmen sehr wichtige Standortmerkmale von hoher Qualität: die Verkehrsinfrastruktur, die private Wohnqualität und das landschaftliche Umfeld.

Der erreichte moderate Preis- und Mietspiegel in Bonn und Umgebung wird auch zukünftig unter Berück-



Gewerbe- und Technologiezentrum Bonn
Umwidmung einer Industriebrache zu einem hochwertigen Bürostandort und Technologiezentrum.

Architekt: Helmut Bröhl, Bonn
Hauptnutzer: Bundesgesundheitsministerium

sichtigung des exzellenten Umfeldes für viele Unternehmensansiedlungen interessant sein. Hinzu kommt, daß mit der Konzentration des Telekommunikationssektors im Großraum Bonn zukunftssträchtige Bereiche angesiedelt sind, die zwangsläufig expandieren und ergänzende Unternehmensbereiche nachziehen werden.

Die Entscheidung des 20. Juni hatte



Potsdamer Platz
hochwertiges Bürogebäude mit zweigeschossiger Tiefgarage als optimaler Blickfang am „Stadteingang“ Bonn - Nord.

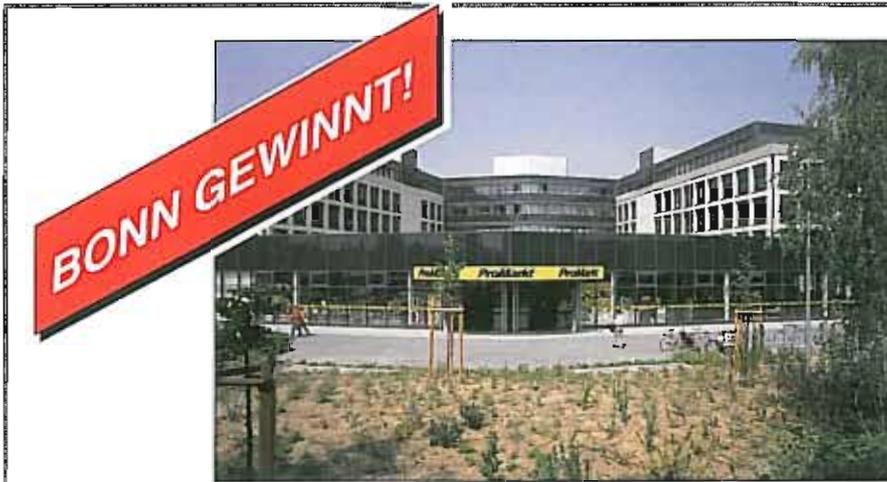
Architekt: Schmidt/van Dorp, Bonn
Hauptnutzer: BDO (Wirtschaftsprüfungsgesellschaft)

auf das Engagement unseres Unternehmens in Bonn keinerlei Einfluß; vielmehr haben wir auch nach dieser Entscheidung mehr als 350 Mio. DM am Standort Bonn in hochwertige Bürogebäude investiert. Auch die dargestellten Objekte sind Beispiele unserer Bau- und Investitionstätigkeit.

Es lohnt sich, in die Zukunft dieser Region zu investieren.



Businesspark Rochuscenter
Der ehem. Fertigungsstandort der Fa. Pelikan (Kreuzer) wurde zu einem hochwertigen Bürostandort umgebaut. Versch. Architekten - Gesamtkoordination:
Architekt Helmut Bröhl, Bonn;
Hauptnutzer: BMFSFJ, BML, Bonndata und ZMP



Team VK, Homburg



Auf der ehemaligen Industriebrache zwischen Bornheimer Straße und Heinrich-Böll-Ring entstand in 14 Monaten Bauzeit ein Geschäftshaus mit 8.700 m² Mietfläche und 300 Tiefgaragenplätzen. Die variable Planung aus dem Architekturbüro van Dorp & Schmidt wurde belohnt mit einer zügig durchsetzbaren Vermietung. Der

Standort ist optimal angebunden an Autobahn, Bundesbahn und S-Bahn. Die Hauptstadt-Entscheidung war für die FLORACK Bauunternehmung GmbH als Bauherr und Generalunternehmer Aufforderung zu dieser Investition. Bonn gewinnt - durch neue Aktivitäten und neue Ideen.

FLORACK
Baunternehmung GmbH
Niederlassung Bonn

Beueler Bahnhofplatz 18
53225 Bonn-Beuel

Postfach 300517
53185 Bonn-Beuel

Telefon (0228) 467061
Telefax (0228) 467064



Bürogebäude Siemens Nixdorf, Vorgebirgsstraße / Ellerstraße

HOCHTIEF Bonn ist für Bonn !
Vor 1991 und nach 1991 !
Wir entwickeln und realisieren Projekte
für Menschen, die für Bonn und mit
Bonn gewinnen.



HOCHTIEF

NIEDERLASSUNG
BONN



Der städtebauliche Beitrag

Im Januar 1996 hat die Zentrale von **T-Mobile** ihr neues Gebäude am Landgrabenweg bezogen. Geplant wurde die Hauptverwaltung zu einem Zeitpunkt, als das Unternehmen noch gar nicht existierte. Es ist dem richtigen Instinkt des Bauherrn **C.R. Montag** zu verdanken, daß die Mobilfunktochter der Deutschen Telekom AG ein Gebäude erhielt, das den Bedürfnissen des stark expandierenden Unternehmens und seiner Mitarbeiter gerecht wird.



Ein Ausschnitt aus der mediterran anmutenden Fassade

C.R. Montag betraute die Architekten Steidle und Schmitz mit der Aufgabe, ein Gebäude zu schaffen, das mehr den Menschen als die Repräsentation in den Mittelpunkt stellt. Der Investor wollte einen Ort der Begegnung und der Kommunikation schaffen. Was paßt besser zu einem Kommunikationsunternehmen?

Mit über drei Millionen Kunden ist T-Mobile Deutschlands größter Anbieter von Mobilfunkdiensten und einziger Vollsortimenter im Bereich Mobilkommunikation. Das Angebot von T-Mobile geht von D1, C-Tel, Scall und Cityruf über den betrieblichen Mobilfunk (Chekker) hin zum Versenden von Daten via Modacom.



Licht und Farbe der Hauptstraße

Die Struktur der neuen Zentrale erinnert an eine lebendige Stadt: Eine kraftvolle Haus-Hof-Straßen-Struktur mit Zeilen, Plätzen, Wegen, Kreuzungen und Türmen. Eine in sanften Farben gehüllte Hauslandschaft, eine Siedlung mit Büros, heißt die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, Kunden, Partner und Gäste aus Bonn und aller Welt willkommen. Eine Hauptstraße und viele Nebenstraßen verbinden die Büros. Überall herrscht Begegnung und Bewegung, Kontakt und Kommunikation. Auf der sogenannten "Hauptstraße", der Hapterschließungsachse des Gebäudes, ist immer Leben, Mitarbeiter treffen sich, tauschen sich aus und bewegen etwas zugunsten der Kunden. Mehr als 1 800 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, bisher auf acht Standorte in Bonn verteilt, haben in der High-Tech-Zentrale einen neuen Arbeitsplatz- und Lebensraum gefunden.

Die T- Mobil in Bonn. Das neue Haus



Die Konferenzkancel im Süden



Die Hauptstraße als zentrale Gebäudeachse

Telekommunikations-Know-how aus Bonn

Die DETECON Deutsche Telepost Consulting GmbH ist ein weltweit tätiges Beratungsunternehmen der Telekommunikations- und Informationsbranche. Die z.Z. mehr als 100 nationalen und internationalen Projekte in über 40 Ländern werden von Bonn aus gesteuert und koordiniert. Im neuen Verwaltungsgebäude des Unternehmens, in der Oberkasseler Str. 2, sind rund 370 Mitarbeiter tätig. Insgesamt beschäftigt die DETECON weltweit über 1.000 Menschen.

„Seit ihrer Firmengründung am 7. Juli 1977 hat die DETECON ihren Sitz in Bonn. Für diese Standortwahl sprach die Nähe zur obersten Dienstbehörde der Deutschen Bundespost, dem Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, die Fülle der an-



Das rund 26.000 qm große Gebäude wurde im Februar 1993 erstmals komplett bezogen und bietet Platz für über 600 Personen. Ziel des Raum- und Gestaltungskonzeptes war es, im gesamten Innen- und Außenbereich des Gebäudes eine freundliche, helle und einladende Atmosphäre zu erzeugen. Daran orientierte sich die Material- und Farbwahl - vorwiegend Glas und helle Natursteinfassaden - und das architektonische Grundkonzept mit einer niedrigen Behauung und einer lockeren und leichten Gliederung der Baukörper und Fassaden.

sässigen, weltweiten diplomatischen Vertretungen und die vor Ort befindlichen Regierungsbehörden. Als 30-prozentiges Beteiligungsunternehmen der ehemaligen Deutschen Bundespost bestand schon damals eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Mutter- und Tochterunternehmen“, beschreibt Horst Gellert, Sprecher der Geschäftsführung, die Standort-Entscheidung des Unternehmens.

„Verständlicherweise löste die Ent-

scheidung der Bundesregierung zur Hauptstadtfrage auch innerhalb unseres Unternehmens eine erneute Standortdiskussion aus. Sie endete mit dem Ergebnis, daß wir uns für Bonn entschieden haben. Ausschlaggebend sind die Nähe zur Deutschen Telekom und DeTeMobil, die zentrale Lage Bonns im Bundesgebiet und die optimale Verkehrsinfrastruktur, die die Region bietet.“

Für uns als mittelständiger Baustoffhändler mit den Standorten Bonn und Bad Neuenahr-Ahrweiler war mit der Bonn-Berlin-Entscheidung klar, daß in den nächsten Jahren der Umbau und die Renovierung von zahlreichen Gebäuden und Wohnhäusern Priorität haben würde.

Mit unserem Neubau am Heinrich-Böll-Ring haben wir dieser Entscheidung Rechnung getragen und über die klassischen Rohbaustoffe hinaus unsere Angebotspalette mit den Seg-

BRENNER & KLAUDT

DIE WELT DES BAUENS

menten Fliesen, Parkett sowie Bauelementen - präsentiert in einer modernen Ausstellung - erweitert.

Der Thematik - umweltgerechtes

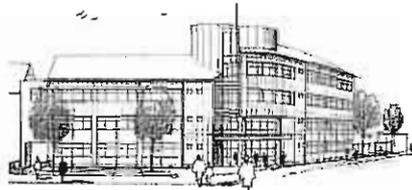
Bauen - haben wir eine Spezialabteilung für ökologisches Bauen gewidmet.

Als Unternehmen mit mehr als 70-jähriger Tradition am Standort Bonn vertrauen wir weiterhin der Innovation und Wirtschaftskraft dieser Region, so daß wir zusätzlich als Investor für die Baumaßnahmen des Neubaus der Kultusministerkonferenz an der Lennéstraße angetreten sind, welche helfen soll, den Wissenschaftsstandort Bonn weiter zu festigen.



Als Bonner Unternehmer habe ich, Berthold Kaaf, neben meinen bundesweiten Aktivitäten als Investor und Projektentwickler ein besonderes Interesse an der Entwicklung der Bundesstadt. Nach dem Bonn/Berlin - Beschluß ist es für mich besonders wichtig, in meiner Heimatstadt Präsenz zu zeigen. Die Entscheidung vom 20. Juni 1991 hat mich nicht daran gehindert, an der Friedrich-Ebert-Allee ein Büro- und Verwaltungsprojekt mit einer Bruttogeschoßfläche von 45.000 qm für das Bundesministerium für wirtschaftli-

che Zusammenarbeit und Entwicklung sowie für die Verwaltung des Deutschen Bundestages zu errichten



Königsplatz Bonn (Hofstraße) August-Bier-Straße Bonn

Ein kleineres Objekt mit etwa 2.800 qm wird an der Reuterstraße / August-Bier-Straße gerade fertiggestellt. Mit diesem markanten Bürogebäude am Rande des Parlaments und Regierungsviertels wurde eine langweilige Baulücke geschlossen.

Große und kleine Projekte und die dazugehörigen Nutzer sind in ihrer gesamten Vielfalt für Bonn wichtig. Die Aufgabe der Stadt wird es sein, neben ortsansässigen Investoren, Pro-

jektentwicklern, Bauträgern, Banken und der IHK den Standort Bonn mit seiner vielfältigen Attraktivität nach außen zu präsentieren. Ein Warten auf die Initiative von Dritten wäre falsch.

Im Rahmen der Eigeninitiative werde ich meine bisherigen Bemühungen weiter vorantreiben, Objekte in Bonn - vor allem für Institutionen aus Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Telekommunikation - zu projektieren und umzusetzen.

Ich wünsche uns allen ein gutes Gelingen. Zum Wohle unserer Stadt.

Handwritten signature of Berthold Kaaf in black ink.

Berthold Kaaf



Kein Dorn im Auge

Bonn, im Zentrum Europas, ist ein guter Standort für die Deutsche Telekom AG. Hier begann mit der Umwandlung der Deutschen Bundespost der Weg der Deutschen Telekom AG, von Bonn aus wird die Deutsche Telekom AG die internationalen Aktivitäten weiter forcieren und damit Bonn zur "Telekommunikationshauptstadt" Europas machen.

Auch die Konzernzentrale der Deutschen Telekom AG in der Friedrich-Ebert-Allee 140 setzt Maßstäbe. Der Entwurf des Stuttgarter Architekturbüros Kammerer + Belz, Kucher und Partner vereint Prägnanz und Transparenz in sich. Markant zeigt sich das mit vielen Architekturpreisen ausgezeichnete Gebäude etwa in dem konsequenten Spiel der geometrischen Formen, der Klarheit der Fassaden und ihrer Farbgebung.



Selbstbewußt stellt es sich dem Besucher mit einem auf Stützen gelegenen, weit in den Straßenraum hineinschwingenden Dorn entgegen - um ihn dann in einer 27 Meter hohen, hellen Glashalle freundlich aufzunehmen.

Einige Zahlen: Baubeginn: 1992. Fertigstellung und Einweihung: 1995. 50.000 qm Grundstücksfläche, 130.000 qm Geschoßfläche auf 5 Stockwerken. 1.600 Büroräume, 64 Besprechungsräume, 5 Videokonferenzräume und ein Vortragssaal mit 800 Plätzen.



Die Delfin Direkt Versicherungen arbeiten im Direktvertrieb per Brief und Telefon. Unsere Produkte für den privaten Kunden sind preisgünstig, verständlich und verfolgen einen klaren Kundennutzen. Wir sind Teil der Finanzdienstleistungsgruppe DBV-Winterthur-Commerzbank und seit Anfang 1995 am Markt tätig.

Auf der Suche nach einem geeigneten Firmensitz haben wir uns unter 80 Standorten für Bonn entschieden. Ausschlaggebend waren:

- der breite und qualifizierte Markt für Voll- und Teilzeit-Mitarbeiter
- das ausgewogene Lohnkostenniveau
- Bekanntheit und Attraktivität für unsere Kunden und Mitarbeiter

Überzeugt hat uns die klare Perspektive der Stadt, einen attraktiven Standort für Neuansiedlungen zu schaffen.

Als Gesellschaft fühlen wir uns in Bonn wohl. Mittelfristig erwarten wir für die Stadt eine positive dynamische Entwicklung. Dies schafft günstige Rahmenbedingungen, von denen auch wir profitieren werden.



Delfin Direkt Versicherungen

Ludwig-Erhard-Allee 1 · 53175 Bonn

Gebäude der Deutschen Ausgleichsbank

Seit ihrer Gründung im Jahr 1950 ist die Deutsche Ausgleichsbank (DtA) in Bonn ansässig.

Das neue Gebäude der DtA am Ludwig-Erhard-Platz besteht aus drei Elementen:

Bereits 1989 wurden das U-förmige Gebäude und das Casino als Pavillon fertiggestellt. Südlich davon schließt sich ein weiteres Gebäude in Form eines Kreuzes an, das Ende 1993 bezogen wurde.

Besonderer Wert wurde auf Umweltaspekte gelegt: Tageslichtsensoren, Kühldeckensystem und Niedertemperaturheizungsanlage setzen den erforderlichen Energiebedarf deutlich herab.



Mit dem neuen Gebäude bringt die Bank zum Ausdruck, daß sie ihren Sitz in Bonn dauerhaft beibehalten will.

Architekt: Wilfried Pilhatsch

Technische Daten:

Bruttogeschosßfläche: 13.000 qm

Büronutzfläche: 7.500 qm

Arbeitsraum für rund 350 Mitarbeiter

Bauen auf Bonn

Der Deutsche Herold, die Versicherungsgruppe der Deutschen Bank, hat sich für Bonn entschieden. Und das nicht nach dem 20. Juni 1991, sondern bereits im November 1947. Zu diesem Zeitpunkt verlegten die Aktionäre der in Berlin gegründeten Versicherungsgruppe ihre Hauptverwaltung von der alten Reichshauptstadt nach Bonn, das damals wohl noch nicht als Bundeshauptstadt im Gespräch war.

Seit diesem Zeitpunkt hat der Deutsche Herold sich in vielfältiger Weise in Bonn wegen der Prosperität der Region als institutioneller Investor, der seine Kundengelder treuhänderisch und rentabel anlegen muß, engagiert. Über die Architektur der 50er und 60er Jahre wird man heute sicherlich schmunzeln können. Aber die gestalterischen Höhepunkte der 80er und 90er Jahre werden sich auch

in der Zukunft behaupten können, nicht zuletzt deshalb, weil wir in Zusammenarbeit mit den Bonner Stadtplanern wichtige Meilensteine gesetzt haben. Erinnerung sei an den Godesberger Lindencorridor und die Wohnbebauung in der Obere Burgstraße, über die eine Fachzeitschrift schrieb, sie habe die Eigenschaft eines Kleinquartiers mit italienischem Charme, holländischer Struktur, preußischer Strenge und rheinischer Kleinteiligkeit.

Jüngstes Beispiel für richtungweisendes und verantwortungsvolles Bauen ist das sich in der Rohbauphase befindliche Objekt "Am Alten Friedhof/Noeggerathstraße" (siehe Modellphoto). Für etwa 600 Mitarbeiter errichtet der Deutsche Herold



auf einem markanten Stadtgrundstück ein Bürohaus, das die Ansprüche einer Bürolandschaft der Jahrtausendwende verkörpert. Nach Meinung des Architekten Prof. Wolfgang Krenz handelt es sich um den "progressivsten Bürobau von Bonn". Wir als Bauherr sind sicher, daß es auch zukünftig in Bonn möglich sein wird, solche architektonischen Juwelen zu planen und zu realisieren.

Karl Rudolf Vins

Vorstandsmitglied Deutscher Herold
Versicherungsgruppe der
Deutschen Bank



Bonn ist für die **Autobahn Tank & Rast AG** ein attraktiver Standort. Für unser bundesweit tätiges Unternehmen hat Bonn eine relativ zentrale

Lage. Bereits vor dem Umzugsbeschluß hat die **Tank & Rast AG** eine Entscheidung über den Verbleib in Bonn getroffen. Frühzeitig haben wir

mit der Suche nach einem neuen Domizil in Bonn begonnen. Das Privatisierungsbestreben macht unser Unternehmen unabhängig vom Regierungssitz.

Die Zukunft Bonns sehen wir sehr positiv. Durch die Ansiedlung neuer Unternehmen wird die bisherige "Regierungslastigkeit" egalisiert. Bonn hat eine Wohnbevölkerung mit hohem Bildungs- und Einkommensniveau.

Um weiterhin ein attraktiver Standort für Investoren zu sein, sollte die Stadt Bonn eine Verbesserung der innerstädtischen Verkehrssituation anstreben, sowie die Anbindung zum Umland ausbauen (ÖPNV und Individualverkehr). Der Erhalt der landschaftlichen Werte in Bonn und Umgebung ist unserer Ansicht nach ebenso erstrebenswert wie eine weitere Verbesserung des kulturellen Angebotes.

Wo ein Wille da ein Weg

Bonns Suche
nach
neuer Identität

Von Gerhard Konow

Obwohl nach der Vorgeschichte eine andere Entscheidung nicht erwartet werden konnte, schließlich wurde jahrelang gebetsmühenhaft von Bonn als Provisorium und seiner Statthalterfunktion für Berlin gesprochen, hat der Bundestagsbeschuß vom 20. Juni 1991 auf Menschen, die sich in ihren besten Berufsjahren in Bonn für die Bundesrepublik engagiert hatten, wie ein Schlag gewirkt. Daß dieser Bundestagsbeschuß nur mit knappster Mehrheit zustande kam und daß hierfür das geschlossene Pro-Berlin-Votum der 17 PDS-Abgeordneten ursächlich war, die in dieser Zahl nur über die verfassungsrechtlich höchst umstrittene Grundmandatsklausel in den Bundestag gekommen waren, ändert am Ergebnis nichts.

Für mich stand fest, daß die Hauptstadtentscheidung des Bundestages endgültig war und nicht mehr geändert werden konnte und sollte, auch wenn das Desaster der öffentlichen Haushalte eine Revision des Umzugsbeschlusses durchaus nahelegen könnte. Die politische Aufgabe, die sich nach dem Umzugsbeschuß stellte (und weiterhin stellt), war, den Schaden für die Region Bonn und die Bundesrepublik zu begrenzen. Bonn, das nicht nur Statthalter, sondern Steigbügelhalter für Berlin gewesen ist - denn ohne die erfolgreiche Bonner Politik wäre es nie zum Beitritt der DDR gekommen -, sollte nicht zu provinzieller Bedeutungslosigkeit absinken und die Bundesrepublik nicht zu einer „Berliner Republik“ werden (eine fragwürdige Wortschöpfung, die leider auch vom Bundespräsidenten verwendet wird).

In diesem Zusammenhang stellen und stellen sich drei Aufgaben:

1. Der ökonomische Ausgleich für die Region Bonn als ein Gebot der Fairneß, nachdem die Region ihre wirtschaftliche Entwicklung jahrzehntelang zugunsten der Hauptstadtfunktionen vernachlässigt hatte. Zwar ist die Arbeitslosigkeit in Bonn relativ gering, aber das dicke Ende kommt, wenn die Möbelwagen rollen.

2. Die Sorge dafür, daß Bonn neben Berlin ein wichtiges politisches Kraftzentrum bleibt. Die bundesstaatliche Struktur kann sehr schnell durch eine übermächtige Zentrale ausgehöhlt werden (was die Ministerpräsidenten Stoiber und Schröder leider nicht sehen). Es ist kein Zufall, daß in den meisten erfolgreichen Bundesstaaten nicht die reichste Metropole Sitz der Zentralregierung ist, sondern eine Stadt, die im Reigen der großen Metropolen nur eine bescheidene Rolle spielt (vgl. Bern, Brasilia, Canberra, Ottawa, Pretoria, Washington). Es sollte auch zu denken geben, daß zentral regierte Staaten darangehen, Regierungseinrichtungen aus den Hauptstadtmetropolen zu verlagern, weil deren Infrastruktur überfordert ist.

3. Auch der finanzielle Aufwand für die Umzugsaktion muß in Grenzen gehalten werden. Schon früh zeichnete sich ab, daß der Aufbau Ost nicht aus der Portokasse gezahlt werden kann. Heute steht die Bundesrepublik nach kurzer Scheinblüte vor einem finanziellen Desaster. Jede Mark, die beim Umzug eingespart werden kann, muß angesichts der unvermeidlich gewordenen Eingriffe in das soziale Netz, in den öffentlichen Dienst, in die Forschungsfinanzierung, in den Hochschulbau und, und, und ... auch eingespart werden.

Dr. Gerhard Konow, Staatssekretär a.D.

Jahrgang 1929, ist Beauftragter des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW für die Wissenschaftsregion Bonn.

Von solchen Gedanken bewegt, habe ich an dem Wochenende nach dem 20. Juni 1991 ein Papier „betr. Verlegung des Regierungs- und Parlamentssitzes nach Berlin; hier: Schadensbegrenzung und Kompensation“ entworfen und mit Datum vom 24. Juni 1991 meiner Ministerin, Frau Brunn, vorgelegt. Darin führte ich einleitend aus:

„Der Versuch, den Köln/Bonner Raum und das Rheinland vor permanenter Auszehrung als Folge der Verlegung von Bundestag, Bundesregierung und Bundespräsident nach Berlin/Brandenburg zu bewahren, kann nur erfolgreich sein, wenn bestimmte überragende Leitideen zu den künftigen Aufgaben des Raumes entwickelt und sehr schnell (Ausnutzung der Schrecksekunde und des schlechten Gewissens über die Irrationalität der Entscheidung) präsentiert werden. Diese könnten unter Berücksichtigung des BT-Beschlusses vom 20. Juni 1991 sein:

1. Bonn-Hauptstadt des Föderalismus,
2. Wissenschaftsstadt Bonn,
3. Europazentrum Bonn,
4. Verwaltungszentrum Bonn,
5. Kultur- und Medienzentrum Köln.

Frau Ministerin Brunn stimmte der von mir entworfenen Konzeption zu. Es wurde eine hausinterne Arbeitsgruppe eingesetzt, die schnell zu einer interministeriellen Unterarbeitsgruppe „Wissenschaftsstadt“ Bonn erweitert wurde.

Der vorläufige Bericht dieser Arbeitsgruppe vom 22. August

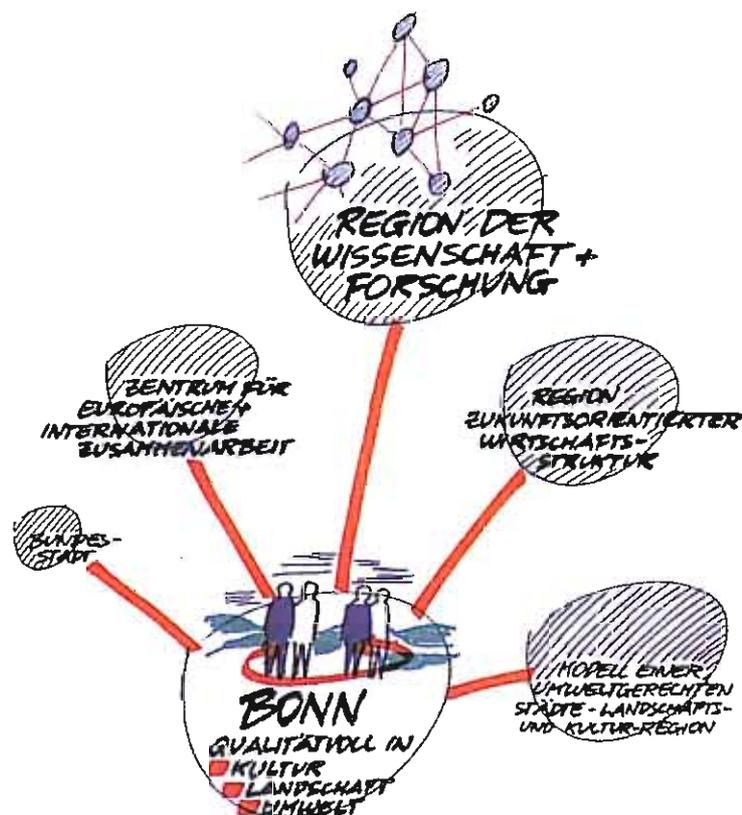
1991 konnte mit der Feststellung beginnen:

„Der Vorschlag, Bonn zu einer ‘Wissenschaftsstadt’ zu entwickeln, findet inzwischen überall eine positive Resonanz. Er steht in enger Verbindung mit der Entwicklung Bonns zur ‘Hauptstadt des Föderalismus’ und zu einem ‘Europazentrum’, ist ggfs. aber auch unabhängig davon tragfähig. Der Vorschlag könnte durch den weiteren Vorschlag, Bonn zu einem ‘Zentrum der Nord/Süd-Zusammenarbeit’ zu entwickeln, sinnvoll ergänzt werden.“

Dieser Bericht setzte sich, ausgehend von den Kompensationsüberlegungen des Bundestages, praktisch mit allen Fragen auseinander, die später im Berlin/Bonn-Gesetz und in der Ausgleichsvereinbarung geregelt wurden, und er enthielt Vorschläge für die not-

wendigen Arbeitsschritte zur Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen. Einer der ersten Schritte war, daß der Ministerpräsident die Konzeption der Wissenschaftsstadt Bonn mit den Präsidenten und Generalsekretären der Wissenschaftsorganisationen erörtern sollte. Dieses Gespräch fand am 8. Oktober 1991 in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Bonn statt und brachte weitgehende Zustimmung zu unserem Konzept.

Bis zum Berlin/Bonn-Gesetz vom 26. April 1994 und bis zur Ausgleichsvereinbarung vom 29. Juni 1994 war es allerdings noch ein weiter Weg. Die Verhandlungen wurden in verschiedenen Gremien geführt. Der Chefunterhändler für Nordrhein-Westfalen war Minister Clement. Seinem Verhandlungsgeschick, seiner Beharrlichkeit und seinem Durch-



Bonn besinnt sich auf seine Begabungen

setzungsvermögen hat die Region sehr viel zu verdanken. Ich selbst habe - nach Eintritt in den sog. Ruhestand und Überwindung gesundheitlicher Probleme - erst ab April 1994 in der Unterarbeitsgruppe Wissenschaftsregion Bonn an den entsprechenden Regelungen der Ausgleichsvereinbarung mitgewirkt.

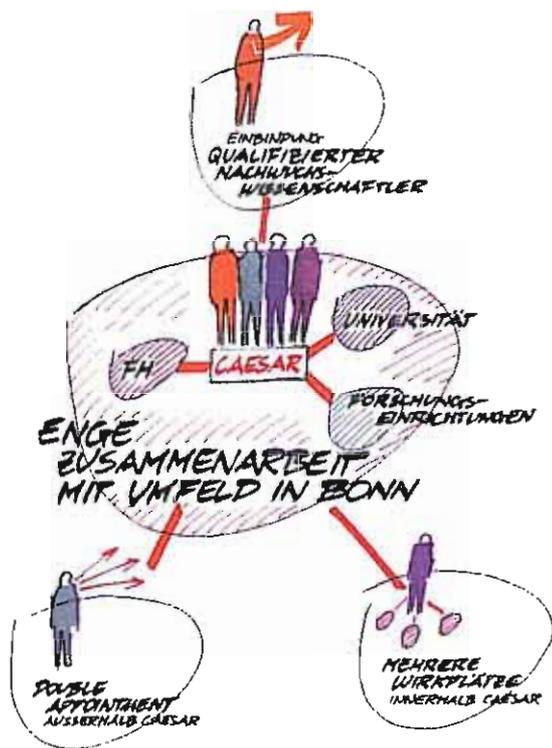
Die Grundstruktur des Ausgleichsmodell Wissenschaftsstadt/Region Bonn blieb bei allen diesen Verhandlungen und Verfahrensschritten im wesentlichen unverändert. Allerdings gab es einen wichtigen Änderungsvorschlag der Bundesseite: Die Stiftung CAESAR (Center for Advanced European Studies and Research), die an die Stelle der von uns vorgeschlagenen Technischen Fakultät (von der Universität Bonn als Zentrum für Angewandte Naturwissenschaften

- ZAN - übernommen) treten sollte. Der CAESAR-Vorschlag wurde quasi „aus dem Hut gezogen“, nachdem sich die Bundesseite einige Monate in - wie man zugeben muß - kreatives Schweigen gehüllt und in dieser Zeit Herrn Prof. Dr. Winnacker um einen Vorschlag für eine neuartige Forschungseinrichtung gebeten hatte. Winnackers Vorschlag zielte auf ein anspruchsvolles Grundlagenforschungsinstitut mit etwa 60 wissenschaftlichen Projektgruppen mit transdisziplinärer Aufgabenstellung und internationaler Besetzung. Dieser Vorschlag hatte nicht nur deswegen Charme, weil es hieß, daß der Bundeskanzler persönlich etwas Besonderes für Bonn wünschte. Er gab die Chance, bei der Forschung in Bonn beispielgebend für die Republik völlig neue Wege zu gehen. Einen solchen Vorschlag konnte man nicht ablehnen, auch

nicht, wenn er von der „anderen Seite“ kam. Man mußte versuchen, ihn zu optimieren. Es stellte sich schnell heraus, daß die bei einem Stiftungskapital von 495 Mio. DM (zzgl. 190 Mio. DM für Investitionen) verfügbaren Mittel nur für eine wesentlich kleinere Forschungseinrichtung reichen würden und daß es notwendig sein würde, von vorn herein die Kooperation mit der Wirtschaft zu suchen, d.h. wirtschaftsnah und anwendungsbezogen zu forschen. Dies korrespondierte mit der Auffassung von Nordrhein-Westfalen, daß

mit CAESAR ohnehin versucht werden sollte, ein Modell zur Überwindung des nach wie vor bestehenden Grabens zwischen erkenntnisorientierter Grundlagenforschung und wirtschaftlicher Nutzung der Forschungsergebnisse zu entwickeln. Forschungsergebnisse aus dem Bereich der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen führen auch heute nur mehr oder weniger zufällig zur Innovation. Wenn die Bundesrepublik im weltweiten High-Tech-Wettbewerb mithalten will, ist es jedoch notwendig, die spätere Innovation schon bei der Konzipierung des Forschungsprojektes in Abstimmung mit der Wirtschaft zu berücksichtigen. Vom herkömmlichen Spin-off zum modernen Spin-on-Transfer!

Aufgabenstellung, Struktur und finanzieller Rahmen waren demgemäß die Hauptpunkte der Verhandlungen zwischen Staatssekretär Dr. Ziller vom damaligen Bundesministerium für Forschung und Technologie und mir, die innerhalb kurzer Zeit zu dem Konzept von CAESAR führten, das dann dem Ausgleichsvertrag zugrunde gelegt wurde. Diese Verhandlungen waren menschlich angenehm und in der Sache konstruktiv. Sie wurden auch dadurch erleichtert, daß Ziller und ich uns seit Jahrzehnten gut kannten und daß wir - obwohl immer in „gegengerichteten“ Funktionen tätig - ein persönliches Vertrauensverhältnis entwickelt hatten. Noch wichtiger war, daß Bund und Land den Erfolg wollten. Wir konnten alle Schwierigkeiten relativ schnell überwinden. Die Bundesseite akzeptierte den vom Land gewünschten Anwendungs- und Industriebezug und den bescheideneren Zuschnitt von CAESAR. Das Land akzeptierte



Bonn als Wissenschaftsstadt: Stiftung CAESAR

die vom Bund geforderte finanzielle Beteiligung an der Stiftung. Zwar widersprach eine solche Beteiligung dem berechtigten Grundsatz, daß die Ausgleichsmaßnahmen vom Bund als Verursacher zu tragen sind. Andererseits war nicht zu übersehen, daß CAESAR bei der Stiftungskonstruktion, der das Land zustimmte, auch nach Ablauf des Ausgleichszeitraums keine Kosten verursachen würde, während das Land sonst bei vom Bund geförderten Forschungseinrichtungen mindestens eine Sitzlandquote von 10 Prozent zu zahlen hat. Diese 10 Prozent wurden vom Bund gefordert. Es war nicht schwer, hierfür die Zustimmung der Landesregierung zu finden, zumal uns rechtzeitig einfiel, daß die Forderungen des Landes aus der Endabrechnung des Klinikums Aachen in Höhe von ca. 150 Mio. DM als hochwillkommene Zahlungserleichterung eingesetzt werden konnten. Inzwischen hat das Land seinen 65 Mio. DM-Anteil am Stiftungskapital fast vollständig eingezahlt.

Auf dem langen Weg von der Unterzeichnung der Ausgleichsvereinbarung am 29. Juni 1994 zum Abschluß des Stiftungsgeschäfts am 11. Juli 1995 gab es immer wieder Probleme: Zusammensetzung des Stiftungsrates, Stimmengewichtung, Sicherung der wesentlichen Interessen von Land und Stadt usw. - und es gab immer wieder einvernehmliche Lösungen. Nach der Gründung der Stiftung waren die Standortentscheidungen, die Zusammensetzung des Gründungsausschusses und die Verwaltung des Stiftungsvermögens die Top-Themen. Jetzt geht es um die Modalitäten, zu denen das Zementwerksgelände für CAESAR und CAESAR-nahe

Nutzungen zur Verfügung gestellt werden kann, und um das wissenschaftliche Konzept, mit dem CAESAR seine Arbeit im nächsten Jahr beginnen soll.

Es wird noch eine Menge Wasser am Zementwerksgelände vorbeifließen, bevor sich CAESAR zu einer ersten Adresse für die nationale und internationale Forschung und für die Wirtschaft entwickelt hat. Aber ich bin zuversichtlich, daß CAESAR ein voller Erfolg wird.

Das erwarte ich auch von den anderen Projekten, die für die Entwicklung der Wissenschaftsregion Bonn Bedeutung haben. Einige sind schon abgeschlossen: die Errichtung der Zweigstelle des Deutschen Museums München und der Neubau des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), beide auf dem Areal des Wissenschaftszentrums. Der Neubau der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) - auf dem Areal des Wissenschaftszentrums - ist in der Bauplanungsphase. Die Fachhochschule Rhein-Sieg hat ihre Tätigkeit in Sankt Augustin und in Rheinbach aufgenommen; man ist mitten in der Bauplanung für die endgültige Unterbringung. Der Neubau des Instituts für Diskrete Mathematik der Universität Bonn, der auch ein Demonstrationszentrum für Computertechnologie mit einer wertvollen Sammlung historischer Rechenmaschinen (Arithmeum) einschließen wird, macht Dank des engagierten Einsatzes des Institutsleiters, Prof. Dr. Korte, und eines wirklich professionellen Bauunternehmens große Fortschritte. Das gleiche gilt für das neue Verwaltungsgebäude der Kultusministerkonferenz (KMK), das die teilweise baupolizeilich bedenkliche Unterbringung been-

den wird. Hier ist der Generalsekretär der KMK, Ministerialdirektor Dr. Schulz-Hardt, die treibende Kraft. Man kann aus diesen Erfolgsgeschichten ein einfaches Erfolgsrezept ableiten: Man braucht eine überzeugende Idee, die in das Gesamtkonzept paßt und dieses optimiert. Man braucht eine starke und intelligente Persönlichkeit, die sich nachdrücklich für die Realisierung einsetzt. Und man braucht ein Netzwerk von Partnern an den kritischen Punkten (Sollbruchstellen), die mit Sachkompetenz und Durchsetzungswillen Hilfestellung leisten (Beziehungen, Seilschaften und Flaschenzüge gleich welcher Provenienz sind dann weitgehend entbehrlich).

Nach diesem Rezept werden auch die vielen anderen Ausgleichsprojekte verfolgt: z.B. die Gründung der beiden universitären Zentren für Europäische Integrations- und für Entwicklungsforschung, die Errichtung eines Fraunhofer-Instituts in Bonn, die Beteiligung der Forschungseinrichtungen und der Universität an dem Technologietransfer- und Innovationszentrum Bonn GmbH usw.

Erfreuliches gibt es auch aus dem Aufgabenfeld Bonn als Zentrum für Entwicklungspolitik zu berichten. Mit dem Einzug von United Nations Volunteers (UNV) in das Haus Carstanjen wurde Bonn zur UN-Stadt. Das Sekretariat der Klimarahmenkonvention und einige kleinere Organisationen werden folgen. Die Verlagerung von drei deutschen Entwicklungshilfeeorganisationen von Berlin nach Bonn, nämlich der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE), des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) und des Deutschen Ent-

wicklungsdienstes (DED), ist beschlossene Sache. Und vor kurzem ist die Vereinigung der Nicht-Regierungsorganisationen (VENRO) in Bonn gegründet worden; das Zentrum für kommunale Entwicklungszusammenarbeit (ZKE) wurde von Mainz nach Bonn verlegt und hat seine Arbeit im Gustav-Stresemann-Institut aufgenommen. Bevor allerdings eine Konfiguration erreicht wird, die den Begriff „Zentrum“ rechtfertigt, müssen noch zahlreiche Steine aus dem Weg geräumt werden.

Wie wird es weitergehen mit dem Ausgleich für Bonn und die Region?

Die finanzielle Krise der öffentlichen Haushalte (von der Fata Morgana blühender Landschaften zum real abgebrannten Schlaraffenland - in Südostasien wird die Bundesrepublik schon spöttisch als "NDC" bezeichnet: newly declining country) wird ihre Spuren auch beim Vollzug des Ausgleichs hinterlassen: Sie kann dazu führen, daß sich Umzug und Ausgleich verzögern. Die 2,81 Mrd. DM Ausgleichsmittel (nur etwas mehr als das Doppelte des Jahresetats der Universität Bonn incl. Medizin) werden dadurch zwangsläufig an Wert verlieren. Man muß aufpassen, daß der Umzug nicht irgendwie durchgezogen wird und der Ausgleich für die Region Bonn im Meer der Probleme der „Berliner Republik“ untergeht.

Auf diesen Hintergrund sehe ich insbesondere drei spezifische Gefahren:

1. Daß der regionale Konsens der Gebietskörperschaften und der politischen Kräfte in der Region verlorengeht. Es wird mir schon viel zu viel über die Ausgleichsprozente für diesen und jenen geredet und was in Sachen Bebau-

ungsplan Ahrstraße (Neubau für die Hochschulrektorenkonferenz) und Posthochhaus in der Gronau von der örtlichen CDU angezettelt worden ist, ist ein Spiel mit dem Feuer.

2. Daß die Bonner Bürger das Interesse an einer politisch und ökonomisch bedeutungsvollen Zukunft der Bundesstadt verlieren und sich wieder zur Rentnerstadt (bei stark gekürzten Renten) zurückentwickeln wollen. Dann könnte man den Langen Eugen (als ABM) abtragen, um den Blick für die nächsten 2 000 Jahre der Bonner Geschichte nicht zu verstellen und getrost den Mutes die Straßen „verjüngen“, die dann doch nur noch alten Leuten und den für sie notwendigen Kranken- und Versorgungsdiensten vorbehalten wären (vorausgesetzt, daß das dafür notwendige Geld woanders verdient wird).

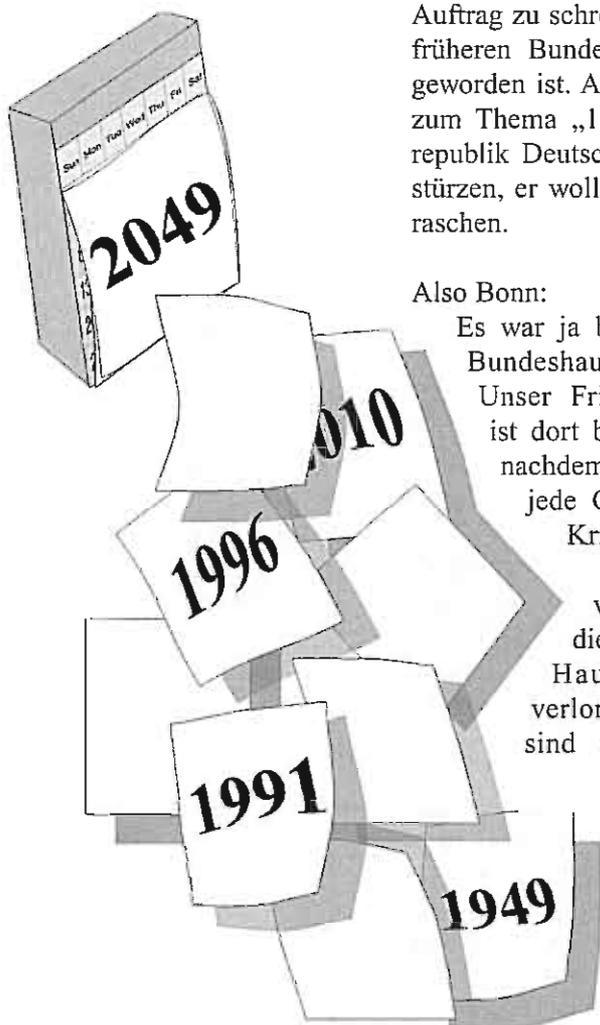
3. Daß persönliches Geltungsstreben wie bei Bundesminister Rüge, Ministerpräsident Stoiber und Ministerpräsident Schröder zur Aushöhlung des Kombinationsmodells und zur Verlagerung aller Ministerien nach Berlin führt, womit das politische Gegengewicht zu Berlin und die Chance, Bonn zu einem weltweit beachteten Zentrum für Wissenschafts- und Entwicklungspolitik zu machen, vertan wären.

Nun, Gefahren, die man erkannt hat, kann man begegnen, wenn man es will. Ich hoffe sehr, daß es die Bonner Bürger wollen und daß die politischen Verantwortlichen in der Region und im Land und die vielen Freunde und Mitstreiter in den Bundesministerien und in der Bundesrepublik am Konzept der Bundesstadt Bonn festhalten.

Vision 2049

Eine Reise ins Bonn
der Zukunft

Von Julius Verner



Erwartungsfroh saß ich im ICE nach Bonn. Die Wochenendreise war bei einem Volontär-Wettbewerb des Deutschen Presserates herausgesprungen, für den ich einen Beitrag über die Bildung des Südoststaates und die Chancen der Sachsen, Thüringer und Anhalter als 32. der 50 Europa-Regionen verfaßt hatte. Mein Chefredakteur hatte mir noch zwei Tage dazuspendiert mit dem Auftrag zu schreiben, was aus der früheren Bundeshauptstadt Bonn geworden ist. Alle würden sich ja zum Thema „100 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ auf Berlin stürzen, er wollte mit Bonn überraschen.

Also Bonn:

Es war ja bis vor 59 Jahren Bundeshauptstadt gewesen. Unser Friedensjahrhundert ist dort begründet worden, nachdem über lange Zeit jede Generation in den Krieg ziehen mußte.

Mit der Wiedervereinigung haben die Bonner dann ihre Hauptstadtfunktion verloren. Eigentlich sind verlassene Residenzen ja immer in Beschaulichkeit versunken. Man kann dort sehr schön leben, wenn man einen guten Job oder auskömmliche Altersgelder

hat. Für junge Menschen gibt es da aber meist wenig Chancen. Bonn hatte Glück gehabt. Unser Europa bekam damals einen mächtigen Schub durch die Währungsunion. Mit dem „Euro“ war auf einmal der Knoten geplatzt. Europäische Außen-, Verteidigungs-, Finanz- und

Regionalpolitik steigerten die Bedeutung der drei Europastädte Straßburg, Luxemburg und Brüssel. Nur maximal zwei ICE-Stunden davon entfernt liegt Bonn. Mit den verbliebenen Ministerien und UNO-Ansiedlungen war ausreichend Bedeutungsbasis vorhanden, um die europäische Regionalpolitik in Bonn zu etablieren. Als wichtigster Anlaufpunkt für die europäischen Regionen konnte Bonn eine starke politische Bedeutung aufrechterhalten. Endgültiger Anlaß nun auch für den Bundesrat, Bonn als Sitz zu behalten. Zu den deutschen Landesvertretungen kamen Vertretungen der meisten der 50 europäischen Regionen.

Köln-Bonn. Flughafenbahnhof. Von hier soll man am günstigsten mit der S-Bahn ins Europa-Viertel kommen. Dort saßen ja mal Bundeskanzler, Bundespräsident und Parlament. Und irgendwo dort wurde auch das Grundgesetz verabschiedet. Vor einhundert Jahren.

Schon wieder hält die S-Bahn: „Technologiepark Bonn-Sankt Augustin“. Vor circa 50 Jahren wurde mit dem ersten Spatenstich ein technologie-orientiertes Gewerbegebiet begründet, das heute 5 000 hochkarätige Arbeitsplätze in 180 Firmen bietet. Einen Teil davon begründeten im Laufe der Jahre ehemalige CAESAR-Stipendiaten. Weiter geht's. Diese bewaldeten Kegel werden das Siebengebirge sein.

Wo ist eigentlich der Rhein?

„Ramersdorf-CAESAR“. Hier ist das also. CAESAR, dieses Forschungszentrum für angewandte Grundlagenforschung, war einer der Knüller, mit dem Bonn sich eine neue Zukunft erobert hat. Vor vier Jahren feierte das

Hinter dem Zeitreisenden
Julius Verner

verbirgt sich Stadtbaurat
Sigurd Trommer.

Forschungsunternehmen sein 50. Stiftungsfest. Die Deutsche Post AG brachte eine schöne Briefmarke heraus: Stilisiert der blaue Rhein-Strom, darüber vor der Kulisse des Siebengebirges die schneeweiße kubische Architektur des Hauptgebäudes in anregendem Kontrast zu dem berühmten Gästehaus, welches immer wieder Schauplatz bedeutsamer Entscheidungen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft ist.

Ach ja, Bonn tat sich damals schwer mit der neuen Architektur. Da gab es gleichzeitig Auseinandersetzungen um das Taeuber-Arp-Museum in Rolandseck, den Post-Tower, das Grothe-Museum und eben den CAESAR.

Mit starken Sprüchen hat man damals das Neue gewagt und gewonnen. Zwei davon sind mir haften geblieben: „Eine Stadt kann sich nicht eigenständig entwickeln, indem man aus falsch verstandener Denkmalpflege alles so macht, wie es nie war!“

Und Karl Friedrich Schinkel:

„Historisches ist nicht, das Alte allein festzuhalten oder zu wiederholen. Dadurch würde die Historie zugrunde gehen.

Historisch handeln ist das, welches das Neue herbeiführt und wodurch Geschichte fortgesetzt wird.“

Und weiter. Ein Tunnel! Station „Europa-Viertel“ Vor der Station steht der „Ringbus Europa-Viertel“. „Zum Europa-Haus?“ „Ja.“ „Wieweit...?“ „Mit mir fünf Minuten“. Die Fahrerin ist nett. „Und zu Fuß?“ „Eine Viertelstunde.“ Ich will was sehen: also zu Fuß. Wo ist eigentlich der Rhein? Durch enge Gassen eines dichten Wohnquartiers. Das war vor zehn Jahren ein umstrittenes Modellvorhaben auf dem Standort eines alten Umspannwerkes, klosterähnlich nach außen abgeschirmt.

Diese blauen Kegel auf dem Dach: Dort sind die Museen. Linker Hand dieser hohe schimmernde Kubus! Sammlung Grothe! Hat vor 50 Jahren eine Welle ausgelöst. Innen Kunst pur, außen nur Verpackung. Da haben damals die Künstler mitgewirkt. Eine zeitgenössische Rarität. Über Flechten und Moose tropft und rinnt Wasser an den Außenmauern herab. Ein Frühwerk der damaligen Öko-Bauwelle, obwohl einfach nur als Hülle gedacht. Eine anregende Spannung zwischen diesen drei Gebäuden. Die feinsinnigen Architekturen von Peichl und Schultes, und dann dieser archaische Quader von de Meuron. War damals heftig umstritten. Hat Bonns kulturellen Nimbus deutlich erhöht. Mit wenig Geld.

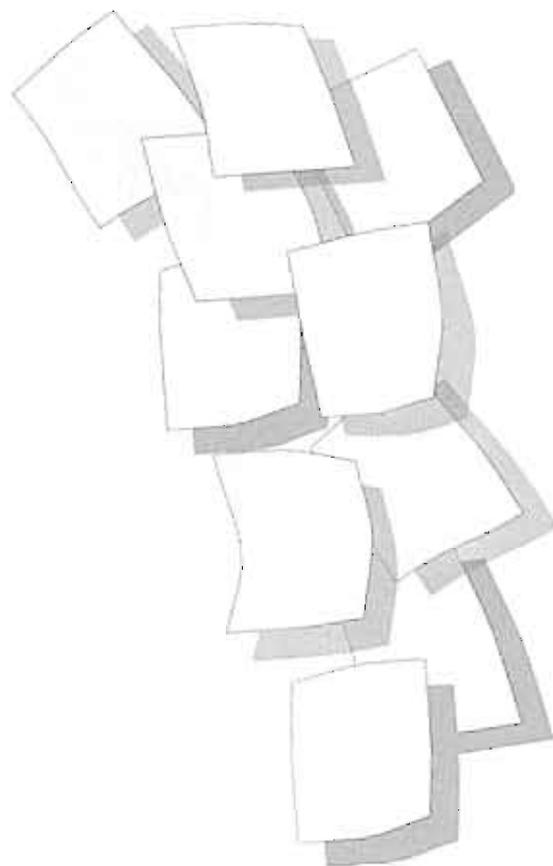
Weiter. Wo ist eigentlich der Rhein? Ah, dort sind die Konturen von Langem Eugen und Post-Tower. Der eine betagtes Symbol für das alte Bundes-Bonn, der andere Symbol für den damaligen Weg Bonns in eine Zukunft der Wirtschaft, Wissenschaft, Internationalität und Kultur. Diese beiden hohen Häuser am Rhein: Bonns internationale Wahrzeichen.

Also auf zum Rhein! Durch das historische Bundesviertel. Hier hat das alles begonnen. Vor 100 Jahren. Das Europa-Haus war mal der Bundestag. Mit dem Auszug der Abgeordneten wurde er unter Denkmalschutz gestellt. Und dort die Deutsche Welle. Und jetzt sehe ich ihn: den Rhein.

Hat er die deutsche Politik vor 100 Jahren besonnener gemacht? „...und ruhig fließet der Rhein...“ Der alte Plenarsaal ermöglichte den Politikern das Hinausblicken, Abstand von Verböhrtheit und Kleingeist zu gewinnen. Die

Hitzigkeit hatte ein Ventil.

Hier ist das Fundament für 100 Jahre friedvolles Leben gelegt worden. 50 bedeutsame Jahre in der Bonner Stadtgeschichte waren wichtig für Deutschland. Verlassene Residenzen sind eigentlich immer in Beschaulichkeit versunken. Strom und Gebirge vermitteln tatsächlich Ruhe. Zu beiden Seiten des Rheins aber hat Bonn Dynamik gewonnen. Wirtschaft, Wissenschaft, Internationalität und Kultur. Beschaulichkeit und Dynamik. Eine spannungsvolle kleine Stadt.



Kaffeersatz?

Prognosen und ihre Tücken

Von Christoph von Rothkirch

Prognosen sind immer dann am schwierigsten, wenn sie am meisten benötigt werden. Was wie ein Kalauer klingt, enthält doch mehr als ein Körnchen Wahrheit. Wir alle wissen: In ruhigen Zeiten, wenn alles seinen Gang geht, wenn das Heute wie das Gestern ist und das Morgen wie das Heute sein wird, benötigen wir keine Prognosen. Doch immer dann, wenn sich die Welt plötzlich verändert, wenn unerwartete Ereignisse und Einflüsse politischer, gesellschaftlicher und technischer Art das Bisherige infrage stellen oder beenden, dann wünschen wir zu wissen, wie es weitergeht, was zu erwarten ist, was getan werden muß, um morgen keine Katastrophen zu erleben. Dann benötigen wir Prognosen.

In diesem Sinne ist durch die großen Veränderungen seit 1989 überall der Bedarf an Prognosen angestiegen: auf Weltebene, in (Ost-)Europa, in Deutschland insgesamt und nicht zuletzt auch in Bonn. Mit dem Beschluß des Bundestages vom 20. Juni 1991 wurde klar, daß es so wie bisher nicht weitergehen wird. Doch was kann, was wird stattdessen sein?

Konjunktur also für den Prognostiker, doch kann er helfen? Dieselben plötzlichen und unerwarteten Veränderungen, die den Wunsch nach Prognosen begründen, machen auch ihm die Arbeit schwer. Seriöse Prognosen, die nicht rätselhafte Prophezeihungen oder bloße Utopien sein wollen, sind immer Wenn-Dann-Aussagen, die zukünftige Entwicklungen aus Kenntnissen über Ursache- und Wirkungs-Beziehungen in Wirtschaft und Gesellschaft über Stabilität von Rahmenbedingungen, über Veränderungstrends und -tendenzen

ableiten. Und genau dies ist in Bonn nicht mehr so einfach möglich. Ein ganz wesentliches Element der bisherigen Stadtentwicklung, die Rolle als Bundeshauptstadt, die viel mehr beeinflußt hat als auf den ersten Blick sichtbar, gilt nicht mehr. Ein Stück Identität der Stadt ist verlorengegangen, noch ist nicht erkennbar, was an dessen Stelle tritt.

Die Aufgabe des Prognostikers in dieser Situation besteht darin, herauszufinden, welche anderen, bisher von der Hauptstadtfunktion überdeckten Eigenschaften, Bedingungen, Kräfte, Einflüsse auch an der Entwicklung der Stadt mitgewirkt haben. Dann ist abzuschätzen, welche Einflüsse und welche Wirkungen sie zukünftig haben könnten. Sehr schnell wird deutlich, daß Bonn auch unabhängig von der Hauptstadtfunktion eine ganze Reihe positiver Standorteigenschaften aufweist, aus denen sich Chancen für die zukünftige Entwicklung ableiten lassen. Dies beginnt mit der geographischen Lage in Deutschland und Europa inmitten der sogenannten blauen Banane, die die Regionen - von Südeuropa über West- und Südwestdeutschland bis Norditalien und Südfrankreich - miteinander verbindet, denen die größten Entwicklungschancen zugerechnet werden. Innerhalb dieser Region liegt Bonn nicht mitten im, sondern am Rande des Verdichtungsraumes Rhein-Ruhr, was wiederum positiv zu werten ist, weil Verkehrs-, Umwelt- und andere Verdichtungsprobleme geringer sind. Und auch ganz konkret belegen harte wie weiche Standortfaktoren - von der Verfügbarkeit von Flächen für Unternehmensansiedlungen bis zum Ambiente der Stadt und den

Dipl.-Math. Dr. Christoph von Rothkirch

Jahrgang 1944, ist als stellvertretender Geschäftsführer der PROGNOSE GmbH verantwortlich für die in seinem Haus erstellten Strukturgutachten für die Region Köln/Bonn/Rhein-Sieg.

Freizeitmöglichkeiten in der Umgebung - daß Bonn auch in der Zeit nach dem Regierungsumzug (sicher nach einigen schwierigen Jahren des „Schichtwechsels“) eine positive Entwicklung als Wirtschaftsstandort, Wohnort und Lebensraum erleben wird.

Um über allgemeine und statistische Prognoseaussagen wie zukünftige Einwohner- und Arbeitsplatzzahlen, Wertschöpfungs- und Kaufkraftentwicklungen hinaus konkretere Angaben zu machen, kann sich der Prognostiker der sogenannten Szenario-Methode bedienen, bei der er die Blick- und Denkrichtung seiner Untersuchungen umkehrt. Anstelle der Ableitung wahrscheinlicher zukünftiger Entwicklungen aus Kenntnissen und Annahmen über Vergangenheit, Gegenwart und Entwicklungsgesetzen tritt die Fragestellung, was heute getan werden kann und getan werden muß (bzw. nicht getan werden darf), um einen bestimmten wünschbaren (bzw. nicht gewünschten) zukünftigen Zustand zu erreichen.

Blickt man in dieser Weise auf Bonn, dann wird z.B. sofort deutlich: Für die Realisierung der ohne Zweifel großen Entwicklungschancen von Bonn im internationalen Standort-Wettbewerb ist die durch ICE- und S-Bahn-Anbindung eingeleitete „Professionalisierung“ des Flughafens eine ganz entscheidende Voraussetzung.

Für Bonn sind in den letzten Jahren viele Szenarien entwickelt worden. Stichworte sind die Entwicklung von Bonn zum Sitz europäischer oder internationaler Organisationen, der Ausbau zur Wissenschaftsstadt Bonn, die

Einrichtung von publikumsanziehenden Freizeit- und Kultureinrichtungen. Viele dieser Szenarien sind nach genauerer Prüfung als doch nicht sinnvoll oder nicht verträglich mit anderen Entwicklungen wieder ad acta gelegt worden, andere sind noch nicht entschieden. Einige jedoch - zusammengefaßt in den inzwischen berühmten fünf Säulen - haben schon die Wandlung von der

Prognose zur Planung und Umsetzung vollzogen. Und dies macht deutlich, warum Prognosen, auch wenn sie in schwierigen Zeiten nicht so verlässlich sind wie vielleicht gewünscht, hilfreich sind. Sie zeigen Chancen und Gefahren auf, und sie machen deutlich, daß die Zukunft - und dies gilt für Bonn wie überall - gestaltet werden kann und gestaltet werden muß.

Bevölkerungsentwicklung 1992 - 2010*			
Stadt Bonn	298.000 EW	→	307.000 EW [+ 3,0%]
Region	1.111.000 EW	→	1.184.000 EW [+ 6,6%]
Wohnungsbedarf bis 2010**			
Stadt Bonn	ca. 9.000 Wohnungen		
Region	ca.46.000 Wohnungen		
Wohnbaulandpotential**			
Stadt Bonn	ca. 140 ha		
Region	ca.1.445 ha		
Beschäftigungsentwicklung 1992 - 2010*			
Stadt Bonn	182.000	→	201.000 [+ 10,2%]
Region	445.000	→	500.000 [+ 12,3%]
Zu- bzw. Abgang von Arbeitsplätzen aufgrund des Parlaments- und Regierungssitzwechsels**			
Stadt Bonn	Verlust:	21.000 Arbeitsplätze	
	Gewinn:	8.500 - 11.000 Arbeitsplätze	
*bezogen auf: Teilregion Bonn (Stadt Bonn, Rhein-Sieg-Kreis, Teile der Landkreise Neuwied und Ahrweiler) Quelle: prognos Abschlußbericht 'Anbindung der Region an den Flughafen Köln/Bonn, Köln 1995, S.26, 69			
**bezogen auf: Wohnungsmarktregion Bonn (Stadt Bonn u. Teile des Rhein-Sieg-Kreises und des Landkreises Ahrweiler) Quelle: Wohnungsmarktuntersuchung für die Region, Abschlußbericht S.96,195 u. Kurzfassung S. 7f.; Köln 1995			

Zukunft in Zahlen: Prognose für das Jahr 2010

Et kütt wie et kütt

Stimmen und Stimmungen
fünf Jahre nach dem
Umzugsbeschluß

**Persönlichkeiten aus
Politik, Wirtschaft,
Wissenschaft, Medien und
Kultur gaben ihr
Statement zu folgenden
Fragen:**

**1. Umzugsbeschluß -
Schicksalsschlag oder
Chance für die
Bundesstadt?**

**2. Was hat sich verändert
in dieser Stadt seit dem
Umzugsbeschluß bzw. was
muß sich ändern?**

**3. Wie, glauben Sie, sieht
die Stadt in etwa 10 Jahren
aus?**



Wolfgang Clement,
Minister für Wirtschaft und
Mittelstand, Technologie und
Verkehr des Landes Nordrhein-
Westfalen

Zu 1. Bonn und die Region stehen vor einem Strukturwandel, wie es ihn in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie gegeben hat. Einmalig ist, daß der Verlust von zehntausenden von Arbeitsplätzen die direkte Folge einer politischen Entscheidung ist. Einmalig ist aber auch die Chance, den Strukturwandel im Laufe von zehn bis fünfzehn Jahren vorzubereiten und politisch zu gestalten. Das ist Grund, mit Optimismus nach vorne zu schauen.

Zu 2. Der regionale Zusammenhalt ist heute stärker als vor fünf Jahren. Das muß noch besser werden. Bonn und die Region hatten sich in den vergangenen vierzig Jahren sehr an den Bund und seine Einrichtungen gewöhnt. Aktive Wirtschaftsförderung, die Ansied-

lung privater Arbeitsplätze in Gewerbe und Handwerk, in der Industrie und bei den Dienstleistungen gehörten nicht zu den vordringlichen Aufgaben in Bonn. Da hat sich schon so manches verändert und wird sich noch manches verändern.

Zu 3. Ich sehe gute Chancen dafür, daß Bonn seine alten Stärken behält und daß neue dazu kommen: Private Arbeitsplätze zu öffentlichen, neue Internationalität durch UNO-Einrichtungen, neue wissenschaftliche Einrichtungen von europäischem Rang. Ich setze auf die Phantasie und die Lebenstüchtigkeit der Rheinländerinnen und Rheinländer, die auch in schwierigen Situationen immer einen Weg finden, und deshalb bin ich für Bonn voller Zuversicht.

Dr. Hans Daniels,
Oberbürgermeister a.D.

Zu 1. „Den Berlin-Bonn-Beschluß des Deutschen Bundestages wird Bonn leichter verkraften als Deutschland.“ Das habe ich schon am Abend des 20. Juni 1991 gesagt, und es bleibt nach wie vor wahr. Der Beschluß schadet unserem Land, er verstärkt vorhandene Tendenzen zur Rückkehr zum Nationalstaat mit zentralistischer Prägung. Er bindet ungeheure politische, planerische

und administrative Kräfte sowie finanzielle Mittel. Der Bonner Stadtrat war dennoch entschlossen, den Blick in die Zukunft zu richten und auf die Kreativität und die Energie der Bonner zu vertrauen.

Zu 2. Die ersten fünf Jahre nach dem Beschluß haben uns Recht gegeben. Wir haben allen Anlaß zum Optimismus. Dafür ausschlaggebend ist vor allem, daß der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung bisher Wort gehalten haben. Mit dem Berlin-Bonn-Gesetz und den

Ausgleichsvereinbarungen von 1994 werden Arbeitsplätze und Förderungsleistungen für zukunftsorientierte Vorhaben zugesichert. Außerdem ist Bonn mit seiner Lagegunst, der reizvollen Landschaft und dem hohen Kultur-, Bildungs- und Freizeitangebot eine außergewöhnlich attraktive Stadt, deren Vorzüge

erhalten und ausgebaut werden sollen. Dabei dürfen wir nicht zulassen, daß das kulturelle Leben durch Kürzungen beeinträchtigt wird und daß die Verbesserung der Infrastruktur mit dem Südtunnel von der Konrad-Adenauer-Brücke zur Köln-Meckheimer-Autobahn verhindert wird.

Zu 3. Wenn wir solche Fehler vermeiden, ist mir um Bonns Zukunft nicht bange. Dann ist Bonn auch in zehn Jahren eine Stadt mit internationalem Flair, eine europäische Stadt mit einer ausgewogenen Mischung von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur.



Lorenz Denn,
Bürgermeister
der Stadt
Remagen

Zu 1. Der Beschluß wirkte zunächst auch in unserer Stadt wie ein Schock. Vor allem diejenigen, die bei einer Bundesbehörde ihrer Arbeit nachgehen, sahen sich schon mit ihren Familien nach Berlin umziehen. Aber auch Handel, Handwerk und Gewerbe befürchteten starke Auftrags- einbußen.

Doch nach fünf Jahren wird deutlich, daß wir genügend Zeit und durch die Ausgleichsmaßnahmen

auch die Chance haben, uns auf die Situation einzustellen und den Wandel zu schaffen.

Zu 2. und 3. Zwar zeigen sich Veränderungen im Stadtbild noch nicht unmittelbar, aber sie prägen die Arbeit der Verwaltung.

So ist Remagen Standort der zukünftigen, aus Ausgleichsmitteln finanzierten Fachhochschule im Kreis Ahrweiler, für die die bauleitplanerischen Verfahren und der städtebauliche Wettbewerb laufen. Dabei soll auch das erforderliche Wohn- und Arbeitsumfeld bereitgestellt werden. Wir erwarten von der FH wichtige Impulse für eine positive wirt-

schaftliche Entwicklung. Außerdem werden mehr als 1000 Studenten ab dem Jahr 2002/2003 unsere Stadt "beleben" und "verjüngen".

Impulse für den Fremdenverkehr erhoffen wir insbesondere durch das geplante Arp-Museum, ebenfalls mit Ausgleichsmitteln bedacht, das die Bonner Kulturmeile bis in unsere Stadt hinein verlängern wird.

Ich bin mir sicher, in zehn Jahren wird Remagen eine junge, lebendige und weltoffene Stadt sein, die ihre Chance nach dem Umzug genutzt hat.

Dieter Diekmann,
Oberstadtdirektor a.D.
Mitglied des Vorstandes
der Deutschen Bau- und
Grundstücks AG

Zu 1. Es war ein Schicksalsschlag, der zugleich große Energien freisetzte. Innerhalb weniger Wochen schrieben mir über 500 Bürger ihre Ideen zu einer Zukunftsgestaltung der Region Bonn. Wir arbeiteten buchstäblich unsere Enttäuschung weg und legten dem Stadtrat im

September 1991 unsere Zukunftskonzeption vor. Der bedeutendste Stadtentwicklungsaufbruch nach 1949, eine umfassende Investitions- und Beschäftigungsinitiative für die Region: Dies war der Kern der Vision, begriffen als Chance des Neubeginns auf gesicherter Grundlage des wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben in der 2000-jährigen Stadt.

Zu 2. Mehr als 10.000 neue Arbeitsplätze seit 1991, rege

Bautätigkeit, großes öffentliches Interesse an Bonn, nationale und internationale Ansiedlungserfolge, eine Zwischenbilanz, die Mut zur Zukunft gibt. Es ist mein Wunsch, daß sich viele in der Region Bonn mit dieser einzigartigen Zukunftsaufgabe identifizieren und ihren Beitrag zu einer qualitativen Stadt- und Regionalentwicklung leisten. Das Leitbild haben viele, die sich verantwortlich fühlten, geformt. Die Umsetzung benötigt ebensolche Tatkraft.



Martin Hennicke,
Geschäftsführer der Strukturförderungsgesellschaft

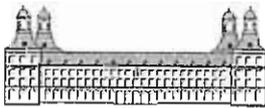
Zu 1. Einerseits ein Schock, weil mit dem Verlust der Hauptstadtfunktion für die Stadt ihre Einzigartigkeit im Städtewettbewerb verloren ging. Andererseits eine Chance, z.B. für die vielen kleinen und mittleren Betriebe, die bisher im Schatten der Bundeseinrichtungen standen. Sie sind die Arbeitsplatzbe-

schaffer der Zukunft, auf diese Unternehmen muß sich die Stadtpolitik zukünftig konzentrieren.

Zu 2. Einer Stadt, die in den letzten 40 Jahren so komfortabel gelebt hat, der fällt es naturgemäß schwer, sich auf tiefgreifende Veränderungen einzustellen. Mittlerweile ist aber der wirtschaftliche Strukturwandel in Fahrt gekommen: Der private Dienstleistungssektor in der Stadt schafft neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze, es vollzieht sich bereits jetzt ein Wandel von den öffentlichen hin zu den privaten Dienstleistungen. Die regionale Zusammenarbeit in der

Wirtschaftspolitik klappt: Aus der Notgemeinschaft wurde eine Zweckgemeinschaft und - mittlerweile - auch eine regionale Erfolgsgemeinschaft.

Zu 3. Mein optimistisches Szenario für die Zeit nach der Jahrtausendwende: Der sich verzögernde Regierungsumzug bietet die Chance, rechtzeitig neue Arbeitsplätze aufzubauen. Durch die mittlerweile etablierten neuen Wissenschaftseinrichtungen entstehen in der Region Bonn viele kleine, innovative Unternehmensgründungen, die mit dazubeitragen können, Arbeitsplatzverluste im öffentlichen Sektor aufzufangen.



Prof. Dr. Max G. Huber,
Rektor der Rheinischen
Friedrichs-Universität Bonn

Zu 1. Der Verlust eines Teils der politischen Institutionen birgt die Chance einer nach vorn, in die Zukunft gerichteten Neuorientierung: Wo Gefahr ist, wächst das Rettende auch.

Zu 2. Geändert hat sich das Bewußtsein: Es macht sich spürbar eine Aufbruchstimmung

breit, die zeigt, daß die Bonner und Bonnerinnen bereit sind, die entstandene Herausforderung anzunehmen. Die Zeit des Lamentierens ist offensichtlich vorbei, die Ärmel sind hochgekrempt, es muß zugepackt werden!

Zu 3. In Bonn werden in den nächsten Jahren die Voraussetzungen dafür geschaffen, Bonn zu einer der führenden Wissenschafts- und Universitätsstädte in Europa weiterzuentwickeln. Der Ausbau der Stadt in den Bereichen Wissenschaft und Ausbildung wird eine attraktive

Wirkung auf die internationale Elite der Forschenden, Lehrenden und Lernenden haben. Die beiden neuen Forschungseinrichtungen CAESAR (Hochtechnologie) und CICERO (Europaintegration und globale Entwicklung) werden wichtige Motoren dieses Prozesses sein - vorausgesetzt, wir gestalten ihn konsequent und weiterhin in konstruktiver Kooperation mit der Stadt, dem Land, dem Bund und den wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen in Bonn.



Dr. Wenzel Jakob,
Geschäftsführender Direktor der Kunst- und Ausstellungshalle der
Bundesrepublik Deutschland

Zu 1. In dem Umzugsbeschluß sehe ich auf jeden Fall eine Chance für Bonn. Der Stadt bietet sich hiermit die Möglichkeit, sich unter günsti-

gen Bedingungen neu zu strukturieren und zu reformieren. Die vorhandene Infrastruktur der Hauptstadt und das Kulturangebot, das sich inzwischen mit dem der großen Metropolen durchaus

messen kann, sind dabei wichtige Standortvorteile. Sollte es Bonn unter den gegebenen Voraussetzungen nicht gelingen, ein neues Profil zu entwickeln, wäre dies ein Armutszeugnis.

Zu 2. Auf der einen Seite habe ich den Eindruck, daß die Entscheidungsprozesse in Bonn seit dem Umzugsbeschluß eher langwieriger geworden sind. Auf der anderen Seite spürt man überall in der Stadt den Willen, auf die Herausforderung des Umzugs

kreativ zu reagieren und den Ausbau der Bundesstadt mit Nachdruck fortzusetzen.

Zu 3. Die Stadt wird dank der Ansiedlung zusätzlicher wissenschaftlicher Institutionen und großer Dienstleistungsunternehmen eine selbständige und wich-

tige Rolle im Verbund der Wirtschaftszentren Frankfurt, Köln und Düsseldorf spielen. Sie wird sich durch eine überdurchschnittlich hohe Lebensqualität auszeichnen.

BONNER KUNSTVEREIN

August-Macke-Platz/Hochstadtstr. 22
53119 Bonn · Telefon 02 28/69 39 36

Dr. Margarethe Jochimsen,
Vorsitzende des Bonner Kunstvereines

Zu 1. Der Umzugsbeschluß war zum einen ein Schicksalsschlag, weil der in den 70er Jahren eingeschlagene Weg Bonns vom Provisorium zu einer Bundeshauptstadt von Format abrupt gestoppt werden mußte. Zum anderen ist er als Chance zu sehen: Wenn auch nur *eine* Stadt Bundeshauptstadt sein kann, so gibt es für alle anderen Städte - auch für Bonn - tausend Möglichkeiten, durch das Zusammenspiel *bewußt geförderter* Kräfte und Ideen geistig/atmosphärisch attraktiv und unverwechselbar zu sein.

Zu 2. Die Angst vor dem Auslaufen des Bonn-Vertrages und die damit einhergehende Gefährdung des erreichten kulturellen Niveaus, insbesondere bei Theater, Musik und Bildender Kunst, sitzt der Stadt und allen kulturellen Einrichtungen im Nacken. Bonn mit seinen hervorragenden Einrichtungen in Wissenschaft *und* Kunst sollte unbedingt in diesen Bereichen Schwerpunkte setzen, wobei weniger das bereits Etablierte als das *Experiment*, d.h. das Neue, im Blickfeld stehen mußte. Neben der Forschung auf diesen beiden Gebieten stünde deren dringend notwendige interdisziplinäre Verknüpfung ebenso an wie eine enge, nationale Grenzen überschreitende Zusammenarbeit, die ohne Ansiedlung europäischer bzw. internationaler Organisationen nicht denkbar ist.

Aus dem europäischen Trio Straßburg, Luxemburg, Brüssel müßte durch die Einbeziehung Bonns ein europäisches Quartett entstehen. Ein weiteres zukunftsweisendes Feld wäre die Bildung eines Forums für Initiativen von Frauen auf politischem, wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und künstlerischem Terrain. Bonn sollte hier dem für diese Fragen offenen Berlin zuvorkommen.

Zu 3. Obwohl die Marschroute im Augenblick noch schwer abzusehen ist, könnte Bonn in zehn Jahren auf dem Weg zu einer Identität sein, die ohne das übergestülpte Bundeshauptstadtimage möglicherweise glaubwürdiger und lebenswerter sein wird, als dies in den letzten 50 Jahren des Provisoriums der Fall gewesen ist.



RHEIN-SIEG-KREIS

Dr. Franz Möller,
Landrat des Rhein-Sieg-Kreises

Zu 1. Manchem unter uns schien es am Abend der Bundestagsentscheidung fast so, als ginge die Welt unter. Heute stellen sich die Zukunftsperspektiven entscheidend positiver dar. Die Region kann mit Zuversicht

und Optimismus nach vorn blicken, weil zwischenzeitlich Grundlagen geschaffen wurden, die gute Chancen eröffnen.

Zu 2. Das Berlin-Bonn-Gesetz stellt die dauerhafte und faire Arbeitsteilung zwischen der

Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn sicher. Im Ausgleichsvertrag sind die Maßnahmen des Bundes für die Region Bonn konkretisiert und abgesichert. Die Innovationskraft der Region ist neu geweckt. Gute

Anfänge sind gemacht, die unter Einsatz eigener Stärken und Potentiale weitergeführt werden müssen. Wichtig ist, daß wir jetzt mit den Anstrengungen nicht

nachlassen. Zu 3. Bonn und die Region sind auf einem guten Weg, eine neue Identität zu finden und sich zu einem ausgewogenen Wirtschaftsraum, in dem

Politik nach wie vor eine große Rolle spielen wird, mit einem vielfältigen Arbeitsplatzangebot weiterzuentwickeln.

Prof. Dr. Müller-Hofstede, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Bonner Heimat-, Geschichts- und Denkmalvereine

Die Entwicklung seit 1991 gibt Anlaß zur Zuversicht. Richtet man den Blick zuerst auf das ökonomische Fundament der Stadt, wie Produktionsstätten, Dienstleistungsbetriebe und Handwerk, auf Bildungsstätten, Forschungsförderung und Wissenschaftsverwaltung, so ist es in diesen fünf Jahren nicht nur gelungen, die Substanz zu bewahren, sondern auch zu mehren.

Die Arbeitsgemeinschaft der Bonner Heimat-, Geschichts- und Denkmalvereine, die der Ge-

schichts- und Kulturpflege dienen, begrüßt die positiven Impulse und Entwicklungen, mit denen die Besinnung auf die historische Identität unserer Stadt und ihre kulturelle Vitalität unter Beweis gestellt wurden. Verwiesen sei hier auf städtebaulich hochrangige und doch maßvolle Architektur des Städtischen Kunstmuseums und der Telekom, wie auch auf die erfolgreiche Initiative der "Bürger für Beethoven", die Wiederherstellung des Beethovenhauses oder die bevorstehende Eröffnung des Stadtmuseums Bonn.

Die Bonner Vereine für Geschichts- und Kulturpflege werden weiterhin an dieser positiven Entwicklung mitwirken, vor

allem in den Bereichen:

- Erhaltung und Förderung der Bonner Geschichtsstätten und Denkmäler,
 - Bewahrung des Stadtbildes durch angepaßte und maßvolle Stadtplanung (z.B. Initiative gegen den Neubau der Deutschen Post AG),
 - Erhaltung und Pflege der innerstädtischen Grünbezirke (z.B. Hofgartenwiese),
 - Einsatz für Bau- und Wohnsubstanz, schonende Durchführung der ÖPNV- Baumaßnahmen in der Südstadt und Mitarbeit bei der Neugestaltung des Bonner Bahnhofsvorplatzes.
-



Dr. Walter Quasten,
Stadtdirektor
der Stadt
Sankt Augustin

Auch in Sankt Augustin war der Beschluß wie eine Bombe eingeschlagen. Es gab viele, die sich darauf einstellen wollten, abzuwarten. Dem entgegenzuwirken, war das Gebot der Stunde! Sich nicht allein auf die anderen zu verlassen, sondern Ärmel hochkrepeln und ganz konkret selbst mitanpacken. Anknüpfend

an die Entwicklungspotentiale mußte für Sankt Augustin die Orientierung lauten: Standort für Wissenschaft und Forschung. Und so konnten in den ersten fünf Jahren schon beachtliche Akzente gesetzt werden, so mit dem Techno-Park der GMD, der neuen Fachhochschule Sankt Augustin und dem neu errichteten Kloeckner-Möller-Kolleg. Diese neue wirtschafts- und wissenschaftsorientierte Ansiedlungspolitik ist der Beweis einer erfolgreichen interkommunalen Zusammenarbeit, die auf der Erkenntnis beruht, daß nur auf

der Grundlage eines regionalen Konsenses etwas zu erreichen ist. Die Bilanz - heute fünf Jahre danach - gibt keineswegs Anlaß, daß wir uns zurücklehnen können. So muß es weiterhin gemeinsamer Auftrag vieler einzelner engagierter Persönlichkeiten sein, „aus den Gegebenheiten des Bonn/Berlin-Beschlusses neue Gelegenheiten für die Region zu machen“, wie es die Hauptverwaltungsbeamten des Rhein-Sieg-Kreises in ihren Entwicklungsperspektiven im November 1991 bereits formuliert haben.

KUNST MUSEUM BONN

Prof. Dr. Dieter Ronte,
Direktor des Kunstmuseum Bonn

Jeder Wechsel bedeutet zugleich auch eine Chance. Chance zu einer positiven Veränderung. Hin zu einem neuen Umfeld, das nicht primär von der Politik bestimmt wird, sondern von Wissenschaft und Kultur. Die entstandene Leidenschaft ist fehl am Platz. Bonn kann optimistisch sein.

Dienstleistungsbetriebe, for-

schende Wissenschaft und Kultur können ein Harvard am Rhein entstehen lassen, das sich mit der uralten Kulturschiene Rhein von Basel bis nach Rotterdam verbindet. In zehn Jahren könnte die Stadt ein Mittelpunkt der Zukunftsforschung sein, der kulturellen Aktivitäten, des Tourismus der intelligenten Art usw. Nur Optimismus sollte schnellstens

einkehren, hin zu einer aktiven Zukunftsgestaltung mit der Bereitschaft geistiger und finanzieller Investitionen. - Bonn könnte sehr spannend werden; eine kritische Stadt mit beispielhaften Optionen für das nächste Jahrtausend. Umfeld, Landschaft, soziale Strukturen usw. sind dafür verantwortlich.



Dr. Eberhard Schmitz,
Hauptgeschäftsführer der
Industrie- und Handels-
kammer Bonn

Zu 1. Durch den Umzugsbeschluß stehen wir nun vor einem einschneidenden Strukturwandel. Ansatzpunkte für eine richtungswisende Strukturpolitik sehen wir vor allem in drei Entwicklungsbereichen, in der Entwicklung des Raumes zu einem zukunftsweisenden Wirtschaftszentrum, zu einem Wissenschaftszentrum und zu einem

Zentrum der öffentlichen Verwaltung um die Bundesstadt Bonn. Wir alle sind zuversichtlich, daß uns mit den zugesagten Ausgleichsmaßnahmen und den Synergieeffekten zwischen Wirtschaft und den Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen diese Umstrukturierung gelingen wird.

Zu 2. Für Bonn gilt es, eine neue Identität und ein eigenständiges Profil zu gewinnen. Aber auch insgesamt muß die Region ein neues Leitbild finden, das "nach innen" wie "nach außen" eine positive Ausstrahlung entfaltet. Wichtig ist vor allem die Stärkung der gewerblichen Wirtschaft, und zwar durch Förderung ansässiger Betriebe, der Ansiedlung neuer Unternehmen und von Existenzgründungen. Ein Schwerpunkt in diesem

Zusammenhang stellt sicherlich der unternehmensbezogene tertiäre Sektor dar, in dem „Tele-Bonn“ eine besondere Bedeutung zukommt. Der Ausbau als Wissenschaftsregion macht weitere Fortschritte. Insgesamt bedarf es der Verbesserung und Ergänzung der Infrastruktur im Verkehrs- und Kommunikationsbereich.

Zu 3. Aus der Retrospektive des Jahres 2006 hat sich das Gesicht der Stadt Bonn, ja der ganzen Region deutlich verändert: Die Leitprojekte sind größtenteils realisiert, die Kommunikations- und die Verkehrsinfrastruktur sind verbessert und das Ziel eines auch international bedeutsamen Zentrums von Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie und Kultur ist erreicht.



Dr. Hermann Tengler,
Geschäftsführer der
Strukturförderungsgesellschaft
Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler

Zu 1. Auf längere Sicht werden Bonn und die Region vom Umzugsbeschluß profitieren.

Schlanker Staat, Sparbeschlüsse, Politikverdrossenheit das sind die heute mehr und mehr in den Vordergrund tretenden Themen und Perspektiven für die Zukunft einer Hauptstadt. Warum sollte unsere ehemalige "Hauptstadtregion" dem nachtrauern?

Zu 2. Von außen betrachtet hat sich nichts wesentliches geändert. Gerade auch wirtschaftlich ist es in Bonn und der umliegenden Region weiter aufwärts gegangen. Viele gute Zukunfts-

projekte sind vorbereitet oder in der Planung. Dennoch: Die eigentliche Nagelprobe kommt erst mit dem Umzug, und diese Phase wird schwer genug werden.

Zu 3. Mit seiner in Zukunft diversifizierten Struktur wird Bonn sicherlich bunter, weniger verknöchert und weniger offiziell, dafür lebendiger, jugendlicher und noch ein Stück lebenswerter.



Prof. Dr. Dennis Tsichritzis,
Vorsitzender des Vorstandes
der GMD

Zu 1. Ein wesentlicher Eckpfeiler im Selbstverständnis der Stadt knickte mit dem Umzugsbeschluß ein, und die wirtschaftliche Zukunft der Hauptstadt-Region war von einem Tag zum anderen offen. Viele Innovationen hätte Bonn zwar auch als Hauptstadt anpacken müssen, aber statt schrittweiser Weiterentwicklung müssen nun deutliche Umbrüche verkraftet werden. Die aufgerissene Lücke wird nicht automatisch durch neue Unternehmen geschlossen, Bonn muß unter erheblicher

Konkurrenz nach innovativen Unternehmen suchen.

Zu 2. Rein äußerlich hat sich seit dem Umzugsbeschluß überraschend wenig geändert, aber die Veränderungen werden von Tag zu Tag greifbarer. Bonn und die Region haben die Zeit gut genutzt für die Konzeption und teilweise bereits für die Verwirklichung von wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Ausgleichsmaßnahmen. Die Änderung der Wetterlage hat Initiative und Kooperation erzwungen, und es ist wichtig, daß sich die Region über den globalen Wettbewerb um Investoren im klaren ist und die Partner zügig miteinander kooperieren.

Die Verkehrsinfrastruktur der Zukunft ist die Datenautobahn. Hier würde es sich für Bonn und die Region lohnen, wenn die Anstrengungen noch wesentlich verstärkt und der inzwischen doch deutliche Nachholbedarf schnell befriedigt würde.

Zu 3. Es ist zu wünschen, daß das durch den Umzugsbeschluß angekündigte Ende der Bequemlichkeit zum richtigen Zeitpunkt den Unternehmensgeist von Stadt und Region angestachelt hat. Bonn und die Region haben die Chance, ein bißchen früher und viel schneller als andere Städte Zukunftsvisionen zu realisieren. Die Stadt wird weiter über hochqualifiziertes Personal für Industrie- und Dienstleistungsunternehmen verfügen. In zehn Jahren werden „Produkte“ zunehmend immateriell sein, und gerade in Bonn werden viele neue Unternehmen entstanden sein, die traditionelle Produkte mit intelligenter Software verbessern oder mit modern aufbereiteten Informationen handeln. Wichtig wird sein, daß der Wissenschaftstransfer in die Wirtschaft bestens funktioniert. Wenn dies glückt, wäre der Umzugsbeschluß in der Tat auch eine Chance.



und die Region in eine sichere und erfolgreiche Zukunft führen.

H. Joachim Weller,
Landrat des Kreises
Ahrweiler

Die Region Bonn an der Schwelle zum neuen Jahrtausend. Das bedeutet einen Wandel, nämlich in der strukturellen Ausrichtung sowohl der Stadt Bonn als auch des Umlandes. Ausgangspunkt und Veranlasser ist der Bundestagsbeschluß vom 20. Juni 1991. Über seine Richtigkeit und Sinnhaftigkeit zu diskutieren ist müßig. Fakten sind geschaffen, und auf dieser Grundlage heißt es jetzt: Bonn

Die Stadt Bonn und die Region müssen vorausschauend planen. Wie soll die Region ohne Parlament und ohne wesentliche Teile der Bundesregierung aussehen? Fünf Jahre nach dem Bundestagsbeschluß sind dazu bereits viele Antworten gegeben worden, im regionalen Kontext, begleitet vom Bund sowie den beiden Ländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Viele Fragen stehen aber noch offen.

Eines läßt sich aus regionaler Sicht allerdings feststellen: Für die regionale Zusammenarbeit

war es höchste Zeit. Wenn in früheren Jahren neben- und teilweise sogar gegeneinander gearbeitet wurde, lautet jetzt die Devise: Nur miteinander lassen sich die Probleme der Zukunft lösen. Was gut ist für Bonn, ist auch gut für die Region Bonn - und umgekehrt.

Wenn alle regionalen Akteure - in der Stadt Bonn, im Rhein-Sieg-Kreis, im Kreis Ahrweiler - dieses Motto beherzigen, dann braucht einem nicht bange zu sein um eine Region, der sich im Herzen Europas vielfältige Entwicklungschancen für Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Tourismus eröffnen.

Bildnachweis:

Fotos:

Titelfoto:	Jürgen Pätow, General-Anzeiger, Bonn
Seite 21:	Peter Oszvald, Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland, Bonn
Seite 12:	Stuttgarter Luftbild Elsäßer GmbH
Seite 33 unten:	(Simon) Arno Keilholz, Bonn
Seite 34 oben:	(Florack) TeamVK, Hochstr. 58, 52525 Heinsberg
Seite 34 unten:	(HochTief) Ingo E. Fischer, Köln
Seite 35:	(DeTeMobil) oben links: Benedikt Hotze, Berlin; restliche: Tomas Riehle, Köln
Seite 36 oben:	(DeTeCon) Detecon
Seite 37 oben:	(Kaaf) Foto: Peter Sabel, Köln
Seite 37 unten:	(Telekom) Klaus Zölzer, Köln
Seite 38 oben:	(Delfin) Delfin Direkt Versicherungen
Seite 38 unten:	(Deutsche Ausgleichsbank) Manfred Gottschalk, Dortmund
Seite 39 oben:	(Deutscher Herold Versicherungen) Tomas Riehle, Köln
Seite 39 unten:	(Tank & Rast) Tank & Rast AG
alle übrigen Fotos:	Michael Sondermann, Presseamt der Bundesstadt Bonn

Abbildungen:

Seite 41/42:	Dr. Gunter Henn, aus: CAESAR, Standort-Gutachten
Seite 19:	(Scandic Crown Skizze) Prof. Peter Zlonicky
Seite 36 unten:	(Brenner & Klaudt) Herbert Eckler, Troisdorf

Technologietransfer- und Innovationszentrum Bonn (TIB) soll das in der Bonner Region auf dem Gebiet der Luft- und Raumfahrt vorhandene Know-How der Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen für klein- und mittelständische Unternehmen (KMU) verwertbar machen; mit ca. 27 Mio aus Ausgleichsmitteln gefördert; Gründungsgesellschaft noch vor der Sommerpause.

CAESAR, Zentrum für angewandte Naturwissenschaften ist eine Stiftung mit dem Zweck der Förderung von Wissenschaft und Forschung mit europäischer Ausrichtung; soll Grundlagenforschung und anwendungsbezogene Forschung mit Blick auf die Technologien des 21. Jahrhunderts betreiben; findet angemessene Standortbedingungen auf städtebaulichem Flurstück der ehemaligen Zementfabrik in Oberkassel.

Europäische Zentren für Integrationsforschung (ZEI) und Entwicklungsforschung (ZEF) werden als weitere Einrichtungen der Universität Bonn dazu beitragen, den Wissenschaftsstandort zu profilieren.

Wohn- und Technologiepark Bonn/Sankt Augustin als Beispiel für praktizierte interkommunale Zusammenarbeit zwischen den Städten Bonn und Sankt Augustin; vorgesehen sind im städtebaulichen Konzept qualitativ hochwertige Wohn- und Arbeitsplätze mit großem Freiflächenanteil. Ergebnisse der **Regionalen Wohnungsmarktuntersuchung** sind in der Umsetzungsphase; mit sogenannten Impulsvorhaben für innovativen und zukunftsorientierten Wohnungsbau sollen Impulse für den regionalen Wohnungsbau gegeben werden, der im Wohnungsbau innovative Ansatz wird von den Ländern NRW und Rheinland-Pfalz unterstützt. Die United Volunteers beziehen ihr neues Domizil im **Haus Carstanjen**. Die landschaftlichen Qualitäten werden durch ein **Gesamtstädtisches Freiraumkonzept** für künftige Generationen gesichert. Auf der Basis des Regionalisierungsgesetzes NRW wird ein **Nahverkehrsplan** erstellt, der mit planerischen, organisatorischen und finanziellen Ansätzen zur Optimierung und Attraktivitätssteigerung des ÖPNV's beitragen soll.

Der Köln/Bonner Flughafen Konrad Adenauer erhält einen ICE und einen S-Bahn Anschluß; Wirtschaftlichkeitsgutachten kommen zu einem positiven Kosten-Nutzen-Verhältnis; bei Realisierung des Flughafenanschlusses prognostizieren Gutachter für den Zeithorizont bis zum Jahre 2010 einen zusätzlichen Beschäftigtenzuwachs von über 17.000 Beschäftigten; die S-Bahn Trasse erschließt die rechtsrheinische Region zwischen Köln und Bonn und ist Rückgrat der zukünftigen Siedlungsentwicklung. Der Stadtteil **Dransdorf** im Nordwesten von Bonn wird durch das Landesprogramm **Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf** gefördert; neben städtebaulichen Aspekten liegt der Schwerpunkt der Förderung im sozialen Bereich. Die Innenstadt wird durch die **Umnutzung des Breitenwegs** als citynaher Wohnstandort, die Bebauung des Berliner Platzes, die **Umnutzung des Postblockes am Mühlenturm** als **Wohnhausloggia**, die Umnutzung des **Kaufhauses Hertie** als **Wohnhaus** aufgewertet. Ausbau des **Wissenschaftszentrums** und **Wohnbau des DAAD**.



Herausgeber:
Die Oberbürgermeisterin
der Bundestadt Bonn,
Baudezernat/
Stadtplanungsamt